Donnerstag, 20. September 1984 - D * * *

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 221 - 38.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11. Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Beziehungen: Ost-Berlin verschärft seine Forderungen an die Bundesrepublik in der Staatsbürgerschaftsfrage. Wer die „DDR"-Staatsbürgerschaft nicht voll respektiere, störe und verhindere das Zustandekommen normaler Beziehungen, schrieb das SED-Blatt „Neues Deutschland". (S. 10)

Andreotti: Moskau warf der Bundesregierung vor, sie strebe die „Liquidierung" der „DDR" an. Zu diesem Schluß müsse man kommen, wenn man die Bonner Reaktion auf die Deutschland-Äußerungen des italienischen Außenministers analysiere.

Verstimmung: Starke Verärgerung hat in Wien die entschuldigende Erklärung Andreottis ausgelöst, er habe mit dem Vorwurf des „Pangermanismus" nicht die Bonner Politik, sondern Vorfälle in Tirol angesprochen. – In Rom wird eine Parlamentsdebatte über die Kontroverse um Andreotti immer wahrscheinlicher. (S. 10)

Axen in Bonn: Fünf hohe SED-Funktionäre, darunter Politbüromitglied Axen, kommen heute nach Bonn. Sie wollen mit der SPD über C-Waffen reden.

Lambsdorff: Der frühere Bundeswirtschaftsminister wurde von der FDP-Bundestagsfraktion zum Vorsitzenden des wirtschaftspolitischen Arbeitskreises gewählt.

Bonner Angebot: Die Bundesregierung hat sich nach langwierigen Verhandlungen bereit erklärt, 5,87 Milliarden Mark oder 30 Prozent mehr als zunächst angeboten zum Ausbau der NATO-Infrastruktur in den nächsten sechs Jahren beizusteuern. Dabei handelt es sich unter anderem um Einrichtungen für US-Verstärkungstruppen und moderne Fernmeldeanlagen.

Tschernenko: Der Gesundheitszustand des Kreml-Chefs verschlechtert sich offenbar weiter. Diesen Eindruck gewannen westliche Beobachter bei dem im Fernsehen gezeigten zweiten öffentlichen Auftritt Tschernenkos seit Juli. (S. 10)

Bitow: Die britische Regierung hat beim sowjetischen Geschäftsträger in London, Posiliagin, förmlich gegen die „absurde und beleidigende" Behauptung des sowjetischen Journalisten Bitow protestiert, der britische Geheimdienst habe ihn 1983 aus Venedig nach London verschleppt. (S. 3)

Hongkong: Das britisch-chinesische Abkommen über die Kronkolonie ist unterschriftsreif, nachdem die letzten strittigen Punkte – Landverkäufe, Nationalitätsfrage und Luftfahrtrechte – geregelt worden sind. Das Kabinett in London will den Vertragsentwurf heute billigen. (S. 10)

ZITAT DES TAGES



» Die deutsche Autoindustrie hat die einmalige Chance, nicht nur mit den besten, sondern auch mit den saubersten Autos ihre Spitzenstellung zu festigen «

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann zum Kabinettsbeschluß über umweltfreundliche Autos FOTO: DPA

WIRTSCHAFT

Arbeitslosenversicherung: Der zu erwartende Überschuß der Bundesanstalt für Arbeit von drei bis vier Milliarden DM in diesem Jahr und fünf Milliarden DM 1985 räumt der Bundesregierung nach Auffassung des HWWA-Instituts (Hamburg) genug Spielraum ein, den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung um einen halben Prozentpunkt zu senken.

Kredit für Moskau: Die Außenhandelsbank der UdSSR erhält 500 Millionen DM von einem internationalen Konsortium unter Führung der Commerzbank.

AEG-Telefunken: Nach der fristgerechten Erfüllung des Vergleichs hat das Amtsgericht Frankfurt das Vergleichsverfahren aufgehoben.

General Motors: Der Tarifkonflikt weitet sich aus. Weitere 24 000 Arbeiter in vier Werken traten gestern in den Ausstand. Damit erhöhte sich die Zahl der Streikenden auf 92 000.

Börse: Nach den starken Kursgewinnen der Vortage kam es zu Glattstellungen. Trotzdem konnten sich die Notierungen behaupten. WELT-Aktienindex 152,6 (152,6). Der Rentenmarkt war belebt. Dollar-Mittelkurs 3,0850 (3,0980) Mark. Goldpreis je Feinunze 340,00 (336,75) Dollar.

KULTUR

Berliner Festwochen: „Die Zukunft der Oper liegt im Nil." Den Nachweis für diese nicht ganz so ernst gemeinte Behauptung versucht die Berliner Schiller-Theater-Werkstatt in einer witzigen, spritzigen Produktion zu erbringen und erntete dafür herzlichen Beifall. (S. 17)

„Gold der Skythen": *Die Fülle ist* betörend, der Anblick überwältigend. Das Gold aus den Skythengräbern, normalerweise in der Leningrader Eremitage gehortet, wird seit gestern in München ausgestellt. 40 Gemälde aus der Alten Pinakothek werden dafür in Moskau und Leningrad gezeigt.

SPORT

Fußball: Arminia Bielefeld führt einen Musterprozeß gegen das Arbeitsamt der Stadt. Die Behörde fordert Arbeitslosen-Geld zurück, das Wolfgang Kneib ein Jahr gezahlt wurde.

Eishockey: Kanadas Profis haben zum zweiten Mal den Canada-Cup gewonnen. Sie besiegten Schweden im zweiten Finalspiel mit 6:5. Die erste Begegnung war 5:2 ausgegangen. (S. 9)

AUS ALLER WELT

Luftfahrtunglück: Etwa 50 Menschen wurden getötet, als ein Frachtflugzeug vom Typ DC 8 nach dem Start in Quito (Ecuador) auf den Kinderspielplatz einer Wohnsiedlung abstürzte.

Sterbehilfe: In der konservativen, weitgehend von der katholischen Ethik geprägten Gesellschaft Frankreichs wird das Thema Sterbehilfe enttabuisiert. Sechs Ärzte bekannten jetzt öffentlich, aktive oder passive Sterbehilfe geleistet zu haben. (S. 18)

Wetter: Nur im Süden weitgehend trocken. 14 bis 17 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Thatcher: Ich gebe nicht nach. Der Streik kippt um

Scargill will aber nicht aufgeben / Bergarbeiter zunehmend isoliert

FIRTZ WIRTH, London

Der seit 28 Wochen andauernde britische Bergarbeiterstreik ist in seine entscheidende Endphase getreten. Die Solidaritätsfront der übrigen Gewerkschaften für die streikenden Bergleute bröckelt ab. Bergarbeiterführer Arthur Scargill und seine streikenden Kumpel sind seit einigen Tagen isolierter als je zuvor.

Den bisher schwersten Rückschlag erlitt Scargill durch die Hafenarbeiter, die ihren Sympathiestreik beendet haben. Seit Mittwoch morgen wird in allen britischen Häfen wieder normal gearbeitet. Das Ende dieses Streiks wirkte sich zugleich wohltuend auf den britischen Pfund-Kurs aus, der sich gestern nach starken Einbrüchen in den vergangenen Tagen wieder leicht erholen konnte.

Die Hafenarbeiter waren vor 22 Tagen zum zweiten Mal innerhalb von zwei Monaten in den Streik getreten, um dem Arbeitskampf der Bergleute größere Breitenwirkung zu geben. Der Streik sollte vor allem die Stahlindustrie treffen, indem die Zufuhr von Eisenerz und Kohle unterbrochen wurde.

Die Transportarbeiter-Gewerkschaft (TGWU) erklärte am Dienstag den Streik für beendet, nachdem der Hafenarbeiter-Ausschuß mit 76 gegen acht Stimmen für ein sofortiges Ende des Ausstandes gestimmt hatte. Die Docker gaben dabei nicht nur das Ende ihres Streiks bekannt, sondern vereinbarten mit der britischen Stahlindustrie sogar ein Abkommen, das die Zufuhr von Eisenerz und Kohle weiter erhöht und damit eine praktisch ungestörte Stahlproduktion garantiert.

Nach Schätzungen der Schiffahrt sind durch den Streik Verluste in Höhe von 15 Millionen Pfund (rund 55 Millionen Mark) entstanden. Ein Sprecher der britischen Handelskammern erklärte allerdings, der dreiwöchige Ausstand habe auf die Wirtschaft des Landes und den Handel mit Europa sowie den USA nur wenig Auswirkungen gehabt. Unter den britischen Dockern war der Streik ohnehin höchst umstritten gewesen. Über 4000 Hafenarbeiter hatten sich dem Streikaufruf widersetzt und weitergearbeitet.

Bergarbeiterchef Scargill nahm das Streikende am Mittwoch mit grimmigem Zorn zur Kenntnis und kündigte an, daß er das Abkommen der Hafenarbeiter über die Zulieferung von Erz und Kohle an die Stahlwerke nicht respektieren werde. „Dieses Abkommen ist ohne unsere Beteiligung zustande gekommen", erklärte er, „wir werden deshalb nicht reagieren." Er kündigte an, unverzüglich die Stahlwerke und Häfen wieder durch Streikposten seiner Bergleute belagern zu lassen, und forderte alle Gewerkschaften auf, die von ihnen gezogene Sperrzone vor den Stahlwerken nicht zu durchbrechen. Damit sind weitere schwere Konfrontationen zwischen Bergleuten und Polizisten absehbar. Bei derartigen Zusammenstößen hat es im vergangenen Halbjahr auf beiden Seiten bereits mehr als 2000 Verletzte gegeben.

Premierministerin Margaret Thatcher reagierte am Mittwoch schnell und scharf auf die unverändert militante Konfrontationspolitik Scargills. „Sein Aufruf zur neuen Belagerung der Stahlwerke zeigt", so erklärte sie in einem Rundfunkinterview, „daß er

● Fortsetzung Seite 10

Reagan gegen Importbarrieren für Stahl

„Protektionismus nicht im nationalen Interesse" / Option auf Schutzmaßnahmen offengehalten

WILHELM HADLER, Brüssel

In Brüssel ist die Entscheidung Reagans, auf Importhindernisse für Stahl zu verzichten, mit Erleichterung aufgenommen worden. Sie bedeutet, daß das 1982 abgeschlossene Abkommen über freiwillige Exportbeschränkungen der EG bei Massenstahl unverändert gültig bleibt. Der Beschluß des US-Präsidenten erlaube es nunmehr – so ein Sprecher der Kommission –, „dieses wichtige Element in den Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Gemeinschaft zu bewahren".

Wie am Sitz der EG bestätigt wurde, haben die amerikanischen Behörden inzwischen die Kommission wissen lassen, daß sie Gespräche über ein ähnliches Arrangement für Röhrenlieferungen aus Europa wünschen. Die EG-Behörde sagte zu, „unverzüglich" Sondierungen aufzunehmen. Sie verfügt allerdings noch nicht über ein Verhandlungsmandat des Ministerrates. Die Röhrenexporte der EG-Staaten in die USA waren 1983 von rund einer Million Tonnen auf 532 000 Tonnen zurückgegangen, haben jedoch inzwischen zumindest wieder den Umfang von 1982 erreicht. Wichtigster Exporteur ist mit Abstand die Bundesrepublik.

*

H.-A. SIEBERT, Washington

Die Entscheidung Präsident Reagans, in den USA keine neuen Importbarrieren für Massenstahl zu errichten, ist trotz des massiven Drucks der amerikanischen Stahlindustrie und des drohenden Verlustes von Wählerstimmen getroffen worden. Intakt bleiben jedoch die mit der EG, Mexiko und Südafrika ausgehandelten Lieferbeschränkungen. Japan drosselt bereits freiwillig seine Exporte in die USA.

Ronald Reagan hat damit die Empfehlungen der International Trade Commission (ITC) in Washington, durch neue Zölle und Quoten oder ein gemischtes System den stark gestiegenen Auslandsanteil am US-Stahlmarkt zu drücken, verworfen. Protektionismus sei nicht im nationalen Interesse, erklärte das Weiße Haus. Er koste Arbeitsplätze, erhöhe die Preise und unterminiere Amerikas Fähigkeit, zu Hause oder im Ausland zu konkurrieren.

Der Präsident beauftragte seinen Handelsbevollmächtigten, Botschafter William Brock, mit allen Ländern, die Preisdumping betreiben und Stahlausfuhren subventionieren, Verhandlungen aufzunehmen. Falls sie diese unfairen Handelspraktiken nicht aufgeben, sollen die entsprechenden US-Schutzgesetze mit aller Schärfe angewendet werden. Notfalls werde Washington einseitig Ausgleichszölle verfügen, betonte Brock.

Diese Lösung ist jedoch weit entfernt von der Forderung der Bethle-

■ Fortsetzung Seite 10

Urteil kein Freibrief für Massenklagen

Karlsruhe warnt Umweltschützer vor Fehlinterpretation / Umkehr der Beweislast ist Ausnahme

PETER GILLIES, Bonn

Wer gegen Umweltverschmutzer klagt, muß auch künftig den konkreten Beweis führen, daß und wie er in seinen Rechten geschädigt wurde. Das jüngste Urteil des Bundesgerichtshofs hat zwar die Beweislast zugunsten der Geschädigten und zu Lasten der Unternehmen teilweise verschoben, aber damit keineswegs die Schleusen für eine undifferenzierte Prozeßflut von Umweltschützern gegen Unternehmen geöffnet.

Wie der BGH wissen ließ, wäre es eine Fehlinterpretation des Urteils, würde man daraus auf risikolose Massenklagen gegen Industriebetriebe schließen. In dem betreffenden Fall hatten Autofahrer Schäden an ihren Fahrzeugen festgestellt, die durch Auswürfe eines Schmelzofens verursacht waren. Die beklagte Firma entgegnete, ihr Schmelzofen sei sauber und im übrigen gebe es in der Nachbarschaft gleichartige Anlagen.

In den Vorinstanzen unterlagen die Autobesitzer, weil sie die konkreten Schadensauslöser nicht darzulegen vermochten. Der BGH dagegen entschied, nicht die Autobesitzer stünden in der Beweispflicht, sondern der Betreiber des Schmelzofens habe zu belegen, daß er die Emissionswerte eingehalten und alle Vorkehrungen getroffen habe, um Schäden zu verhindern, so daß ein anderer Betreiber der Verursacher gewesen sein muß. Ob der beklagten Firma dieser Beweis gelingt, muß jetzt das zuständige Oberlandesgericht entscheiden, an das der BGH zurückverwies.

Diese „Umkehr der Beweislast" entbindet den Geschädigten nicht davon, den konkreten Beweis gegen einen bestimmten Rechtsgutverletzer, also beispielsweise ein Unternehmen, zu führen. Nur in dem besonderen Fall, wenn es ihm nicht zuzumuten ist, aus mehreren Tätern den Verursacher zu ermitteln, kann das Gericht der verdächtigen Firma auferlegen, sich zu entlasten. In den folgenden Stufen, wo es die Widerrechtlichkeit der Verschmutzung und die Schuldhaftigkeit der Firma zu prüfen gilt, stünden Unternehmen nach dem BGH-Urteil in einer höheren Beweispflicht als bisher.

So müsse der Betreiber einer Industrieanlage beweisen, daß er die zulässigen Emissionswerte eingehalten habe. Aber selbst wenn er zeitweise höhere Schadstoffe ausstößt, sich dabei auf unglückliche Zufälle, menschliches oder technisches Versagen beruft, unterliegt es der richterlichen Bewertung, ob daraus auf ein Verschulden der beklagten Firma zu schließen wäre. Freilich muß sie darlegen, alles getan zu haben, um Schäden zu vermeiden. Dabei unterstellt der BGH eine gewisse „Ortsüblichkeit" von Umweltschäden, die in einem Villenviertel anders als in einem Industriebezirk zu bewerten wären.

Endgültig Leopard 2 für die Schweiz

Zü, Genf

Die Schweizer Armee wird 380 Kampfpanzer Leopard 2 erhalten, davon werden 35 beim deutschen Hersteller Krauss-Maffei „von der Stange" gekauft und 345 von der Schweizer Industrie in Lizenz gebaut. Diese Entscheidung in der Diskussion um die Panzerbeschaffung hat die Militärkommission des Ständerats einstimmig gefaßt. Insgesamt beträgt der Systempreis für einen Panzer 10,53 Millionen Mark, was einem Gesamtbetrag von vier Milliarden Mark entspricht. Die Mehrkosten für den Lizenzpanzer gegenüber dem Kauf „von der Stange" liegen bei rund neun Prozent, was aus Schweizer Sicht aus beschäftigungspolitischen Überlegungen vertretbar ist. Ursprünglich war vorgesehen gewesen, 420 Leo 2 zu beschaffen. Mit der jetzigen Lösung reduzieren sich die Gesamtkosten um über eine Milliarde Mark. Die beschleunigte Panzerbeschaffung vergrößert die Operationsbasis des 1. Schweizer Bataillons bereits ab Januar 1988 und löst das Panzerproblem für die Schweizer Armee für rund 30 Jahre.

Für Bewährung bei Entzug des Führerscheins

DW. Bonn

Generalbundesanwalt Kurt Rebmann hat sich für die Möglichkeit ausgesprochen, Führerscheinentzug und Fahrverbot „auf Bewährung" auszusetzen, um damit in Einzelfällen gerechter entscheiden zu können. Unterstützt wurde Rebmann vom Präsidenten des Deutschen Verkehrsgerichtstages, Richard Spiegel. Beide äußerten sich während einer Anhörung des Bundestagsverkehrsausschusses über das neue Verkehrssicherheitsprogramm der Bundesregierung. Zentrale Frage war dabei, ob die Rechtsprechung zum Führerscheinentzug verändert werden solle.

Begrüßt wurde von den Vertretern verschiedener Organisationen die geplante Einführung eines Führerscheins auf Probe. Die meisten Sachverständigen, die gehört wurden, halten Nachschulungen, zusätzliche Prüfungen oder eine Verlängerung der Probezeit nur dann für nötig, wenn während der Probephase gravierende Verkehrsverstöße begangen werden. Ein „Stufenführerschein" für Motorradfahrer wurde fast allgemein befürwortet.

„Europa muß in der Luftfahrt Flagge zeigen"

DW. München

Als ein „Symbol des Brückenschlages" zwischen Europa und den USA hat der bayerische Ministerpräsident Strauß den Vertrag zwischen der Airbus-Gesellschaft und der amerikanischen Luftfahrtgesellschaft PanAm bezeichnet. Bei der Übergabe des ersten Airbus an PanAm hob Strauß, Vorsitzender des Aufsichtsrats des Flugzeugherstellers, hervor, daß kein „Verdrängungs- und Vernichtungswettbewerb" angestrebt werde. „Aber wir wollen einen Marktanteil, damit die europäische Flagge vom Himmel als Produzent ziviler Flugzeuge nicht verschwindet." Airbus werde noch „über das Jahr 2000 auf dem Markt bleiben und in absehbarer Zeit neue Produkte anbieten", versicherte Strauß. Er warnte vor einer Monopolisierung der Luftfahrtindustrie.

Edward Acker, PanAm-Präsident, stellte die Unterzeichnung des Vertrags für Kauf und Leasing von 91 Airbus-Maschinen für November in Aussicht. Der gestern übergebene Airbus soll von April 1985 an auf der Strecke Berlin–München verkehren.

DER KOMMENTAR

Wort gehalten

HANS-JÜRGEN MAHNKE

In Bonn beurteilen die Handelspolitiker die Entscheidung des US-Präsidenten Ronald Reagan, keine neuen Importbarrieren für Massenstahl aus Europa aufzubauen, spontan als beachtlich. Dabei spielt die Furcht eine Rolle, daß Washington in der heißen Phase des Wahlkampfes dem protektionistischen Druck nachgeben könnte, was unkalkulierbare Folgen für den Welthandel nach sich zöge. Manche Europäer warten ja nur auf den Anlaß, um zum Beispiel gegen die Einfuhren von Agrarprodukten aus den USA vorzugehen.

Bei der Entscheidung Reagans ist folgende Sachlage zu bedenken: Die Erfolge der ausländischen Anbieter auf dem US-Markt in den vergangenen Jahren beruhen in erster Linie darauf, daß die amerikanische Stahlindustrie veraltet ist. Schon seit Jahren werden die Europäer bei ihren Lieferungen zu Selbstbeschränkungsabkommen gedrängt, die auch eingehalten werden. Diese Selbstbeschränkungsabkommen bleiben, obwohl sie dem Geist eines freien Welthandels widersprechen. Es wäre also verfrüht, von einem Sieg über den Protektionismus zu sprechen.

Dennoch regt sich diesseits des Atlantiks Hoffnung. Der starke Dollar der letzten Monate hat nicht nur dazu geführt, daß die amerikanischen Stahlimporte zugenommen haben, die gesamten Einfuhren – aus der Bundesrepublik im ersten Halbjahr allein um 49 Prozent – sind kräftig nach oben geschossen. Das hat zum Aufschwung der Weltwirtschaft entscheidend beigetragen. Andererseits ist die US-Handelsbilanz so stark ins Defizit gerutscht, daß auf Dauer etwas unternommen werden muß.

Generell gibt es dafür zwei Wege. Zum einen könnten die Einfuhren behindert werden. Zum anderen könnte die interne Anpassung, könnte der Abbau des Fehlbetrages im Bundeshaushalt so forciert werden, daß über die Zinsen auch der Dollarkurs positiv beeinflußt wird. Dann stiege die Wettbewerbsfähigkeit der USA und nähmen die Exporte einen Aufschwung. Eine solche Strategie, die über mehr Handel zu einem besseren Ausgleich der Außenbilanz führt, ist das, was der Weltwirtschaft nutzt.

Diesen Weg haben amerikanische Emissäre den Europäern für die Zeit nach der Wahl versprochen. Das sind keine leeren Worte; schon vor Monaten hat Washington zugesagt, ein protektionistischer Dammbruch während des Wahlkampfes werde nicht zugelassen. Die jetzige Entscheidung Reagans stärkt das Vertrauen.

Abgasarmes Auto: Fabius schrieb an Kohl

DW. Bonn

Gegen Vorbehalte der EG-Partner und der deutschen Autoindustrie hat das Bundeskabinett ein Verbot für den Verkauf von Neuwagen ohne Abgasentgiftung vom 1. Januar 1989 an beschlossen. Bundesfinanzminister Stoltenberg und Bundesinnenminister Zimmermann erklärten, Autos mit einem Hubraum von mehr als zwei Litern müßten die strengen US-Abgaswerte bereits ein Jahr früher einhalten. Wer sich ein abgasarmes Auto schon vom 1. Juli 1985 an anschaffe, erhalte steuerliche Vorteile, die über zehn Jahre verteilt bis zu 3000 Mark betragen könnten.

Die Länder sollen bis zum 20. Oktober erörtern, in welcher Weise Kaufanreize aus der ihnen zufließenden KFZ-Steuer entwickelt werden können. Dabei findet nach den Worten Zimmermanns die von ihm angestrebte, von Stoltenberg jedoch abgelehnte direkte Kaufhilfe durch Kapitalisierung von Steuerguthaben die Zustimmung von „mehreren Ländern".

Die Zeiträume für die Einführung des umweltfreundlichen Autos, die auch für Importwagen gelten, wurden nach Angaben beider Minister nach sorgfältiger Beobachtung der internationalen Handelsströme bei Autos festgsetzt. Der französische Premier Fabius schrieb Bundeskanzler Kohl einen „sehr freundlichen" Brief, in dem er zum Überdenken aller nationalen Maßnahmen im Hinblick auf die Nachbarn der EG gebeten habe.

Seite 2: Kommet zu Hauff

Gericht bestätigt Wartezeit für Ausländer

DW. Berlin

Das Bundesverwaltungsgericht hat es grundsätzlich für zulässig erklärt, den Ehegatten-Nachzug bei Ausländern von einer dreijährigen Wartezeit nach der Eheschließung abhängig zu machen. Eine solche Frist, durch die auch „Zuzüge aufgrund bloßer Scheinehen" verhindert werden sollten, sei mit dem Ausländergesetz, dem Grundgesetz und der völkerrechtlichen Verpflichtung der Bundesrepublik grundsätzlich vereinbar, heißt es in einer gestern veröffentlichten Entscheidung des Gerichts. Auch die im Assoziationsabkommen zwischen EG und Türkei vorgesehene Freizügigkeit vermittele derzeit keinen Anspruch auf Familiennachzug (AZ: BVerwG 1 A A 4.83, 1 A 60.83 u. a.).

Das Gericht hatte sich mit der Frage befaßt, ob Ausländer, deren Ehegatten als Arbeitnehmer oder deren Kinder in der Bundesrepublik leben, Anspruch auf eine dauernde Aufenthaltserlaubnis im Bundesgebiet haben. Baden-Württemberg, das im Oktober 1981 eine dreijährige Wartezeit für Ehegatten ausländischer Arbeitnehmer der ersten und zweiten Generation durch Verwaltungsvorschrift eingeführt und auch nach einer anderslautenden Empfehlung der Bundesregierung beibehalten hatte, verstoße nicht gegen bundesrechtliche Bindungen, wenn es über diese Empfehlungen hinaus den Zuzug beschränke. Bonn hatte den Ländern empfohlen, Ehegatten von „Ausländern der zweiten Generation" vom Nachzug auszuschließen, wenn die Ehe nicht bereits ein Jahr bestehe.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Panitalianismus

Von Carl Gustaf Ströhm

Der italienische Außenminister Andreotti, der bis vor kurzem vielerorts als zeitgenössischer Macchiavelli im Westentaschenformat betrachtet wurde, hat sich innerhalb weniger Tage heillos in dem von ihm wiedererweckten Begriff des „Pangermanismus" verheddert.

Kaum hatte er Bonn (und indirekt im Grunde ja auch Ost-Berlin) wegen ihrer Politik der gegenseitigen Annäherung als „pangermanistisch" qualifiziert, die ewige Teilung Deutschlands propagiert und damit den Zorn der Bonner Bundesregierung hervorgerufen, da begab sich der flinke Politiker aus Rom bereits auf dem Rückzug. Er habe, so schwor er, überhaupt nicht die Bundesrepublik gemeint, als er vor „großdeutschen Umtrieben" warnte. Vielmehr habe er sich „einzig und allein" auf die neuesten Vorfälle in Innsbruck bezogen.

In der Tiroler Landeshauptstadt hatten – übrigens in Anwesenheit des österreichischen Bundespräsidenten und vieler Wiener Regierungsmitglieder – Zehntausende von Tirolern aus dem österreichischen Norden und dem seit 1918 zu Italien gehörenden Süden des Landes ihres Freiheitshelden Andreas Hofer gedacht. Dabei waren auch Forderungen nach der Wiedervereinigung Tirols und dem Selbstbestimmungsrecht für die Südtiroler laut geworden.

„Pangermanismus" alpin also. Was tiefernst eine europäische Gefahr anklagen sollte, endet in einer Groteske, die kein Goldoni sich ausgedacht hätte. Und wird damit erst wirklich ernst. Denn die Österreicher, von keinen pangermanischen Schuldkomplexen belastet, nehmen Andreotti voll zur Brust.

Doch damit nicht genug: Der Diplomat im Fettnäpfchen hat es fertiggebracht, erst eigentlich den Schleier des Vergessens von der Tatsache wegzureißen, daß Südtirol mit seiner bis heute weitaus überwiegenden deutsch-tiroler Bevölkerung unter Verweigerung des Selbstbestimmungsrechts von Österreich getrennt und an Italien angegliedert wurde. Es geht hier also offensichtlich nicht um großdeutsche, sondern um großitalienische Umtriebe. Deren eifrigster Verfechter war übrigens ein gewisser Mussolini. Wie schon ein früherer Römer sagte: o si tacuisses ...

Kommet zu Hauff

Von Heinz Horrmann

Volker Hauff, der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende, will ein Tempolimit auf deutschen Autobahnen. Das ist freilich nichts Neues; Hauff macht das in regelmäßigen Abständen seit 1978. Neu ist jeweils nur die Begründung.

Als Forschungsminister nannte er die Notwendigkeit, Energie zu sparen, als zwingenden Grund für ein Ende der freien Fahrt. Zwei Jahre später begründete er seine Forderung mit den hohen Unfallzahlen.

Der renommierte Verkehrswissenschaftler Professor Max Danner widerlegte ihn mit Tatsachen: Nur acht Prozent der tödlichen Unfälle kommen auf Autobahnen zustande; hiervon wiederum neunzig Prozent in Baustellen und nicht bei hohem Tempo. Durch die Erfolgsnachricht von elf Prozent Rückgang der Unfalltoten und die Aussicht auf eine weitere Reduzierung, da sich jetzt mehr als achtzig Prozent der Autofahrer anschnallen, wurde Hauff erneut ins Abseits gerückt.

Aber wo es nicht so sehr um Sach- als um Glaubensfragen geht, gibt einer nicht so leicht auf. Diesmal will Hauff den deutschen Wald mit drastischer Begrenzung der Höchstgeschwindigkeit retten. Die Abgase der Personenwagen nämlich seien es, die den Wald entscheidend schädigen.

Aber auch da muß ihm die Wissenschaft widersprechen. Zwar wäre nach Professor Danners Berechnung bei einem Durchschnittstempo aller Fahrzeuge von achtzig Stundenkilometern auf Auto- oder sonstigen Bahnen der Schadstoffausstoß tatsächlich günstiger. Nur müsse man die Verzögerungs- und Beschleunigungsvorgänge, die bei einem Absenken des Geschwindigkeitsschnitts zwangsläufig sind, ebenfalls in die Rechnung einbeziehen. Dadurch ergebe sich ein ungleich höherer Schadstoffausstoß als selbst bei höchstem Tempo. Von drohenden Staus einmal ganz abgesehen, die ja nicht nur von größeren Unfallgefahren, sondern auch von Qualmschwaden der laufenden Motore begleitet sind.

Apropos Qualmschwaden: Was wird Hauff als nächstes einfallen, um mehr Reglementierung zu rechtfertigen? Vielleicht das Absinken der Geburtenrate – weil der Autolärm die Störche vertreibt?

Der vergessene Staat

Von Günter Friedländer

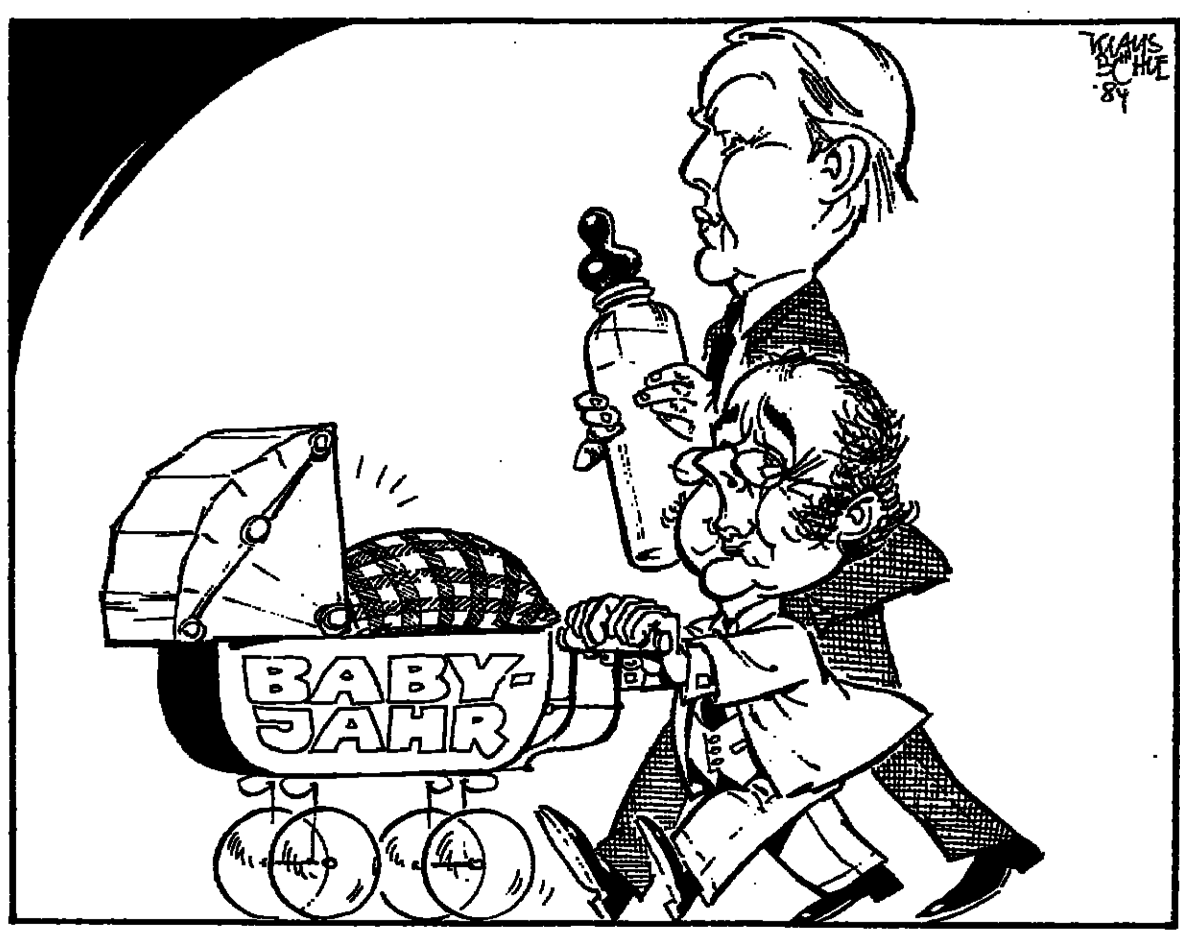
Wenn von Mittelamerika die Rede ist, denkt kaum jemand an Belize, dessen Unabhängigkeitstag sich am 21. September zum dritten Mal jährt. Der Ministaat ist etwas größer als Hessen, zählt aber nur 154 000 Einwohner. Belize ist zwar Mitglied der UNO, aber Guatemala erkennt seine Existenz nicht an und erhebt Anspruch auf Belizes Territorium, über dessen Geschick es mit England verhandeln möchte, das im Ernstfall Belize gegen eine Invasion verteidigen müßte.

Belize ist kein typisch mittelamerikanisches Land. Seine offizielle Sprache blieb Englisch, seine Bevölkerung bilden sieben verschiedene ethnische Gruppen. Mit seinen Nachbarn teilt es jedoch wirtschaftliche Probleme. Es sucht beim Internationalen Währungsfonds Hilfe, der mit 3,75 Millionen Dollar auszuhelfen verspricht, wenn Belize durch gewisse Steuererhöhungen einen gleichen Betrag aufbringt. Seine schwierige Lage ergibt sich nicht zuletzt aus den niedrigen Weltmarktpreisen seiner drei hauptsächlichen Exportgüter: Zucker, Zitrusfrüchte und Bananen.

Die dreißig Prozent überschreitende Arbeitslosigkeit trägt zu politischen Konflikten bei, die zur Polarisierung der beiden Parteien führen: der regierenden „Vereinigten Volkspartei" des Premierministers George Cadle Price (65) und der oppositionellen „Vereinigten Demokratischen Partei".

Price wollte eigentlich Priester werden. Er geriet zufällig in die Politik. Schon zwanzig Jahre vor der Unabhängigkeit regierte der zurückhaltende Mann mit der sprichwörtlichen philosophischen Ruhe die Kronkolonie. Die Opposition hält die Zeit für einen Wechsel gekommen. Sie wirft ihm linksextremistische Pläne vor und fordert Neuwahlen, die erst 1986 fällig wären, sagt aber gleichzeitig, daß sie Price nicht traut, korrekte Wahlen abhalten zu wollen oder zu können.

Es besteht die Gefahr, daß internationale Abenteurer Belize als Sprungbrett für die Verschärfung des mittelamerikanischen Bürgerkrieges benutzen könnten, der im Augenblick mit Wahlvorbereitungen in Nicaragua und der ausgefallenen Herbstoffensive der salvadorianischen Rebellen auf einen toten Punkt zuzusteuern scheint.



Damit's ein Prachtkind wird! KLAUS BÖHLE

Die SPD und die Saboteure

Von Manfred Schell

Vor wenigen Tagen erst fragte Bundeskanzler Kohl im Bundestag die SPD-Führung nach der von ihr beschworenen Gemeinsamkeit in Kernbereichen der Deutschlandpolitik. Die Antwort des SPD-Vorsitzenden Brandt verlor sich im Nebulosen. Jetzt stellt sich die Frage nach dem demokratischen Konsens wieder – diesmal auf dem Feld der Sicherheits- und Rechtspolitik.

Es gibt zwei Erklärungen der SPD zu den Herbstmanövern der Bundeswehr und der Verbündeten, die wieder einmal zeigen: die NATO hat eine Strategie, die NATO-Gegner haben eine Doppelstrategie. „Eine Armee, die nicht übt, ist das Geld nicht wert, das der Steuerzahler für sie ausgibt", erklärte Börner vor dem hessischen Landtag. Gleichzeitig aber forderte der SPD-Vorstand in Bonn die Parteimitglieder auf, „in und mit" der Friedensbewegung gegen die Manöver zu demonstrieren.

Das Spiel der SPD ist umso kühner, als ihre grünen und friedensbewegten Bundesgenossen die Aufrufe, der Protest müsse „gewaltfrei" bleiben, in den Wind schlagen und immer in den Wind geschlagen haben. Niemand also kann sagen, man habe die Gefahren nicht vorausgesehen, niemand speziell in der SPD kann die volle Mitverantwortung leugnen für das, was sich abspielt und noch anbahnt, von Behinderungen über Sabotage zur offenen Gewalt. Die SPD wird niemanden davon überzeugen, daß sich diese Aktionen nicht gegen unsere Soldaten richten – am allerwenigsten die Soldaten selber, die ja am besten wissen, daß diese Manöver kein Selbstzweck, sondern ein Teil ihrer Aufgabe sind.

Der Vorgang in Frankfurt, wo vierzehn Mitglieder der Grünen, darunter Stadtverordnete, Sprengkammern in den Pfeilern der Friedensbrücke über den Main zugemauert haben, läßt erkennen, was in der Szene für diesen Herbst geplant wird. Die SPD, die einen Vertreter in den „Koordinierungsausschuß" der grünlich Bewegten entsandt hat, weiß, was da im einzelnen vorgesehen ist: Der Funkverkehr und die Kontrolle des Flugverkehrs durch Radar sollen gestört werden. Die möglichen Konsequenzen, die Gefahr für das Leben von Piloten – und Zivilisten! – kann sich jeder Laie ausrechnen; hier ganz besonders darf die SPD den Soldaten erläutern, daß sich Sabotage, die den Verlust von Menschenleben in Kauf nimmt, nicht gegen die Menschen richte. Aber auch Blockaden von Treibstofflagern, die Vernichtung von Wegweisern, die Organisation von „Menschenketten", und was sonst so zum „Aktionsplan" gehört: was hat das mit „Meinungsfreiheit" zu tun? Was die meinen, ist hinlänglich bekannt; die Freiheit, die sie meinen, auch. Wo sie über das Vorzeigen dieser Absichten hinausgehen, beginnt der Zwang.

Für den Fall, daß es zu „Konfrontationen" kommen sollte – Unfälle werden in bekannter Art zu „Provokationen der Soldaten" umgedeutet – ist die Regie ebenfalls schon klar. Ein „Ermittlungsausschuß", welch eine Anmaßung, soll „staatliche Übergriffe" feststellen und bei etwaigen Festnahmen juristischen Beistand leisten. Man kann sich denken, was für Politiker sich dann finden werden, die das „Verursacherprinzip" leugnen und die Verhältnismäßigkeit der Mittel in einer Weise geltend machen werden, daß sich am Ende nicht nur jedes Manöver, sondern jedes rechtsstaatliche Handeln überhaupt als unverhältnismäßig herausstellt. Was hier geplant und, wie in Frankfurt, schon praktiziert wird, ist Rechtsbruch, ist Sabotage. Wer so handelt – und wer das unterstützt –, muß wissen, daß da vorweggenommen wird, was die Saboteure des Ostens im Falle eines sowjetischen Angriffs zu tun haben. Politiker wie Brandt und Glotz müßten spätestens durch den Brief gewarnt worden sein, den ältere Anhänger der Bewegung, Bastian und Böll zählten dazu, dem Koordinierungsausschuß geschrieben haben. Stattdessen „begrüßt" es Glotz, wenn Sozialdemokraten „vernünftige Aktionen" der Bewegung nicht nur durch ihre körperliche Präsenz, sondern auch „finanziell" unterstützen. Glotz hat uns nicht verraten, was (und wieviel finanzielle Unterstützung) er als „vernünftig" ansieht. Man wird beides jeweils nachher erfahren, und man wird staunen.



Aber sie reden von Gewaltfreiheit: Grüne im Manöver FOTO: DPA

Das Ziel der SPD ist klar. Brandt, der sich als „Integrationsfigur" sieht, will einsammeln. Er sieht am Horizont ein mehrheitsfähiges grün-rotes Bündnis. Damit verknüpft er die Hoffnung, daß das grüne Potential eines Tages in der SPD zerfließen wird. Andere Gesichtspunkte werden diesem Ziel untergeordnet.

Gewiß, die Frage, wie lange es die Grünen noch geben wird, ist legitim. Sie gelten als Umweltpartei, womöglich als „die" Umweltpartei – kein Mensch scheint zu merken, daß sie zum Schutz der Umwelt außer Protesten und Verweigerungen nichts beitragen, daß die Umwelt ihnen nur als Vorwand dient, ihre antikapitalistische Ideologie aufzuhängen. Die westliche Verteidigung unterminieren und die Zerschlagung der Industrie zu fördern, ist das Ziel der Macher dieses merkwürdigen Unternehmens, dem es dennoch gelingt, erstaunlich viele (meist junge) Leute vor allem aus den wohlhabenden Vororten anzulocken, die sozusagen ihre Wohlstandskomplexe abreagieren, indem sie „grün" wählen: so tut man doch was für die Umwelt und die Humanität.

So offenkundig das Spielchen ist, so fröhlich kann es gespielt werden – solange die Regierungsparteien nicht für Aufklärung sorgen. Des Kaisers neue Kleider werden hierzulande so lange getragen, bis jemand es wagt, sie offen als Tarnanzug zu nennen. Das ist dann geistige Führung; versäumt man sie, dann geht die Führung eben in eine andere Richtung.

IM GESPRÄCH Graf Raczyński

Präsident der freien Polen

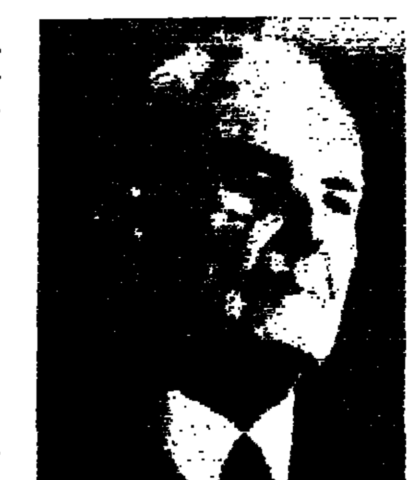
Von Joachim G. Görlich

In Londons Nobelviertel, am Eaton Place, residiert ein Mann, der für die meisten Polen im Westen, aber auch für viele im Mutterland, als Verkörperung eines freien und demokratischen Polens gilt: der polnische Exilpräsident Dr. Edward Graf Raczyński, der trotz seines biblischen Alters von 92 Jahren täglich seine Amtsgeschäfte versieht und Kontakte zu alten und neuen Emigranten und Freunden Polens im Westen pflegt. Er genießt das Vertrauen des einflußreichen „Kongresses der US-Polen", der meisten in Polen verbotenen demokratischen Parteien, die ebenso an der Themse ihre Westbüros haben, sowie des Westbüros der „Solidarnosc" in Brüssel.

Als preußischer Untertan wurde Raczyński im Kurort Zakopane geboren. Der Familiensitz der Raczyński war Schloß Rogalin in der Region Großpolen im Warthegebiet. Der junge Raczyński besuchte mit seinem älteren Bruder Roger, der später auch Diplomat wurde, das König-Sobieski-Gymnasium in Krakau. Nach einer kurzen Zwischenstation in einer Fähnrichsschule trat er in den diplomatischen Dienst der neuentstandenen polnischen Republik ein. Vorher waren Studien an der Universität Leipzig und der London School of Economics absolviert, an der Krakauer Jagiellonen-Universität der Dr. jur. gemacht worden.

Die ersten diplomatischen Stationen waren Kopenhagen und London. Er wurde zum „Britophilen" in der polnischen Diplomatie, Eden nannte ihn bald nur noch „dear Ed". Nach einigen Zwischenstationen in Warschau und Genf wurde er 1934 Botschafter in London. Den Posten behielt er bis 1945, tituliert wird er bis heute als „Botschafter". Als die Exilregierung ihren Sitz während des Krieges in London aufschlug, wurde Raczyński zuerst Leiter der Auslandsabteilung, 1942 erhielt er den Titel eines Staatsministers.

Während des Krieges kümmerte er sich um die polnischen Soldaten in Schottland sowie die polnischen Flieger, die im Luftkrieg über England eingesetzt waren. Mit Nachdruck verlangte er von den Sowjets – vergeblich – die volle Wahrheit über das Massaker an polnischen Offizieren in



Fragte vergeblich nach Katyn: Raczyński FOTO. SAD

Katyn. Seine Verbindungen zu britischen Politikern aller Parteien, wie auch die zur britischen Aristokratie, waren ihm bei vielen Interventionen sehr behilflich.

Als Polen kommunistisch wurde, versuchte er für seine Landsleute zu retten, was noch zu retten war. Als polnischer Vertreter im „Interim Treasury Committee" machte er Mittel für die Integration der Soldaten der Anders-Armee locker, ebenso für die neuen politischen Flüchtlinge, die er aus den Westzonen Deutschlands und Österreichs nach England holte. In England gab es Arbeitsplätze besonders in der zivilen und militärischen Luftfahrt, im Civil Service sowie in der Kolonialverwaltung. In Deutschland fanden viele Polen Brot und Unterschlupf in den Wach- und Arbeitskompanien der späteren Rhine Army. Jungen Polen verschaffte er Stipendien, und so manche wissenschaftliche polnische Einrichtung in England hat ihm die Existenz zu verdanken.

Mit dem „Helden von Monte Cassino", General Wladyslaw Anders, und dem Befehlshaber des Warschauer Aufstandes, General Tadeusz Graf Komorowski („Bór"), bildete er bald den „Dreierrat", die exilpolnische Exekutive, die heute ein Premier leitet. Alle Exilparteien wählten dann den greisen, doch weiterhin agilen Diplomaten Raczyński zum Präsidenten des Exils.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

THE TIMES

Zum Fall des sowjetischen Journalisten Oleg Bitow, der sich im vergangenen Jahr nach Großbritannien abgesetzt und bei seinem jetzigen Wiederauftauchen in Moskau den britischen Geheimdienst schwer beschuldigt hat, sagt die Zeitung:

Alle, die ihn im Westen trafen, haben bestätigt, daß er freiwillig hierhergekommen ist. Es gibt aber unterschiedliche Auffassungen über seine Motive. Die verschiedenen Gründe, die er genannt hat, scheinen plausibel. Aber Emigranten aus Moskauer Literatenkreisen haben schon gewarnt, daß er als KGB-Informant bekannt war und mit einer Aufgabe in den Westen gekommen sei ... Moskau hat bestimmt keinen Propaganda-Sieg errungen. Es müßte jedem klar sein, daß solche Vorfälle in den Staaten nicht vorkommen, deren Bürger frei sind.

SÜDWEST PRESSE

Blüms Rentenvorschläge kritisiert die Ulmer Zeitung:

Hier sind gleich zwei falsche Entscheidungen getroffen worden. Punkt eins die Hinterbliebenenrente: Blüms Anrechnungsmodell ... untergräbt das Versicherungsprinzip, das heißt, den Grundsatz, daß, wer Beiträge bezahlt hat, später auch die entsprechende Rente erhält. Punkt zwei das Babyjahr: Zwar ist es von allen Parteien aus gesellschaftspolitischen Erwägungen heraus erwünscht, doch ist die Koppelung des Erziehungsjahres an die Reform der Hinterbliebenenrente nicht zwingend ... Und noch weniger einzusehen ist die Tatsache, daß das Babyjahr vom Steuerzahler ... finanziert werden soll.

DONAU-KURIER

Zu Auto und Abgas empfiehlt das Blatt:

Im übrigen bleibt es allen Staatsbürgern, die sich als Mitglieder, Wähler oder Sympathisanten der SPD und den Grünen verbunden fühlen, freigestellt, die Oppsitionsforderungen zu verwirklichen, indem sie ab sofort langsamer fahren und sich Katalysatorautos kaufen.

AUGSBURGER ALLGEMEINE

Zum Bundesbankbericht heißt es hier:

Der kleine Mann hat seine Einkommensausfälle durch den Arbeitskampf auf mehreren Wegen finanziert. Er gab, wie im Bundesbankbericht nachzulesen ist, weniger aus, was besonders der Möbeleinzelhandel zu spüren bekam, machte bei der Reise Abstriche und hat den Spartopf geplündert. Wenn dadurch die Sparquote einen seit 1967 nicht mehr gekannten Tiefstand erreichte, so sollte man das nicht überbewerten. Denn dieses Verhalten zeigt ja deutlich die psychologische Grundeinstellung der Bundesbürger, die nicht von Angst, sondern von Zuversicht für die Zukunft geprägt war.

Drinnen im Bundestag: seid doch einfach normal!

Zur Parlamentsdebatte über das Selbstverständnis / Von Ulrich Lohmar

Heute will der Bundestag zum erstenmal öffentlich über sein Selbstverständnis debattieren. Die Absicht muß man loben, allein, sie verstimmt zugleich. Denn es ist zu erwarten, daß die Parlamentarier ihre Aussprache als eine Art „Beichte" auffassen, eine Kommission zur Reform ihrer Arbeit einsetzen und sich dann in gewohnter Weise ihren politischen Geschäften zuwenden. Wir werden zu hören bekommen, daß auch der „einfache" Abgeordnete häufiger zu Wort kommen müsse, daß kürzere Reden gehalten und nicht vom Blatt abgelesen werden sollten, daß die Fraktionsdisziplin eine Auflockerung gut gebrauchen könnte. Das alles und vieles mehr ist schon oft gesagt worden, greift aber zu kurz.

Was den Bürger wirklich ärgert, ist der meist unechte und unwirkliche Charakter der Debatten seines Parlaments. Wenn ein Redner, gleich welcher Partei, das Podium erklimmt, verwandelt er sich sozusagen von einem Normalmenschen in einen politischen Glaubenskämpfer. Er tut so, als ob die eigene Partei und natürlich auch er selber in allem recht hätten, die Gegner aber schlechthin unrecht. Der Zuhörer gewinnt den Eindruck, als ob es im Bundestag nicht um das Abwägen von Argumenten gehe, sondern um den Kampf um Heilsbotschaften, an die man bekanntlich nur glauben, die man aber nicht beweisen kann. Die Demokratie jedoch beruht gerade darauf, daß wir alle keine objektiv richtigen Meinungen haben, sondern vertretbare Argumente für unsere Auffassungen anführen. Diese Argumente stehen anderen gegenüber, aber das Ganze ist dann nicht wie Feuer und Wasser, sondern in Wirklichkeit haben zumeist alle vorgetragenen Meinungen etwas für sich. Nur: Das sagt niemand, und dadurch entsteht dieser unechte, unwirkliche Eindruck politischer Parlamentsdebatten.

Der Normalbürger weiß selbstverständlich aus dem Zusammenleben in seiner Familie, mit Freunden oder auch im Beruf, daß das Beharren aller auf jeweils ihrer eigenen vorgefaßten Meinung nicht zu einem erträglichen Miteinander führen kann. Man muß einander wirklich zuhören und versuchen, einen für alle gangbaren Weg herauszufinden. Täten wir das nicht jeden Tag und überall, dann wären die Gerichte noch sehr viel mehr überlastet, als sie es ohnehin schon sind. Und es kann nicht sein, daß sich die Dinge in der Politik soviel anders verhalten sollten als im alltäglichen persönlichen oder beruflichen Leben.

Das eben spüren die Bürger, und deshalb wenden sie sich kopfschüttelnd oder verdrossen ab, wenn sie scheinbar an „Heilsbotschaften" und „Kampf" orientierte Parlamentsdebatten verfolgen sollen. Die Behauptung von „Wahrheiten" anstatt gut vertretener Argumente und die Kampfpose anstelle lebendiger Diskussion gibt den politischen Auseinandersetzungen im Bundestag etwas Gespenstisches. Das Ganze wirkt so, als ob Roboter im Nebel mit großen Stangen aufeinander eindreschen.

Woher kommt es, daß die Parteien des Bundestages diese zwanghafte Haltung in ihrer öffentlichen Selbstdarstellung entwickelt haben? Vermutlich hängt es vor allem damit zusammen, daß die meisten meinen, ihre Partei oder Fraktion müsse nach außen „geschlossen" auftreten, also nur mit einer Zunge reden. Auf den Parteitagen hingegen wird viel lebendiger diskutiert, und da ist dann auch wirklich was los. Die Fraktionen sollten sich also schleunigst von der Vorstellung verabschieden, daß ihre öffentliche Reputation dadurch gesteigert wird, wenn sie den Leuten vormachen, daß sie nur Srpechblasen-Apparate seien.

Mit der psychischen Verformung des Parlamentsbetriebs geht eine beträchtliche Gefahr für den einzelnen Politiker einher: Wer sich nur auf vermeintliche Wahrheiten und auf Kampf stützen kann, der gewinnt vielleicht den Respekt seiner Mitstreiter, aber in den Augen aller anderen verliert er in gleichem Maße Achtung und Zustimmung, vor allem beim normalen Bürger. Die gestanzte Bonner Politsprache tut da noch ein übriges, um den Graben zwischen Parlament und Volk zu vertiefen. So reduzieren alle letzten Endes auch ihre eigene Lebensleistung, für die sie als Politiker doch sehr viel Kraft und Zeit aufwenden. Am Ende liegen sie dann da wie leere Patronenhülsen: Das Geschoß ist weg, das Pulver verfeuert. Ein politisches System, das sich in dieser Weise im Getümmel seiner Parteien und Fraktionen gegenseitig auf Null bringt, kann den Menschen kein überzeugendes Beispiel für Lebensformen geben.

Wenn Politiker auf ihre Wähler zu sprechen kommen, dann sagen sie: die Bürger „draußen im Lande". Der Ausdruck verrät mehr, als er soll. Er bedeutet, daß die Politiker eben nicht mehr dazugehören. Aber es ist an der Zeit, daß sich das wieder ändert. Am liebsten möchte man den Abgeordneten zurufen: Leute, seid doch einfach normal!

Ulrich Lohmar, Professor für Politikwissenschaften in Paderborn, war von 1957 bis 1976 SPD-Abgeordneter im Deutschen Bundestag

Die Story des Oleg Bitow, in der Bearbeitung des KGB

Die Rückkehr des geflüchteten Journalisten Oleg Bitow nach Moskau gibt Rätsel auf, die wohl nur er selbst und das KGB lösen können. Freunde im Westen bieten drei mögliche Erklärungen an.

Von FRITZ WIRTH

„Er war 52, er liebte die Freiheit und er liebte das Geld." So *schildern* jene den schillernden sowjetischen Flüchtling Oleg Bitow, *der ein Jahr gierig* und *lustvoll* das Leben im Westen genoß und dann plötzlich *zurück* in die Kälte ging. Er hatte viele hilfreiche Freunde im Westen, doch niemanden, *dem* er *sich so* offenbarte, daß er eine schlüssige Antwort auf die Frage geben *könnte*, warum sich Oleg Bitow vor vier Wochen wieder zurück in die Hände des KGB und in die Greifarme eines Staates begeben hat, den er ein Jahr lang in vielen Artikeln im Westen gebrandmarkt hat.

Übereinstimmung besteht bei allen nur darüber: Die Geschichte, *die* Oleg Bitow am Dienstag in Moskau über seine angebliche Entführung *durch* den britischen Geheimdienst während der Film-Festspiele in Venedig verbreitete, ist nicht seine Geschichte, sondern die des KGB. Und die sei selbst unter dessen normalem Niveau. Sie sei billigen Spionage-Thrillern entlehnt, sagen Kenner des britischen Geheimdienstes. Man hat schließlich auch in Großbritannien seinen Stolz.

Dennoch, so fürchtet man in London, wird von der Geschichte *einiges* hängenbleiben, weil sie mit korrekten Details angereichert wurde. Beispielsweise die Adressen „geheimer Häuser", in denen Bitow nach seiner Flucht zunächst aus Sicherheitsgründen versteckt und verhört wurde, oder auch die Namen von britischen Geheimdienstbeamten, die zunächst Kontakt mit Bitow hatten.

Es war diese Mischung von Phantasie und Fakten, die das britische Außenministerium veranlaßte, auf die angeblichen Enthüllungen Bitows spontaner und vernehmlicher zu reagieren, als es sonst in der Schattenwelt der Geheimdienste üblich ist. Es zitierte nur Stunden nach dem Moskauer Auftritt Bitows den Geschäftsträger der sowjetischen Botschaft in London, Posiliagyn, ins Foreign Office und las ihm die Leviten. Was dort über die angebliche Entführung durch den britischen Geheimdienst, über Folterung und Betäubung durch Drogen gesagt worden sei, sei wahrheitswidrig und beleidigend. Posiliagyn reagierte wortarm und vesprach, die Beschwerde weiterzuleiten.

Die Freunde und Bekannten Bitows in Großbritannien bieten drei Versionen über seine plötzliche Rückkehr nach Moskau an:

1. Bitow litt während seines Aufenthalts im Westen stark unter der Trennung von seiner Frau und seiner 15jährigen Tochter. Die von den Sowjets mit ihm inszenierte Schau in Moskau war der Preis dafür, statt wie üblich den Weg in ein sowjetisches Internierungslager antreten zu müssen, in die Arme seiner Familie zurückkehren zu können.

2. Bitow wurde entweder mit massivem psychologischem Druck oder von den Sowjets nach Moskau entführt. Für diese Vermutung spricht unter anderem die Tatsache, daß Tage nach seinem Verschwinden in London sein Auto vor der Sowjet-Botschaft gefunden wurde.

3. Bitows Flucht in den Westen war vom KGB inszeniert worden, um an ihrem Beispiel angebliche Praktiken des britischen Geheimdienstes bloßzustellen.

Die dritte Version ist die unwahrscheinlichste, denn Bitow begründete vor einem Jahr seine Flucht unter anderem mit dem Abschuß der koreanischen Passagiermaschine durch die sowjetische Luftwaffe, und es ist kaum vorstellbar, daß die Lust des KGB an propagandistischen Selbsttoren so groß ist.

Bitow hinterließ in London ein japanisches Auto, auf das er sehr stolz war, und ein Bankkonto in Höhe von 43 000 Pfund (rund 155 000 Mark). Das Geld stammt im wesentlichen aus dem Honorar für zahlreiche Artikel und Rundfunkbeiträge. Er lebte gut in der Freiheit, die er wählte, er war dennoch kein glücklicher Mann. Peter Reddaway von der „London School of Economics": „Er arbeitete gern und er arbeitete hart, doch er lebte unter einer immerwährenden Spannung, die deutlich erkennbar war."

Der *britische Bestseller-Autor* Frederick Forsyth hatte ihn in einem *Londoner Hotel einst zum Mittagessen* eingeladen und schildert seinen Eindruck von Bitow: *„Ich kam schon* nach kurzem Zuhören zu dem Schluß: Hier ist *ein* Mann, *der offenbar* nicht zum Überlaufen geschaffen ist. Jemand, der impulsiv diesen Entschluß gefaßt hat und nun darüber von beträchtlichem Schmerz und Bedauern geplagt war." Forsyth glaubt, daß Bitow für die westlichen Geheimdienste kein großer Geheimdienstträger war. „Ich würde seinen Wert in dieser Hinsicht mit Null bezeichnen."

Nach Ansicht von Forsyth war Bitow überrascht und enttäuscht darüber, daß der britische Geheimdienst seine Verhöre mit ihm schon nach einem Monat beendete. Er hatte das Interesse der Briten an seiner Person höher eingeschätzt und war besonders betroffen darüber, daß er nicht mehr weiter bewacht wurde.

Er reiste in den folgenden Monaten gern und viel. *Auf seinem* Programm standen zwei Reisen in die USA und eine nach Paris. Im März dieses Jahres hatte er mit dem Verlagshaus Hamish Hamilton einen Vertrag abgeschlossen für ein Buch mit dem Titel „Geschichten, die ich nicht erzählen konnte". Es sollte die Praxis der Zensur in der Sowjetunion darstellen.

Die Pressekonferenz Bitows in Moskau, darüber sind alle seine Londoner Freunde und Bekannten sicher, war eine traurige Demonstration dieses Buchtitels. Bitow erzählte vieles, doch er weiß noch sehr viele Geschichten mehr, die er nicht erzählen kann.

Mag sein, daß er sich mit dieser Moskauer Erzählung von einem hohen Preis freigekauft hat, den normalerweise alle Überläufer zu bezahlen hatten, die wieder in den Griff des KGB zurückkehrten. Der „Daily Telegraph" berichtet, daß in den letzten zwanzig Jahren insgesamt dreißig solcher Fälle bekannt wurden und *daß die Mehrheit von ihnen mit* Gefängnisstrafen von zehn oder mehr Jahren bestraft wurde.

Es mag auch so sein, daß Frederick *Forsyth* recht hatte und daß Bitow für die Geheimdienstarbeit des Westens keinen Schaden anrichtete. Unbestreitbar jedoch ist, daß er all jenen geschadet *hat, die in Zukunft wie* er erwägen sollten, die Freiheit zu suchen und sich aus der Sowjetunion abzusetzen. Bitow dürfte dafür verantwortlich sein, daß künftige Abtrünnige auf mehr Vorsicht und sogar Mißtrauen in der Freiheit stoßen werden, als sie es verdienen. Und so gesehen war Bitows Rückkehr für das KGB von beträchtlichem Wert.



Die Schau des KGB: Oleg Bitow bei seiner Pressekonferenz in Moskau
FOTO: DPA



Sein Fang löste Alarm aus: Dem norwegischen Kutter „Start" ging ein „großer Fisch" ins Netz.
FOTO: DPA

Die rote Lampe blinkt, wenn es am Netz der Fischer zerrt

Sicher, es ist schon zum Schmunzeln, daß sich ein angebliches U-Boot einer feindlichen Macht im Fangnetz eines norwegischen Fischkutters als altes Flugzeugwrack entpuppte. Doch der Hintergrund derartiger Nervosität bei unseren Nachbarn im Norden ist und bleibt ernst.

Von HEINZ BARTH

Diesmal stiegen keine „unmotivierten Luftblasen" auf. Keine Froschmänner kletterten an Land und wurden vom trefflichen „Ajax" gejagt, einem Diensthund der schwedischen Küstenwache. Keine Mini-U-Boote rasselten unter den Eisschollen der Stockholmer Schären. Nur die *Netze* des norwegischen Fischkutters mit dem verheißungsvollen Namen „Start" knirschten ausdauernd und bis zum Zerreißen gespannt.

Ein neuer Start für die „unbekannten Objekte", die den skandinavischen Seefahrern schon so oft Kummer bereiteten? Wohl kaum. Blickt man zurück auf die vielen Jahre, in denen die Marine des neutralen Schweden und des NATO-Partners *Norwegen vergeblich Jagd auf die* Geheimnisse machte, die sich unter ihren Gewässern regen, dann kann man nur von Rätseln sprechen, die schon so lange ungelöst blieben wie das um Nessie, das erprobte Füllsel für das Sommerloch.

Der Unterschied ist nur, daß die *unsichtbaren Objekte der Skandinavier* Geheimnisse „for all seasons" sind, die zu allen Jahreszeiten in den Fjorden und Schären nisten. Wie der Zufall so spielt, nisten sie meistens in der Nähe von Marinestützpunkten. Sie werden fast nie gesichtet. Die Umrisse der Objekte bleiben verwischt. Sie werden unterschiedlich als schwarze oder graue, nicht genauer definierbare Silhouetten beschrieben.

Die einzige Ausnahme war jenes *sowjetische U-Boot der „Whisky"*-Klasse, das bei dem schwedischen *Kriegshafen Karlskrona auf* einer Sandbank festsaß und den tugendhaften Neutralismus *Olof Palmes in* ratlose Verlegenheit stürzte, bevor es heimwärts in *die vertraute Bucht von* Kronstadt komplimentiert wurde.

Nun hat sich ein neuer und noch rätselhafterer Fall an der norwegischen Küste, vor dem Hafen von Stavanger und wiederum nahe bei einer Flottenbasis, ereignet. Nach den ersten Angaben eines norwegischen Marinesprechers wurde der Fischkutter „Start" von einem U-Boot eine Stunde lang „entgegen seiner Fahrtrichtung" ins offene Meer gezogen. Doch am Morgen danach gab Oslo Entwarnung. Der zunächst als U-Boot *identifizierte* Fang des Kutters habe sich als ein altes Flugzeugwrack *erwiesen, das offenbar* schon im Zweiten Weltkrieg an dieser Stelle ins *Meer gestürzt* war.

Vielleicht finden erprobte Seebären eine dem weniger erfahrenen Laien einleuchtende Erklärung dafür, woher ein betages Wrack die motorische Kraft nimmt, einen ausgewachsenen Trawler fort von der Küste bis außerhalb der norwegischen Hoheitsgewässer zu zerren.

Es war also nichts mit der „ziemlichen Sicherheit", mit der die norwegische Marine wenige Stunden zuvor auf ein „ausländisches, nicht zu einem NATO-Land gehöriges U-Boot" getippt hatte. Man sollte den mit Recht auf ihre Verteidigung bedachten Norwegern diesen vorschnellen Alarm nicht allzusehr zum Vorwurf machen. Schließlich beruht nicht alles auf Mutmaßung, was sich unter dem skandinavischen Wasserspiegel tut.

Die Skrupellosigkeit, mit der die *Sowjets seit Jahrzehnten* ihre Niederlassung auf Spitzbergen zu einer militärischen *Expansion ausnützen*, erklärt das norwegische Mißtrauen. Aus der *fortgesetzten Verletzung* skandinavischer Hoheitsgewässer durch russische U-Boote *hat sich ein* Nervenkrieg entwickelt, von dem man vermuten muß, daß er darauf angelegt ist, die nordeuropäischen Friedensbewegungen für die Zwecke *Moskaus einzuspannen.*

Überall an *den Küsten Schwedens*, Dänemarks und Norwegens glaubten in diesem Sommer die badenden Sonnenanbeter bei spiegelglatter See die Schallwellen von durch das Wasser rauschenden Periskopen zu vernehmen. Die Grenzen zwischen Realität und Gespensterfurcht drohen sich zu verwischen. Das Nervenkostüm unserer nördlichen Nachbarn ist zerschlissen. Ihre Nervosität ist grenzüberschreitend. Schon seit einiger Zeit hat man den Eindruck, daß die Sowjets bei der Offenheit, mit der sie die skandinavische Souveränität verletzen, es darauf anlegen, eine Angstpsychose an der Nordflanke Europas zu provozieren. Zum mindesten, was die Ostsee betrifft, werden die Skandinavier einem fortwährenden psychologischen Druck ausgesetzt, der die öffentliche Meinung dieser Länder dazu bringen soll, mit Resignation den sowjetischen Hoheitsanspruch über die gesamte Ostsee *zu akzeptieren.*

Vor Stavanger *hat ein Boot der norwegischen* Küstenwache fünf Handgranaten in die See geworfen – ein international anerkanntes Signal für U-Boote zum Auftauchen. Noch nie haben sowjetische U-Boote in vergangenen Jahren auf dieses Signal reagiert. Daß diesmal statt eines U-Bootes ein altes Flugzeugwrack zum Vorschein kam, ist kein Grund, die Situation für harmloser zu halten, als sie ist.

Im vergangenen Mai hat die schwedische Marine einen über fünfzig Seiten langen, mit Fakten gespickten Bericht über die sowjetischen Spionage-U-Boote vorgelegt. Die Versuchung ist groß, sich über das Wrack von Stavanger *lustig* zu machen und darüber zu vergessen, daß die bisherigen *Herausforderungen* so ernst genommen werden müssen, wie sie es *verdienen. Ein Fall für Olof Palme.*

Heiße Brötchen aus dem Bundestag

Von GEORG SCHRÖDER

Ist das etwa der Beginn der vielberedeten Parlamentsreform? Jedenfalls *hatte es das in der* Geschichte des Bundestages noch nicht gegeben: *Um vier Uhr morgens* traten an diesem Mittwoch die Ausschüsse für Arbeit *und* Soziales *und für* Bildung und Wissenschaft zu einer gemeinsamen *Sitzung zusammen*. Beraten wurde die Novelle zum Jugendarbeitsschutzgesetz. *Die Sozialdemokraten* wollten den Abgeordneten *Anschauungsunterricht erteilen, wie* man sich zu solch früher Morgenstunde bei *der Arbeit fühlt, zwar nicht* beim Brötchenbacken, aber beim Gesetzberaten.

Natürlich waren Fernsehen, Fotografen und *Journalisten* von der SPD rechtzeitig alarmiert. Denn was nützt den Initiatoren derartige parlamentarische Arbeit, wenn sie nicht als Schaueffekt dem Volk verkauft werden kann? Dies nur als Randbemerkung zu der Sorge mancher Bundestagsabgeordneten, die Presse werde zu Lasten der Parlamentarier zu früh von der Regierung informiert. Aber zurück zu den heißen Brötchen: Nach dem Gesetzentwurf, von dem die Bundesregierung sich mehr Arbeitsplätze für Jugendliche verspricht, sollen nun schon 17jährige ab vier Uhr in Bäckereien arbeiten dürfen.

Darum geht es am Freitag auch im Plenum des Bundestages. Bestimmt nicht um vier Uhr in Herrgottsfrühe. Aber ebenso sicher nur bis zum Mittag, denn dann fahren die Züge nach Süd und Nord. Seit vielen Jahren schon ist es ein ungeschriebenes Gesetz, daß der Plenarsaal sich am Freitagmittag leert, die Sitzung zwangsläufig endet.

Um das zu erreichen, bedurfte es keiner *Änderung der* Geschäftsordnung, nur gesunden Menschenverstandes. *Der sorgte auch dafür*, daß die Plenarsitzungen nicht mehr bis tief *in die Nacht*, ja sogar bis in die frühen Morgenstunden andauern. Gereiztheit, *häßliche* Zusammenstöße zwischen übermüdeten Abgeordneten waren in den ersten Jahren des Bundestages zu oft die Folgen solcher *Nachtsitzungen. Dann gab es die still*schweigende Übereinkunft, die Sitzungen, wenn es eben *geht*, um 20 Uhr zu beenden. Ausnahmen gibt es zwar, aber dann wird dafür gesorgt, daß nur noch Routinesachen auf der Tagesordnung stehen.

Darüber also brauchen die Abgeordneten sich nicht *mehr den Kopf* zu zerbrechen, wenn sie heute nachmittag fünf Stunden lang über das Elend der Parlamentarier und ihres Hohen Hauses debattieren. Die Initiative dazu ergriff Rainer Barzel. Reform im Parlament, das ist nun schon seit zwanzig Jahren ein Ruf, den fast alle frisch gekürten Bundestagspräsidenten erschallen ließen: Kai-Uwe von Hassel, Annemarie Renger, Richard Stücklen und nun Rainer Barzel. Um was ging und geht es eigentlich dabei: um die Macht des Parlaments oder um die Plenarsitzungen und damit um die politisch-propagandistische Wirkung der Abgeordneten auf das Wählervolk?

Es war in den Anfangsjahren der Bundesrepublik, daß ein Bundestagspräsident darum kämpfte, daß sein Dienstwagen das Nummernschild BN-2 und nicht BN-3 erhielt. Die Realitäten sind längst über dergleichen protokollarische Ansprüche hinweggebraust.

Immunität für Abgeordnete auch im Ausland?

STEFAN HEYDECK, Bonn

Deutsche Abgeordnete sollen ähnlich wie Diplomaten im Ausland vor Strafverfolgungen oder anderen Zwangsmaßnahmen künftig geschützt sein. Diesen Vorschlag hat Bundestagspräsident Rainer Barzel (CDU) vor der heutigen Bundestagsdebatte über das „Selbstverständnis" des Parlaments gemacht.

Nach dem Grundgesetz können in der Bundesrepublik Abgeordnete „wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung" nur mit Genehmigung des Bundestages „zur Verantwortung gezogen oder verhaftet werden".

Nach dem Vorschlag Barzels soll zunächst in den Mitgliedstaaten der EG und des Europarates der Schutz für Volksvertreter von den Regierungen in einem Abkommen festgelegt werden, der für die Diplomaten *in der Genfer Konvention* festgeschrieben ist. Das würde bedeuten, daß Parlamentarier im Ausland allenfalls zur Persona non grata erklärt und ihre Ausreise innerhalb einer kurzen Frist verlangt werden könnte. Bislang hängt es vom Nachdruck des Auswärtigen Amtes ab, wie schnell ein Festgenommener wieder freigelassen wird.

Barzel setzt sich dafür ein, daß dieses Thema auf die Tagesordnung der Konferenz der Präsidenten der europäischen Parlamente Mitte nächsten Jahres in Paris gesetzt wird. Er denkt dabei an einen Entschließungsentwurf, mit dem die Regierungen der EG-Mitgliedstaaten zu einem Abkommen über die gegenseitige Anerkennung parlamentarischer Immunitäten aufgefordert werden. Bisher können innerhalb der EG lediglich die Mitglieder des Europaparlaments auf den besonderen Schutz vertrauen.

Seite 2: Seid einfach normal

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

In Emden erwartet man vom neuen Hafen viel

Von CH. GRAF SCHWERIN

Dort, wo die Ems bei Emden in den Dollart mündet, wird mitten durch den Meerbusen ein Damm aufgeschüttet, hinter dem ein neuer Tiefwasserhafen entstehen soll. Sieben Jahre hindurch wurde über dieses als „Jahrhundertwerk" apostrophierte Projekt der Niedersachsen mit den Niederländern verhandelt, die Territorialansprüche in der Emsmündung geltend machten. Der „Ems-Dollart-Kooperationsvertrag" zwischen der Bundesrepublik und den Niederlanden, der die strittige Grenzfrage regelt und die Umleitung der Ems in das Dollartbecken ermöglicht, wurde von den Außenministern beider Länder und Ministerpräsident Albrecht vor wenigen Tagen in Emden unterzeichnet.

Der Enthusiasmus, der bei dieser Feier aufkam, scheint verfrüht. Denn: Der Vertrag muß noch von



beiden Parlamenten ratifiziert werden, und Den Haag hat es damit nicht so eilig. Zunächst war es Ende letzten Jahres der Widerstand der Grünen, der der holländischen Seite zum Vorwand diente, die Interessen der eigenen Häfen gegen die künftige Konkurrenz an der Emsmündung zu schützen. Erst die hartnäckigen Bemühungen von niedersächsischen Abgeordneten ermöglichten einen Durchbruch bei den niederländischen Regierungsparteien. Aber die Ratifizierung ist damit noch nicht gesichert.

„Wir rechnen mit einer sehr knappen Mehrheit im niederländischen Parlament", sagte der Landesvorsitzende der SPD und Emdener Landtagsabgeordnete Johann Bruns in Hannover. Mit Ausnahme der liberal-konservativen Koalitionspartei VVD, die 36 von 150 Sitzen im niederländischen Abgeordnetenhaus einnimmt, stehe keine der niederländischen Parteien uneingeschränkt hinter dem Vertrag.

Ministerpräsident Albrecht sagte in Emden, er erwarte von dem neuen Hafen „erhebliche beschäftigungswirksame Impulse". An dem Bau, der acht bis zehn Jahre dauern werde, würden „viele tausend Menschen" beschäftigt werden. Bruns geht davon aus, daß der Dollarthafen „in den neunziger Jahren seine impulsgebende Wirkung auf den Arbeitsmarkt haben wird".

Daß der neue Emdener Hafen, dessen Baukosten von über 1,3 Milliarden Mark von Bund und Land gemeinsam getragen werden, zu einer Belebung des Hafens, neuen Industrieansiedlungen und einem andauernden Abbau der hohen Arbeitslosigkeit führen kann, bleibt umstritten. Die Konjunkturentwicklung hat die Hoffnung auf neue Industrien vorerst auch im niedersächsischen Wirtschaftsministerium stark gedämpft.

Das Sinken der Energiepreise hat Pläne wie den Bau einer Kohleveredelungsanlage zunichte gemacht. Die deutschen Nordseehäfen, die in Konkurrenz zu Emden liegen, verzeichnen Umschlagzahlen, die in erschreckender Weise zurückgehen; und in Emden selbst sank der Umschlag inzwischen auf fünf Millionen Tonnen, da weder Erz noch Kohle, die wichtigsten Massengüter des Hafens, nachgefragt werden.

Der Ausgangspunkt der Überlegungen zu diesem Projekt war jedoch, daß der heutige Hafen von Emden einer Erneuerung bedarf. Die alte Seeschleuse aus dem Jahre 1913 ist so altersschwach, daß ihre Reparatur allein zwischen 250 und 300 Millionen Mark betragen würde. Die vollbeladenen modernen Erzfrachter können in den Emdener Hafen nicht einlaufen und werden heute weit draußen von zwei Schwimmkränen auf kleinere Binnenschiffe umgeladen. Da die heutige Fahrrinne in der Verbrackungszone der Emsmündung liegt, müssen jährlich neun Millionen Kubikmeter Schlick ausgebaggert werden. Kosten: 20 Millionen Mark. Deshalb erschien es sinnvoll, einen Hafenneubau in Angriff zu nehmen.

Beteiligt sich Bonn an den Kosten, dann zeigt SED auch Interesse am Umweltschutz

Papier des Kanzleramts zu gemeinsamen „grünen" Themen / Ost-Berlin bisher nicht zu Rahmenabkommen bereit

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Bonn sucht mit „grünen" Themen die Gesprächsebene mit Ost-Berlin lebendig zu halten. Jedoch weigert sich die „DDR" bisher nach wie vor, ein regelrechtes „Umweltschutz-Rahmenabkommen" zu schließen. Im Vorfeld des Honecker-Besuchs schrieben Experten im Kanzleramt ein acht Seiten umfassendes Papier, das den Stand deutsch-deutscher Umweltschutzbemühungen spiegelt. Bis jetzt liegen nur zwei konkrete Abmachungen vor. Fachminister Friedrich Zimmermann (CSU) liegt eine Einladung des „DDR"-Ressortministers Hans Reichelt vor, der Zimmermann alsbald nachkommen will. Die WELT zitiert aus der Ausarbeitung des Kanzleramtes.

Auch nach dem verschobenen Honeckerbesuch bleibt das Thema auf der Tagesordnung. Erich Honecker selbst kündigte sein Interesse an derartigen Vereinbarungen beim Treffen mit der Spitze des „Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz" (BBU) Anfang September in Ost-Berlin an. Das jüngste politische Grün sproß bei den Förstern: Grünröcke von diesseits und jenseits der Grenze unternahmen in dem vor allem von böhmischen und südsächsischen Rauchschwaden heimgesuchten fränkischen Bischofsgrün eine gemeinsame Wald-Visite.

Praktische Vereinbarungen zwischen beiden Seiten gibt es jedoch *bislang nur in zwei Fällen* – beide betreffen sie die Wasserreinheit:

- Am 28. September 1982 vereinbarten der Bund und Berlin mit der „DDR" den Einbau einer dritten Reinigungsstufe in den Ostberliner Klärwerken, um die unerträgliche Phosphatbelastung der westlichen Teile von Spree und Havel durch ungeklärte Abwässer aus Ost-Berlin und dem Umland zu stoppen. Bonn steuert mit 68 Millionen D-Mark mehr als die Hälfte der gesamten Investitionskosten (115 Millionen Ostmark) bei.
- Am 12. Oktober 1982 wurde im Rahmen der Arbeit der Grenzkommissionen in München eine Regierungsvereinbarung unterzeichnet, um den kleinen bayerischen Zonengrenzfluß Röden zu säubern. Das Gewässer ist durch einen Schlachthof und ungefiltert strömende Abwässer aus dem benachbarten thüringischen Sonneberg zur Kloake verkommen. An den notwendigen Kosten von 50 bis 70 Millionen Ostmark auf „DDR"-Seite beteiligen sich Bonn und Bayern mit jeweils neun Millionen D-Mark. In vier Jahren soll es in Sonneberg, der thüringischen Spielzeugstadt, Kläranlage und Kanalisation geben.

Nicht nur die Empörung Honeckers und der „DDR"-Medien über die inzwischen in die Justizmühlen geratene Betriebsgenehmigung für das Kraftwerk Buschhaus lehrt, wieviel politische Empfindsamkeit noch immer bei diesem Thema herrscht. Auf keinem deutsch-deutschen Interessengebiet, das eher Geld als gute Worte erfordert, kam man so wenig voran wie hier. Die Funkstille bei Verhandlungen auf Regierungsebene dauert seit knapp elf Jahren an: Die „DDR" mochte darüber seit Ende 1973 nicht mehr reden, als sie ausgerechnet jenes Amt, das Reinheit und Sauberkeit beiderseits der Grenze wissenschaftlich beflügeln könnte, sogar mit einer zeitweiligen Blockade der Transitwege nach Berlin bekämpfte – das Umweltbundesamt.

Die Verhältnisse sind noch nicht so

Dabei stand am Anfang durchaus freundliches Bemühen. Im Zusatzprotokoll zu Artikel 7 des Grundvertrages heißt es nämlich: „Auf dem Gebiet des Umweltschutzes sollen ... Vereinbarungen geschlossen werden, um zur Abwendung von Schäden und Gefahren für die jeweils andere Seite beizutragen." Das Kanzleramts-Papier (Stand: 1. Juni 1984) vermerkt optimistisch: „GS Honekker, Günter Mittag und Minister Reichelt haben wiederholt die grundsätzliche Bereitschaft der DDR zur Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik auch im Bereich des Umweltschutzes zum Ausdruck gebracht."

Doch die Verhältnisse sind (noch) nicht so. Das lehrt ein historischer Rückblick: Am 29. November 1973 reiste – den zitierten Artikel 7 im Auge – eine Ostberliner Delegation nach Bonn, angeführt von Vize-Umweltminister Guido Thoma (SED). Auf Bonner Seite nahm der heute nicht mehr im Amt befindliche Ministerialdirigent Peter Menke-Glückert (FDP) das Wort. Der zuständige Bundesinnenminister hieß damals – Hans-Dietrich Genscher.

Auch nachdem sich auf sowjetischer und „DDR" Seite die Erregung über die Einrichtung des Umweltbundesamtes in Berlin allmählich gelegt hatte, blockierte die östliche Seite weiter. Ihr Interesse an derlei Vereinbarungen bestimmt sich ohnehin nach drei Gesichtspunkten: Umweltschutzvereinbarungen kosten Geld, bringen keine Devisen, und die „DDR"-Industrie läuft Gefahr, Produktionsausfälle oder -minderungen hinnehmen zu müssen. Zudem steht die ungebrochene Wachstums-Philosophie der SED irgendwelchen „grünen" Ideen strikt entgegen.

Je günstiger die deutsch-deutsche Stimmung insgesamt, desto geneigter zeigte sich jedoch Ost-Berlin: Franz Josef Strauß konnte die Röden-Regelung – zu Recht als „Durchbruch" bezeichnet – bei seinem ersten Zusammentreffen mit Honecker im Juli 1983 am Werbellinsee einfädeln. Mit Ost-Berlin war und ist auch stets dann zu rechnen, wenn sich Bonn an den Kosten beteiligt.

Oft führt jedoch auch Egoismus auf westlicher Seite und mangelnde Kompromißbereitschaft der Bundesländer dazu, daß sich unterschriftsreife Vereinbarungen mit der „DDR" ständig hinauszögern. Dafür ein Beispiel:

Werra und Weser: Weil zwar Bonn bereit ist, die Hälfte einer westlichen 200-Millionen-Gabe zu tragen, die vier betroffenen Bundesländer aber über ihre Quoten streiten, stocken die Gespräche mit drüben. Zitat aus dem Kanzleramts-Papier über die „DDR"-Haltung zum notwendigen Finanzaufwand: „Kostenschätzungen für alle Maßnahmen liegen weit auseinander."

Kali-Abbau unter der Grenze: Die andere Seite drängt auf den kurzfristigen Abschluß einer Vereinbarung. Aus „abbautechnischen Gründen", wie es in der Bonner Niederschrift heißt. Da eine Regierungsvereinbarung mit Berlin-Klausel scheitern dürfte, müssen rechtliche „Not-Brücken" geschlagen werden.

Luftverschmutzung: Hier hält die „DDR" wegen ihrer nahezu ausschließlichen Feuerung minderwertiger Braunkohle einen gemeinsamen Weltrekord. Auf jeden „DDR"-Bürger rieseln pro Jahr nach einer Berliner Senatsstatisitik 236,7 Kilo Schwefeldioxid. In der Bundesrepublik liegt dieser Wert viermal niedriger. Problem Nummer eins in diesem Bereich lautet „Rauchgasentschwefelung". 1983 trafen sich die beiderseitigen Experten viermal. Die „DDR" setzt in ihren Braunkohlekraftwerken auf das Trockenadditivverfahren auf Kalkbasis. Experten zweifeln, daß diese Methode ausreicht.

Das Pferd vom Schwanz aus aufgezäumt

Elbverschmutzung: Schwermetalle aus der CSSR und aus „DDR"-Betrieben, die ihre Industrieabwässer in den Strom leiten und deshalb die Elbe in Hamburg als einen der phenol- und metallhaltigsten Flüsse Europas ankommen lassen. Zitat aus dem Bonner Papier: „Noch kein neuer Termin vereinbart. DDR macht weitere Gespräche von grundsätzlicher Erklärung unserer Seite abhängig, aus der Bereitschaft hervorgeht, sich über eine eventuelle finanzielle Beteiligung zu verständigen."

Waldsterben: Die besonders bedrohten Reviere in Oberfranken, dem Bayerischen Wald und dem Erzgebirge liegen nahe beieinander. Ohne Mithilfe der CSSR, deren nordböhmisches Industrierevier als Europas „Dreckschleuder" Nummer eins wirkt, läßt sich keine entscheidende Besserung erzielen. Die „DDR" zäumte das Pferd ohnedies vom Schwanz auf – die Wissenschaftler erhielten von Staats wegen Order, „rauchharte" Baumsorten zu züchten. Nicht die Luft, sondern gleichsam der Wald war zunächst „schuld".

Städte plädieren für mehr Kontakte zur Sowjetunion

Eberhard Diepgen warnt: Berlin nicht ausgrenzen

F. DIEDERICHS, Berlin

Das Präsidium des Deutschen Städtetages will sich in Zukunft verstärkt dafür einsetzen, daß es zu partnerschaftlichen Verbindungen westdeutscher Städte mit der Sowjetunion kommt. Der Präsident des Deutschen Städtetages, der Dortmunder Oberbürgermeister Günter Samtlebe (SPD), betonte dabei, der Osten müsse bei derartigen Verbindungen „als Realität anerkennen, daß West-Berlin Mitglied des Deutschen Städtetages ist".

Berlins Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen (CDU) warnte davor, formelle Städtepartnerschaften mit der Sowjetunion zu besiegeln, bevor nicht sichergestellt sei, daß Berlin „bei dieser Frage nicht ausgegrenzt wird".

In Berlin wurde gestern bekannt, daß im Vorfeld des geplanten und jetzt auf unbestimmte Zeit verschobenen Honecker-Besuchs in der Bundesrepublik das Präsidium des Städtetages ein Schreiben an Honecker gerichtet hatte, in dem der „DDR"-Staatsratsvorsitzende gebeten worden war, das Thema deutsch-deutscher Städtepartnerschaften in seinen Gesprächen in der Bundesrepublik anzuschneiden. Auch dabei müßten *„die Interessen von West-Berlin* voll gewahrt bleiben", hieß es gestern dazu auf der turnusgemäßen Präsidiumssitzung des Städtetages.

Der Städtetag wandte sich entschieden gegen die These, Städte und Gemeinden hätten derzeit gesündere Finanzen aufzuweisen als Bund und Länder. Das Präsidiumsmitglied Bruno Weinberger führte dazu aus, die Städte seien zwar in der Konsolidierung ihrer Finanzen am weitesten fortgeschritten, dies sei jedoch in erster Linie „auf Kosten des kommunalen Investitionsvolumens" zustande gekommen.

Niemand dürfe deshalb denken, daß in den Städten kein Investitionsbedarf mehr vorhanden sei. Gerade in den Bereichen des Umweltschutzes, der Gewässerreinhaltung und der Instandhaltung gebe es in den deutschen Städten und Gemeinden einen beträchtlichen Finanzbedarf.

Um die stark beanspruchte Sozialhilfe zu entlasten, schlug der Städtetag in Berlin erneut vor, die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes über ein Jahr hinaus „deutlich zu erhöhen". Auch müsse die Arbeitslosenhilfe in ihrer Höhe der Kostenentwicklung stärker als bisher angepaßt werden.

„SPD sollte von Frankreichs Sozialisten lernen"

Ein gutgelaunter Kanzler als Wahlkämpfer in Krefeld / Revanchismus-Vorwurf energisch zurückgewiesen

WALTER H. RUEB, Krefeld

Das Seidenweberhaus mitten in Krefeld war zum Auftritt von Bundeskanzler Helmut Kohl im nordrhein-westfälischen Kommunal-Wahlkampf 1984 in eine regelrechte Festung verwandelt worden. In der Tiefgarage und auf dem Dach, in Sälen und auf Gängen wimmelte es von Polizei. Hundestaffeln und Krankenwagen, Bundesgrenzschutz mit fahrbaren Scheinwerferbatterien und ein Heer von Ordnern säumten die architektonisch auffällige Orgie aus Beton und Glas. In der Seidenstadt hat man die schweren Krawalle und skandalösen Vorfälle anläßlich des Besuchs von US-Vizepräsident Bush in Begleitung des damaligen Bundespräsidenten Carstens sowie von Bundeskanzler Kohl im Juli 1983 nicht vergessen. Ähnliches sollte sich nicht wiederholen.

Die Wahlkundgebung der CDU verlief denn auch friedlich und ohne nennenswerte Störungen. Und die paar jugendlichen Schreihälse auf der Empore des mit annähernd 2000 Menschen überfüllten Saals im Seidenweberhaus vermochten gegen Kohls gute Laune, Schlagfertigkeit und vor allem die phonstarke Lautsprecheranlage nichts auszurichten. „Laßt sie schreien", empfahl der Bundeskanzler seinen Parteifreunden. „Wir haben es hier nicht mit einem ernsten politischen, sondern lediglich mit einem Problem des Stimmbruchs *in der Pubertät zu tun.*" *Tosender* Beifall und Gelächter übertrugen die gute Stimmung im Saal nach draußen auf den Platz zwischen Seidenweberhaus und Stadttheater, wo trotz der Kühle des Abends weitere Krefelder an der Kundgebung teilnahmen.

Kohl benützte seinen einzigen Auftritt im Kommunal-Wahlkampf 1984 zu deutlichen Bemerkungen an die Adresse Moskaus und zu einer selbstkritischen Bilanz seiner bisherigen Regierungszeit. Den Machthabern in Moskau rief der Bundeskanzler die deutsche Friedenspolitik ins Gedächtnis zurück, die zur Aussöhnung mit Frankreich und vielen anderen Ländern des Westens, aber auch mit den Völkern des Ostens geführt habe.

„Einiges danebengegangen"

Der Revanchismus-Vorwurf aus „der Giftküche Moskaus" nach seinem Auftritt bei den Vertriebenen sei zu dumm, als daß man auf ihn ernsthaft eingehen sollte, stellte Kohl fest. Doch er sei ungerecht. An die Adresse „gewisser Kläffer in der SPD" sagte der Regierungschef: „Die Vertriebenen dürfen nicht ausgeklammert werden aus unserer Gesellschaft. Deshalb gehe ich zu ihnen genauso wie zu Gewerkschaften und Arbeitgebern."

Bei seinem Blick auf die zurückliegenden zwei Jahre stellte Kohl fest: „Vieles ist gelungen, einiges danebengegangen." Die entscheidende Wende aber sei eingeleitet worden. Trotz des Streiks in Druck- und Metallindustrie könne zum Stichtag 1. Oktober 1984 ein Wirtschaftswachstum von 2,5 Prozent verbucht werden. *„Und die Inflationsrate wurde* heruntergebracht auf 1,5 Prozent", rief der Regierungschef aus. „Das bedeutet absoluten Rekord in der ganzen Welt." Die Wende in der Wirtschaftspolitik habe in unserem Land zu einer Preisstabilität geführt, die einzigartig sei.

Selbst die französischen Sozialisten machten es mittlerweile den Deutschen nach. Dies beweise nur ihre Lernfähigkeit, stellte Kohl fest. Nur die deutschen Sozialdemokraten hätten noch immer nichts gelernt. Wirtschaftswachstum, niedrige Inflationsrate und Preisstabilität seien im Endeffekt die sozialste Politik, die denkbar sei. Das Mehr an Kaufkraft, das dadurch den Bürgern zur Verfügung stehe, entspreche einem Betrag von 20 bis 30 Milliarden Mark, stellte der Bundeskanzler fest. Das sei mehr als das umfangreichste Investitionsprogramm.

Die Wende sei indessen nicht zufällig gekommen, fuhr Kohl fort. Opfer seien *notwendig* gewesen *und* auch gebracht worden, beispielsweise im öffentlichen Dienst. „Im neuen Jahr aber wird die Null-Runde im öffentlichen Dienst beendet", versprach der Bundeskanzler. „Ich bin sicher, daß wir zu vernünftigen Abschlüssen kommen werden."

„Nur schwarzbuntes Vieh"

Krefelds Oberbürgermeister Dieter Pützhofen, von dessen Wahlsieg an der Spitze einer guten Mannschaft Kohl überzeugt war, sagte in einer Wahlprognose: „Am Niederrhein gedeiht kein rotbuntes Vieh, sondern nur schwarzbuntes ... Dennoch ist der Niederrhein geeignet, die Entwicklung der letzten zwanzig Jahre in unserem Staat beispielhaft darzustellen. 13 Jahre sozialdemokratisch geführte Bundesregierung führten dazu, daß in dieser Stadt rund 13 000 Menschen ohne Arbeit sind, ... und von 1970 bis 1983 die Sozialhilfe, die Krefeld aufbringen mußte, von 19 auf 92 Millionen Mark stieg."

Der CDU-Kreisvorsitzende und Landtagsabgeordnete Klaus Evertz seinerseits sagte voraus: „Roter Filz und grüner Frust sind nicht das, was die Krefelder von der Zukunft erwarten."

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Neue Zensur?

Sehr geehrte Damen und Herren,

selten wohl ist dem Medienplatz Hamburg so viel Schaden zugefügt worden wie unter dem jetzigen Senat. Wenn man sich schon wundern muß über die uns Deutschen nachgesagte kleinkarierte Gründlichkeit, in jedem kleinen Ländchen die weltumspannenden elektromagnetischen Wellen zu reglementieren, weil Rundfunkhoheit Ländersache sei, so wundert einen aber erst recht, daß kein Aufschrei durch die Nation geht angesichts der jetzt vorliegenden Thesen und der damit verbundenen undemokratischen Einengung der Pressefreiheit.

Wofür, so muß man fragen, besteht eigentlich noch Regelungsbedarf, nachdem die Zeiten des nur auf 12 Kanälen zu betreibenden VHF-Fernsehens längst Geschichte sind und ein Zuteilungsbedürfnis höchstens von der technischen Übertragungsqualität, aber nicht mehr von der Menge der zur Verfügung stehenden Kanäle bestimmt wird? Die technischen Belange werden aber bereits von der internationalen Wellenkonferenz und den Postverwaltungen wahrgenommen.

Vordergründig geht es dem Hamburger Senat offensichtlich darum, die antiquierten bundesrepublikanischen Monopolstrukturen bei den elektronischen Medien zu zementieren, ein Anachronismus angesichts der Medienvielfalt in anderen westlichen Ländern.

Die Medienvielfalt ist angebrochen, die sinkenden Einschaltquoten bei ARD und ZDF sowie der Video-Boom zeigen den großen Bedarf des Publikums für Medienvielfalt und Pressefreiheit in jeder Form.

Mit freundlichen Grüßen
F. Neitzert,
Kaltenkirchen

*

Sehr geehrte Herren,

Ministerpräsident Rau will zukünftige private Sender in Nordrhein-Westfalen durch eine neuzugründende Landesanstalt kontrollieren lassen. Natürlich säße Ministerpräsident Rau auch hier im Verwaltungsrat als selbsternannter Propagandaminister. Privates Fernsehen in NRW würde zur Farce!

Privates Fernsehen ist den Sozialisten immer ein wahrer Greuel gewesen. Sieht doch der größte Teil der Wählerschaft lieber gute Krimis und einen Western, anstatt sich nach getaner Arbeit durch linke TV-Spinner Untergangsstimmung und Problemfilme ins private Heim bringen zu lassen.

Johannes Rau weiß ganz genau: „Erfährt der Bürger die Wahrheit über mein Mismanagement, verliere ich die nächste Wahl!" So sieht er seine Chance in der Flucht nach vorne: Der Bürger will das private Fernsehen. Nun gut, er soll es haben! Aber was gesendet wird, bestimmt die SPD!

Es wundert mich, daß die CDU in Nordrhein-Westfalen dieses Thema nicht längst aufgegriffen hat. Will sie sich wieder einmal übertölpeln lassen oder ist sie einfach zu lahm?

Mit freundlichen Grüßen
Dr. L. Olivier,
Essen

Wort des Tages

» Zweifel muß nichts weiter sein als Wachsamkeit, sonst kann er gefährlich werden. «

Georg Christoph Lichtenberg; Schriftsteller und Physiker (1742–1799)

Alter erreicht

„Die Säuberungen des Doktor Doe"; WELT vom 14. September

Sehr geehrte Damen und Herren,

erlauben Sie mir zu diesem Artikel bitte zwei Anmerkungen:

- Doe trägt keinen Ehrendoktortitel einer amerikanischen Universität; vielmehr wurde ihm am 11. 5. 1982 die Würde eines Ehrendoktors der politischen Wissenschaften von der Universität Seoul/Südkorea verliehen. Die Verleihung erfolgte in Anwesenheit des südkoreanischen Staatspräsidenten Chun Doo Hwan.
- Es ist richtig, daß Doe am 6. 5. 1985, also im Jahr der Präsidentenwahl, das 35. Lebensjahr vollenden wird. Interessant ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, daß Doe 1983 auf einer Pressekonferenz betonte, daß er am 6. 5. 1950 geboren sei, nicht 1952 oder 1951, wie die Presse „in den ersten Tagen der Revolution" (1980!) berichtet habe.

Doe hat jetzt also das Mindestalter für Präsidentschaftskandidaten erreicht ...

Mit freundlichen Grüßen
R. Wunderlich,
Düsseldorf

Ein süßes Gift

Sehr geehrte Herren,

die jahrelangen Diskussionen über die Verkürzung der täglichen, der wöchentlichen oder der Lebens-Arbeitszeit beruhen offenbar auf der Annahme, daß Arbeit etwas Negatives, etwas Schädliches oder etwas zumindest Unangenehmens sei, das der Mensch möglichst vermeiden müsse.

Ziel dieser Diskussionen ist es wohl, die Arbeitszeit auf Null zu bringen. Dann müßte das Schlaraffenland zur Wirklichkeit werden, dann müßte das Paradies auf Erden wiederkommen.

Den utopischen Wünschen, Arbeit ganz zu vermeiden, steht zunächst die simple Lebenserfahrung entgegen, daß niemand auf die Dauer mehr Werte verzehren kann, als er selbst oder ein anderer vorher geschaffen hat. Weiterhin gilt die Lebenserfahrung, die der Volksmund in das Sprichwort kleidet: „Wer rastet, der rostet". Der Mensch ist von Natur aus kein untätiges Wesen, sondern „homo faber", ein tätiger, ein schaffender Mensch.

Das Wort „Ruhestand" enthält also ein süßes Gift. Es gaukelt dem Menschen vor, daß Ruhe etwas Positives sei. Je früher er aber von diesem süßen Gift schlürft, um so früher geht er zugrunde. Die Statistik zeigt, daß schon seit Jahrhunderten Frauen durchschnittlich etwa 6 Jahre länger leben als Männer. Die Ursache hierfür liegt ganz einfach darin, daß eine Frau bis zu ihrem Tode „gebraucht" wird, Pflichten hat – vor allem im Haushalt und in der Familie – und sich deswegen nicht überflüssig vorkommt.

Die Forderung, Arbeitnehmer „freiwillig" oder gezwungen vor Erreichen des 65. Lebensjahres oder gar schon mit 58 Jahren in den Ruhestand zu schicken, ist zutiefst inhuman, denn wenn man einem Menschen seine Arbeit und damit seine Pflichten nimmt, nimmt man ihm oft das Wichtigste im Leben. Er wird zur Untätigkeit verdammt, er wird nicht mehr gebraucht, er spürt, daß er überflüssig ist, er muß „eingehen".

Arbeit ist also kein Fluch, sondern ein Segen.

Mit freundlichen Grüßen
E. W. Lindow,
Köln 41

Die Redaktion behält sich das Recht vor, *Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen*. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Personalien

AUSZEICHNUNG

„Er ist eine im öffentlichen Leben profilierte und respektierte Persönlichkeit." Mit diesen Worten überreichte Bayerns Ministerpräsident **Franz Josef Strauß** dem CSU-Fraktionsvorsitzenden im Münchner Landtag, **Gerold Tandler**, das Große Bundesverdienstkreuz mit Stern. Tandler, so Strauß, habe die Landespolitik Bayern in den letzten Jahren maßgeblich beeinflußt und leiste zusätzlich als CSU-Generalsekretär Ausgezeichnetes. Hinter diesen nüchternen Sätzen verbirgt sich eine hohe Wertschätzung: Für Strauß wurde Tandler in den vergangenen Jahren zum wichtigen und verläßlichen politischen Vertrauten. Kontroversen zwischen der CSU-Fraktion und der Staatskanzlei, die früher zur Tagesordnung zählten und die Regierungsarbeit wie die Tätigkeit der Abgeordneten beeinträchtigten, gehören seit der Übernahme des Fraktionsvorsitzes durch Tandler vor knapp zwei Jahren der Vergangenheit an. Über die weiteren Pläne des Politikers herrscht Rätselraten. Fest steht aber, daß Tandler für den Fall eines Wechsels von Strauß nach Bonn ein wichtiges Wort mitreden wird, wer neuer bayerischer Ministerpräsident werden soll.

PREISVORSCHLAG

Nazmi Kavasoglu, türkischer Journalist in Berlin, ist als einziger Ausländer in die engere Auswahl für den Lokaljournalistenpreis der Konrad-Adenauer-Stiftung gekommen. Kavasoglu, der jahrelang die inzwischen eingestellte Zeitschrift „Gazette Merhaba" in Berlin herausgab, hatte sich bemüht, seinen Landsleuten bei der Eingewöhnung in deutsche Verhältnisse zu helfen und um Verständnis zwischen Deutschen und Türken geworben.

GEBURTSTAG

Professor **Günter Waldemar Korting**, Direktor der Universitäts-Hautklinik Mainz, feiert am Sonntag seinen 65. Geburtstag. Der in Oberschlesien geborene Jubilar, Mitglied des Wissenschaftlichen und des Wehrmedizinischen Beirats der Bundesärztekammer und zahlreicher deutscher und ausländischer wissenschaftlicher Gremien, ist durch über 450 Fachpublikationen und acht Fachbücher international bekannt geworden.

1985 gibt es keine „Null-Runde"

Nach ihrem Abschluß rechnet Kohl mit vernünftigen Resultaten für öffentlichen Dienst

GÜNTHER BADING, Bonn

Die von der Bundesregierung beschlossene „Null-Runde" im öffentlichen Dienst soll nicht auf das kommende Jahr ausgedehnt werden. Das hat Bundeskanzler Helmut Kohl auf einer CDU-Kundgebung zur nordrhein-westfälischen Kommunalwahl am Dienstag abend vor etwa 2000 Zuhörern in Krefeld erklärt. Er gehe davon aus, sagte der Kanzler, daß man nach dem Abschluß der *Null-Runde* für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu vernünftigen Ergebnissen kommen werde.

Die sogenannte „Null-Runde" war bei der Aufstellung des Haushalts für 1984 für die Beamten festgesetzt worden. Für den Tarifbereich des öffentlichen Dienstes – Angestellte und Arbeiter – bei Bund, Ländern und Gemeinden beginnen die Verhandlungen über einen neuen Einkommens*tarif am 25. September. Der geltende* Tarif ist formal zum 31. August ausgelaufen, gilt aber bis zum Abschluß eines neuen Vertrages weiter.

Die DGB-Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, voran die mit 1,2 Millionen Mitgliedern zweitstärkste Einzelgewerkschaft ÖTV, haben sich zum vorrangigen Ziel der diesjährigen Tarifrunde gesetzt, entgegen der Absicht der öffentlichen Arbeitgeber im Tarifbereich Einkommensverbesserungen schon für 1984 durchzusetzen. Die DGB-Gewerkschaften fordern fünf Prozent mehr Lohn und Gehalt, mindestens aber 110 Mark mehr pro Monat. Sie verlangen zusätzlich als rechnerischen Einstieg in die Wochenarbeitszeitverkürzung zehn bezahlte freie Tage im Jahr. Die öffentlichen Arbeitgeber haben erklärt, daß die Erfüllung dieser Forderung über 20 Milliarden Mark an Mehrausgaben bei den Personalkosten bedeuten würde.

Mit seiner Äußerung in Krefeld hat der Bundeskanzler den Kabinettsbeschluß für 1984 bekräftigt, die alljährliche Einkommensanpassung der Beamtenbesoldung an die allgemeine Einkommensentwicklung in der Wirtschaft nur für das Jahr 1984 auszusetzen. Auch Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann hat wiederholt erklärt, daß es nach 1984 keine weiteren „Sonderopfer" geben werde.

Für die kommenden Tarifverhandlungen steht zu erwarten, daß die öffentlichen Arbeitgeber mit ihrem Verhandlungsführer Zimmermann versuchen werden, Einkommensverbesserungen erst ab Januar 1985 wirksam werden zu lassen. Die Gewerkschaften dagegen wollen, wie verlautet, für die restlichen Monate dieses Jahres wenigstens einen Einmalbetrag durchsetzen.

Die ÖTV-Vorsitzende Monika Wulf-Mathies hat deutlich gemacht, daß ihre Organisation bereit sei, für die Durchbrechung der in Gewerkschafterkreisen auch als „Null-Diktat" bezeichneten Sparvorstellungen der öffentlichen Arbeitgeber einen Arbeitskampf zu wagen. Dies gelte, so betonen Funktionäre, nicht allein für die Geldforderungen, sondern auch für die Forderung nach dem Einstieg in eine kürzere Arbeitswoche durch bezahlte freie Tage.

Der Bundesbeamtenausschuß des Deutschen Gewerkschafts Bundes (DGB) hat mit Blick auf die Tarifverhandlungen verlangt, daß Einkommensverbesserungen für Arbeiter und Angestellte „zeit- und inhaltsgleich" auf die Beamten übertragen werden müßten.

Moskauer Protest gegen Erwähnung Sacharows

DW. Stockholm

Auf die Erwähnung des Namens Sacharow im Plenum der Konferenz für Vertrauensbildung (KVAE) durch den US-Chefdelegierten James A. Goodby hat die Sowjetunion scharf reagiert: Ihr Delegationsleiter Oleg Grinewsky ließ eine Protesterklärung verteilen. Darin hieß es, mit dem Aufwerfen einer Frage, die mit der KVAE „nichts zu tun" habe, wollten die USA die Konferenz „zum Entgleisen bringen". Der Vertreter Moskaus sprach ferner von einem „unannehmbaren Versuch der Einmischung in innere Angelegenheiten". Er widerspreche der Aufgabe der Konferenz.

Goodby hatte gesagt, nach Überzeugung Washingtons seien Menschenrechte, Frieden und Sicherheit untrennbar miteinander verbunden und alleinige Grundlage für die tatsächliche Verwirklichung der Helsinki-Vereinbarungen aus dem Jahre 1976. Er erinnerte an eine Resolution, in der der amerikanische Kongreß seine Sorge über das Schicksal des Ehepaars Sacharow zum Ausdruck gebracht hätte. Diese Sorge sei „heute genauso stark wie damals".

Palme zeigt mehr Realismus

Schwedens Sozialdemokraten lehnen Senkung der Verteidigungskosten ab

R. GATERMANN, Stockholm

Selten hat man Schwedens Ministerpräsident Olof Palme so engagiert für die militärische Verteidigung reden hören wie jetzt auf dem Parteitag der Sozialdemokraten. Assistiert von Verteidigungsminister Anders Thunborg, hatte er die von breiter Front vorgetragene Forderung nach einer realen Senkung der Verteidigungskosten abzuwehren. Um eine glaubwürdige Neutralitätspolitik führen zu können, benötige Schweden eine verhältnismäßig starke Verteidigung. Reduziere man ihre Kosten, sei dies gleichbedeutend mit einer einseitigen Abrüstung, die wiederum Schweden unregierbar mache.

Diese Auffassung herrscht in den Führungsgremien der Sozialdemokraten schon seit längerem vor, war bisher jedoch nicht so ausgeprägt vorgetragen worden, dazu wurde die Parteispitze erst von der Abrüstungsfraktion in den eigenen Reihen provoziert, an deren Spitze der Frauen- und Jugendverband sowie die christliche Fraktion, die Bruderschaftsbewegung, stehen. Diese erinnerten Palme an einen vor drei Jahren gefaßten Kongreßbeschluß, der einen realen Abbau der Verteidigungskosten und eine Umverteilung zugunsten der Zivilverteidigung vorsah. Der Vorsitzende konterte, dies habe für eine begrenzte Periode gegolten, jetzt gehe es um eine längerfristige Linie, und da könne man die veränderte Situation im nördlichsten Teil Europas nicht ignorieren.

Schon in seiner einleitenden Rede zur Außenpolitik hatte Olof Palme einen resoluten Ton angeschlagen. Schwedens Neutralitätspolitik werde unglaubwürdig, wenn hinter ihr nicht eine militärische Macht stehe, die in der Lage sei, das Land in Friedenszeiten vor Eindringlingen zu schützen, und sie nicht über eine Stärke verfüge, die im Krieg einen eventuellen Angreifer abschrecke. „Wir müssen in der Lage sein, denjenigen, der unseren Luftraum und unsere Gewässer kränkt, abzuweisen." Eingehend auf die in den vergangenen Jahren erfolgten Grenzverletzungen durch U-Boote wiederholte Palme den Standpunkt der Regierung, daß die ungebetenen Besucher auch mit einer Versenkung rechnen müßten.

„Die schwerwiegenden Verletzungen schwedischen Territoriums durch die Sowjetunion haben unser Verhältnis zu ihr belastet. Wir haben nicht gezögert, dagegen zu protestieren", erklärte Olof Palme und fügte hinzu: „In bezug auf nationale Souveränität und internationales Recht weichen wir keinen Zentimeter. Wir beugen uns nicht vor den Großmächten." Aber der Parteivorsitzende versicherte auch, keinen Antisowjetismus zu betreiben und deswegen bestrebt zu sein, den Dialog und den politischen *Reiseverkehr* mit Moskau aufrechtzuhalten.

Palme und Thunborg setzten sich schließlich durch. Auffallend war, daß sie alleine diesen Kampf führten, während die Gegenseite etliche Redner ins Feld führte. Dagegen erlitt die Parteiführung eine peinliche Niederlage, als der Kongreß die Einführung einer generellen Video-Zensur beschloß. Obwohl bisher schon die Ver*herrlichung von Gewalt in Wort, Bild,* Film und Video strafbar ist, soll es nun zusätzlich eine vorherige Prüfung aller Video-Bänder, auch derjenigen, die nur privat verkauft werden, geben. Diese Auflage bezeichnete Kultusminister Bengt Göransson als praktisch undurchführbar.

Dioxin-Labor in Stuttgart beschlossen

xhk, Stuttgart

Baden-Württemberg wird als erstes Bundesland ein eigenes Untersuchungslaboratorium für Dioxin einrichten, gab Umweltminister Gerhard Weiser (CDU) in Stuttgart bekannt. Einen entsprechenden Beschluß hat die Regierung in Stuttgart bereits gefaßt. Für das neue Projekt der Chemischen Landesuntersuchungsanstalt in Stuttgart stellt das Land eine Million Mark zur Verfügung.

Regierungssprecher Matthias Kleinert erklärte, zwar werde derzeit von der Bundesregierung im hessischen Langen ein Dioxin-Zentrallabor eingerichtet, jedoch könne die neue Institution schon aus Kapazitätsgründen „nur eine begrenzte Zahl" an Untersuchungen auf die einzelnen Bundesländer verteilen.

Das Kabinett in Stuttgart beschloß außerdem eine Förderung von Abwasserreinigungsanlagen im ländlichen Raum.

Auschwitz begann nicht in Auschwitz

Von PER AHLMARK

Es ist immer so, daß man heute die Schlachten von gestern schlägt. Heute denken in Europa noch immer viele, daß der Antisemitismus die Züge von gestern trägt. Antisemitismus ist für sie das, was in den dreißiger und vierziger Jahren geschah: ein schreiender Diktator mit einem kleinen Schnauz, hartgesichtige SS-Offiziere, die Juden zum Transport in die *Todeslager zusammentreiben.*

Bemerkenswert am Antisemitismus ist aber seine Flexibilität. Sein Endziel ist dasselbe, aber die Strategie und das Vokabular werden verändert. Diktatoren aus dem Nahen Osten kommen heute nach Europa und erzählen uns, daß sie gegen die Juden nichts einzuwenden hätten, der Zionismus aber eliminiert werden müsse. Viele Menschen in Europa werden durch diese Maskerade getäuscht. Wir alle wissen, daß Antisemitismus in der Verkleidung des Antizionismus in den vergangenen Jahren in Europa große Erfolge verbuchen konnte.

Die Politiker unserer Länder drükken häufig ihre Bewunderung für Raoul Wallenberg aus. Am nächsten Tag empfangen sie aufs herzlichste Besucher von Organisationen, die die Zerstörung des Staates Israel verlangen. Es genügt nicht, sich dem Antisemitismus der Vergangenheit zu widersetzen. Wir müssen den Antisemitismus der Gegenwart bekämpfen.

Dabei ist traditioneller Antisemitismus heute auch überall in Westeuropa anzutreffen. Es werden Bomben gegen Synagogen, jüdische Schulen und Gemeinden geworfen. Wiederum werden jüdische Geschäfte und Juden und jüdische Restaurants von Extremisten aller Färbungen angegriffen. Und einmal mehr wurden jüdische Friedhöfe entheiligt. Das Neue am Antisemitismus sind die alten Stereotypen, die in der Propaganda jetzt gegen den jüdischen Staat gerichtet werden. Antisemitismus ist die Diskriminierung des jüdischen Staates.

Der traditionelle Antisemitismus wollte vor 40 Jahren glauben machen, daß die Juden kein Existenzrecht hätten. Antizionisten sagen heute, daß der jüdische Staat keine Existenzberechtigung habe. Antisemiten verweigern den Juden ihre Meinungs-, Kultur- und Religions*freiheit. Antizionisten verweigern* dem jüdischen Volk das Recht, ein nationales Bewußtsein in einem jüdischen Staat zu entwickeln.

Auschwitz begann nicht in Auschwitz. Auschwitz begann mit systematischen Versuchen, die Juden illegal werden zu lassen, die Juden von anderen zu isolieren und die öffentliche Meinung auf die geplante Vernichtung des jüdischen Volkes vorzubereiten. Heute bemerken wir auf dem internationalen Parkett systematische Versuche, den jüdischen Staat illegal werden zu lassen, Israel in der Staatengemeinschaft zu isolieren und die öffentliche Weltmeinung auf die geplante Vernichtung Israels vorzubereiten.

Antizionismus ist der wichtigste Teil des neuen Antisemitismus in Europa. Wir sollten darauf mit gestärkten Beziehungen mit Israel reagieren. Wenn Israel zur Zielscheibe des Antisemitismus wird, dann ist es unsere *Pflicht, uns mit der Existenz des jüdischen Staates zu solidarisieren.*

In diesem Kampf gegen den Antisemitismus sollten wir uns in Europa gegenseitig unterstützen. Wir wissen aus der Katastrophe, was geschehen kann, wenn man sich dem Antisemitismus nicht widersetzt. Der Antisemitismus beginnt immer mit den Juden, er hört aber nicht bei den Juden auf. Antisemitismus ist immer eine Einladung an die Katastrophe. Am Ende werden wir alle Opfer sein. Zu Raoul Wallenbergs Tagen waren in Budapest jene die gefährlichsten Antisemiten, die Europa judenrein machen wollten. Heute sind es jene, die den Nahen Osten judenstaatsrein machen wollen.

Ich bin nicht Jude. Ich stamme aus einem kleinen Land, das während 170 Jahren Frieden genießen konnte. Ich vertrete keine politische Partei und keinen Staat mehr. Aber ich weiß, daß ich im Namen von Millionen *und Millionen von Europäern* spreche, die von unseren Ländern eine starke Hand gegen den Antisemitismus verlangen. Es ist an der Zeit, uns gegen jene auszusprechen, die unsere Zivilisation mit Angriffen auf die Juden und den jüdischen Staat unterminieren.

Per Ahlmark ist Politiker und Publizist in Schweden. Er gehört der schwedisch-israelischen Freundschaftsliga in führender Stellung an und war Mitglied im Europa-Parlament. Der Artikel ist dem „Israelitischen Wochenblatt für die Schweiz" entnommen.

Grüne fliegen erstmals mit der Bundeswehr

AP, Bonn

Entgegen früheren Absichtserklärungen benutzt jetzt erstmals ein Abgeordneter der Grünen in offizieller Mission ein Flugzeug der Bundeswehr. Wie ein Fraktionssprecher gestern in Bonn mitteilte, wird der Bundestagsabgeordnete Hubert Kleinert zusammen mit Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg und anderen *Mitgliedern des Finanzausschusses* im Bundestag zur Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank fliegen.

Beim Einzug der Grünen in den Bundestag hatten mehrere Abgeordnete zunächst die Benutzung von Militärmaschinen aus prinzipiellen Gründen abgelehnt. Der Sprecher teilte mit, die Fraktion der Grünen habe inzwischen nach längerer Debatte beschlossen, die Frage in das Belieben jedes einzelnen Abgeordneten zu stellen. Kleinert wird von dem Nachrücker Ludger Volmer begleitet.

„Liebling, der Schrank ist zu hoch!“

„Nein, das Zimmer ist zu niedrig!“

Unser Grundsatz ist einfach: Sie sollen mit uns zufrieden sein.

Deshalb sorgen wir für gute Qualität. Bei niedrigen Preisen. Wie uns das gelingt? Wir verkaufen modernes schwedisches Design. Klein verpackt.

Sie nehmen die Möbel aus unserem Lager selbst mit, bringen sie selbst nach Hause und bauen sie selbst zusammen.

So sparen Sie viel Geld. Manchmal einige hundert Mark. Darüber freuen sich viele Leute.

Aber nicht alle.

Wenn es Ihnen einmal so geht wie dem Paar auf dem Bild, dann haben Sie ein Rückgaberecht.
Umtauschen oder Geld zurück. Ohne Begründung. Und das Ganze können Sie sich 14 Tage lang überlegen.

In dieser Zeit dürfte sich wohl auch das Paar auf dem Bild geeinigt haben, wo der Fehler liegt.

Ein anderer Schrank wartet schon bei IKEA. Er kostet sogar 76.- DM weniger.

Das reicht wohl für ein Versöhnungsessen.



Mehr Geschmack als Geld.

Kaltenkirchen b. Hamburg, Stuhr b. Bremen, Berlin, Großburgwedel b Hannover, Lohne-Gohfeld, Kassel-Niederzwehren, Dorsten, Kamen b. Dortmund, Kaarst b Düsseldorf, Köln-Godorf, Hofheim-Wallau b. Frankfurt, Bous b. Saarbrücken, Walldorf b. Heidelberg, Fürth-Poppenreuth b. Nürnberg, Stuttgart, Freiburg, Eching b München. IKEA Versand· 05732/8980.

Koalition will Türkeihilfe fortsetzen

MANFRED SCHELL, Bonn

Im Auswärtigen Ausschuß des Bundestages haben die Koalitionsfraktionen die „Deutsche NATO-Verteidigungshilfe" für die Türkei durchgesetzt, die Bonn zwar seit 1964 ununterbrochen leistet, die aber von der SPD in jüngster Zeit abgelehnt wird. Es handelt sich diesmal um 130 Millionen Mark. Genehmigt wurden auch die Militärhilfen für Griechenland (70 Millionen Mark) und für Portugal (45 Millionen Mark). Die Sozialdemokraten haben sich im Ausschuß lediglich gegen die Zahlungen an die Türkei gewandt, während die Grünen eine generell ablehnende Haltung einnahmen.

Der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, der Abgeordnete Hans Klein (CSU), sagte auf Anfrage der WELT, für die Türkeihilfe gebe es aus deutscher Sicht mehrere Gründe. Im Vordergrund stehe die „geostrategische Bedeutung" der Türkei an der Südostflanke der NATO. Die Türkei sei schließlich das einzige Mitgliedsland im westlichen Bündnis, das unmittelbar an die Sowjetunion angrenze. Der Bundesrepublik Deutschland müsse auch daran gelegen sein, einen künftigen EG-Partner, der es „wirtschaftlich schwer hat", auf einem Feld zu entlasten, auf dem er „Gemeinschaftsaufgaben erfüllt".

Der Demokratisierungsprozeß in der Türkei, so sagte Klein, könne durch eine kontinuierliche Zusammenarbeit „von uns ermutigt und befördert" werden. „Weil es noch viele offene Menschenrechtsprobleme gibt, die uns im Blick auf den NATO-Partner beschweren, ist der Weg der konstruktiven Kooperation geeigneter, als durch Brüskierungen schließlich Verhärtungen hervorzurufen." Vorhaltungen der SPD kommentierte Klein mit dem Hinweis, daß die SPD selbst in den Jahren unmittelbar nach dem Militärputsch die Zahlungen für die Türkei gebilligt habe.

Die KPF kehrt wieder in ihr Getto zurück

Sie präsentiert sich als Sammelbecken der Enttäuschten

A. GRAF KAGENECK, Paris

Mit einer lange nicht mehr geübten Diskretion hat die kommunistische Partei Frankreichs eine dreitägige Sitzung ihres Zentralkomitees zur Vorbereitung des 25. Parteikongresses im kommenden Frühjahr abgeschlossen. Die 150 Schreibmaschinenseiten lange Rede des Generalsekretärs Georges Marchais wurde nicht, wie sonst üblich, an die Presse gegeben. Auszüge sollen im Partei-Organ veröffentlicht werden. Stimmung im Partei-Hauptquartier und Umgang mit Journalisten weisen darauf hin, daß die eisigen Zeiten des Gettos, aus der die Partei 1981 ausgebrochen war, wieder bei der KPF eingekehrt sind.

Es war die erste ZK-Sitzung nach dem historischen Bruch der 1972 beschlossenen Links-Union mit den Sozialisten und dem Auszug der vier kommunistischen Minister aus dem Kabinett Fabius. Die Partei muß einen neuen Standort bestimmen. Sie steht wieder allein. Wähler und Mitglieder fragen sich, was nun werden soll. Ein Zurück scheint ausgeschlossen. Sowohl Marchais wie der Erste Sekretär der Sozialistischen Partei, Lionel Jospin, haben eine Fortführung oder Wiederaufnahme des Links-Bündnisses unmißverständlich abgelehnt. Jospin ließ seine Parteigänger wissen, daß die „Hauptsorge der Sozialisten jetzt die Bewältigung der wirtschaftlichen Krise und nicht eine abstrakte Klärung der Standpunkte mit der Leitung der Kommunistischen Partei" sei. Marchais seinerseits lapidar: daß der „Versuch einer Allianz mit den Sozialisten ein Reinfall" gewesen sei und so schnell nicht wiederholt werde.

Allerdings gibt es in der KPF „Erneuerer" und „Reformatoren", auf die die Parteileitung offenbar stärker als bisher Rücksicht nehmen muß. Sie sind namentlich bekannt und scheuten sich im letzten Sommer bei der Zuspitzung der Krise in der Linken nicht, offen nach einer „neuen Richtung", einer „Kulturrevolution" und nach einer „personellen Entscheidung" (sprich: Wechsel an der Spitze der Partei) zu verlangen. Unter ihnen sind das Politbüro-Mitglied Pierre Juquin, die früheren Minister Anicet Le Pors und Marcel Rigoud oder der leitende Redakteur des Parteiblatts, Claude Cabanes.

Lange Zeit hatte die Parteiführung nichts gegen sie unternommen, bis Marchais Anfang August in einem parteiinternen Ukas die Dissidenten aufforderte, in die Disziplin zurückzukehren. „Einige Mitglieder des Zentralkomitees haben offenbar den Kopf verloren", hieß es da, und „es gibt einen organisierten Flügel, der die Auflösung der Partei anstrebt". Marchais hatte auf dem Fest der Parteizeitung vor acht Tagen einen der Rebellen, Pierre Juquin, dem öffentlichen Spott ausgesetzt, indem er vom „Genossen Tabu" sprach. Alle Welt wußte, daß Juquin vorher eine Zentralkomitee-Debatte „ohne jedes Tabu" verlangt hatte.

In dem Zentralkomitee haben die Erneuerer offensichtlich ihre Köpfe wieder eingezogen. Marchais erleichterte es ihnen, indem er in seiner Rede von seinem Willen sprach, das „demokratische Leben der Partei zu verbessern". Damit gab er zu, daß die Partei an Haupt und Gliedern neu geformt werden müsse. Was seine Person angeht, so hatte Marchais schon im Sommer nach Rückkehr aus einem Rumänienurlaub wissen lassen, er werde der Partei da zu dienen wissen, wo man ihn hinstelle. Über seine eventuelle Absetzung aber kann in jedem Fall erst der Kongreß entscheiden. Bis dahin heißt die Losung des ZK: Kampf für die Rechte der Arbeiter, gegen die Austerity-Politik der Regierung, Sammlung der „Enttäuschten des Sozialismus" hinter dem Banner der KPF.

Nach dem Vorbild Khomeinis streben die Moslems zur Macht

Von CHRISTEL PILZ

Junge Männer in wallenden Gewändern, weißen Häkelkäppchen auf dem Haupt und mit dunklen Bärten, so ihnen Bärte wachsen, ziehen gegenwärtig durch die Dörfer Malaysias. Sie halten religiöse Versammlungen und Seminare ab, sie predigen in Moscheen. Und sie machen das schon seit Jahren. Unermüdlich, Tag um Tag. Es ist Teil ihrer Vorbereitung im Kampf für einen islamischen Staat. Sie preisen Khomeini, weil ihm eine islamische Revolution gelang und sie kopieren sein Thema der Unterdrückung. Die Moslems in Malaysia seien unterdrückt, weil die Regierung nicht islamisch ist und der Staat nicht auf den Gesetzen des Islams basiert. Eine einfache Logik, die ihre Anziehungskraft auf die Menschen nicht verfehlt.

Die Anhängerschaft der neuen Garde malaiischer Islamgelehrter wächst. Erst waren es Hunderte. Jetzt sind es Tausende, die zu den Veranstaltungen strömen, um ihre redegewandten neuen Führer zu hören. Zu ihnen gehört Haji Hadi Awang, der an der Kairoer Universität als Azhar studierte. 37 Jahre alt ist er, und mit magischer Kraft spricht er in die Herzen der Gläubigen.

Hadi predigt nicht Gewalt. Er glaubt, so sagt er, an einen Wahlentscheid. Deshalb ist er Mitglied der „Parti Islam sa Malaysia" (PAS), die vor Jahren aus der Regierungskoalition „Nationale Front" austrat, noch in den Parlamentswahlen von 1982 schwere Einbußen erlitt, die sich seitdem aber reorganisierte und junge Advokaten des islamischen Fundamentalismus in ihre Parteispitze wählte. Die Grenzen zwischen Religion und Politik verwischen. Es entsteht eine kraftvolle Opposition wider die „Vereinigte nationale Organisation der Malaien" (Umno), die Partei, die traditionell die malaiische Volksgruppe vertritt und deshalb von jeher die nationale Führung stellt.

Gezielt begannen die PAS-Strategen, sich an die Wahlhochburgen von Umno heranzumachen, so in den Bundesstaaten Trengganu, Kelantan, Perlis und besonders Kedah, wo der Wahlkreis von Premierminister Mahathir liegt. Mahathir ist der starke Mann der Umno, ein nationaler Führer, der in die Zukunft blickt und in seinem Land der Plantagen und der Zinnminen mit Windeseile die Fundamente zur Industrialisierung hochzieht. Für PAS ist Mahathir die Ausgeburt des Teufels, dabei hat Mahathir in den drei Jahren seit seiner


MALAYSIA

Amtsübernahme viel für den Islam getan. Er gründete eine islamische Bank und eine islamische Universität, verbesserte die Beziehungen zur islamischen Welt, erlaubte dem Iran Khomeinis, eine Botschaft in Kuala Lumpur zu eröffnen. Doch was auch immer Mahathirs Regierung zur Förderung des Islam unternimmt, es wird von PAS als „unislamisch" abgetan aus dem einfachen Grund, weil Malaysia kein Islamstaat ist.

Zwar ist der Islam Staatsreligion, doch angesichts der Tatsache, daß nur die Malaien Moslems sind und die Malaien nicht mehr als knapp 51 Prozent der gesamten Bevölkerung ausmachen, haben die Väter der Unabhängigkeit 1957 (von den Briten) dafür gestimmt, Staat und Religion zu trennen. Denn neben den Malaien sind da die buddhistischen Chinesen (34 Prozent), die hinduistischen Inder (9 Prozent) und animistische Dschungelstämme.

Rassenprobleme und religiöser Frieden scheinen die PAS-Ideologen wenig zu stören. Da die Malaien die „Söhne der Erde" (Bumi Putras) sind, haben die anderen sich zu fügen, sollten die Malaien sich für einen Islamstaat entscheiden. Worte, die in den Ohren der Chinesen und Inder als Ansage zu neuem Rassenkampf klingen.

Als Warnung an religiöse Extremisten und zur Abkühlung aufgewiegelter Volksemotionen hat die Regierung Mitte Juli drei PAS-Aktivisten in Gewahrsam gesetzt – keine Führer, um keine Märtyrer zu machen – und Anfang August alle politischen Versammlungen in den vier Bundesstaaten verboten.

Außerdem will Umno ihrerseits eine landesweite Kampagne zur Aufklärung über die Arbeit der Regierung beginnen. „Zu lange", sagt Sanusi Junid, Minister für ländliche Entwiklung und Generalsekretär von Umno, zur WELT, „haben wir das Feld der Information der PAS überlassen." Zu lange habe PAS der Regierung „unislamische" Politik vorgeworfen, und deshalb werde Umno jetzt fragen, wie das „islamische Programm" von PAS wirklich aussieht. Denn dazu wußte PAS bislang nichts zu sagen.

Der Parti Islam, meint Landwirtschaftsminister Anwar Ibrahim, der bis 1982 selbst einer der radikalsten Islamführer war, gehe es um nichts anderes als um politische Macht. „Dies ist kein religiöser, dies ist ein politischer Kampf."

Leicht aber wird die Zurückdrängung des religiösen Extremismus nicht sein. Die Prediger des Islamstaats haben sich mit Leib und Leben ihrem Ziel verschrieben. Neulich hat eine islamische Sekte, die sich Darul Arkam nennt, sogar Pferde gekauft. Mohammed habe gesagt, jedermann müsse reiten können, wenn die Zeit des Heiligen Krieges kommt.

Trifft Reagan Gromyko schon am Sonntag?

dpa/AP, New York

US-Präsident Ronald Reagan wird wahrscheinlich schon am Sonntag den sowjetischen Außenminister Andrej Gromyko bei einem Empfang im Waldorf-Astoria-Hotel in New York treffen, zu dem Reagan die Chefs der Delegationen bei der 39. Vollversammlung der UNO eingeladen hat. Das Weiße Haus gab bekannt, es rechne mit der Anwesenheit Gromykos. Außerdem wird der sowjetische Außenminister, der inzwischen in New York eingetroffen ist, am Freitag kommender Woche mit Reagan in Washington zusammenkommen. Einen Tag zuvor ist eine Begegnung mit dem demokratischen Präsidentschaftskandidaten Walter Mondale vorgesehen. Am Rande der UNO-Vollversammlung, die den sambischen UNO-Botschafter Lusaka zum Tagungspräsidenten gewählt hat und deren Schwerpunktthemen Rüstungsbegrenzung sowie Abrüstung sein werden, wird auch Bundesaußenminister Genscher mit Gromyko sprechen. Nach der Absage der Besuche Honeckers und Schiwkows wird dieser Begegnung, bei der Genscher das Interesse der Bundesrepublik an einer Fortsetzung des Ost-West Dialogs zum Ausdruck bringen will, besondere Bedeutung beigemessen.

Kairo: Fast neue Mine gefunden

AP, Kairo

Bei der internationalen Minensuche im Roten Meer und im Golf von Suez haben nach Mitteilung des ägyptischen Verteidigungsministers Abdel Halim Abu Ghasala britische und ägyptische Minensucher im Golfgebiet eine „fast nagelneue Mine" gefunden. Die Bergung werde mit äußerster Vorsicht vorgenommen, da nicht bekannt sei, ob der Sprengkörper einen Zeitzünder habe.

FUSSBALL / Werden Spieler nur durch die Höhe der Ablöse arbeitslos? – Der Fall Wolfgang Kneib

Arbeitsämter machen Profi-Klubs regreßpflichtig. Arminia Bielefeld führt jetzt einen Musterprozeß

sid, Frankfurt

Ronald Borchers, 27 Jahre alt, ehemaliger Fußball-Nationalspieler, hat bei Eintracht Frankfurt 300 000 Mark im Jahr verdient. Jetzt, nachdem er sich mit seinem Arbeitgeber nicht über einen neuen Vertrag einigen und keinen anderen Verein finden konnte, ist er ohne Engagement. „Arbeitslos" heißt das auch bei den Fußball-Profis. Also kassiert Borchers Unterstützung vom Arbeitsamt. Ein Vorgang, den nicht nur die 2,5 Millionen Arbeitslosen in der Bundesrepublik als sozial ungerecht empfinden könnten. Die Arbeitsämter reagieren. Sie machen die Bundesliga-Klubs regreßpflichtig.

Arminia Bielefeld wehrt sich dagegen. Der Verein will jetzt einen Musterprozeß gegen das Arbeitsamt der Stadt führen. Die Behörde verlangt nämlich die Rückzahlung der Beträge, die der ein Jahr lang beschäftigungslose Torwart Wolfgang Kneib kassiert hatte. Die Beispiele für die Haltung der Arbeitsämter häufen sich. So wurde der Hamburger SV im Falle seines damaligen Torwarts Rudi Kargus bereits zur Kasse gebeten. Inzwischen wurde auch Eintracht Frankfurt im Falle Borchers zur Stellungnahme aufgefordert.

Hamburgs ehemaliger Torwart Kargus (jetzt 1. FC Nürnberg) erhielt vom 3. Juli bis zum 25. September 1980 Arbeitslosengeld. Mit den Sozialbeiträgen waren es 9090,89 Mark, die das Arbeitsamt vom HSV erstattet haben wollte. Zur Begründung schrieb der damalige Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Josef



Fast ein Jahr 1900 Mark monatlich kassiert: Kneib. FOTO: SVEN SIMON

Seit Saisonbeginn arbeitslos: Ronald Borchers. FOTO: WEREK

Stingl, an den HSV: „Maßgeblich dafür, daß im Anschluß an die Beendigung seines Beschäftigungsverhältnisses bei Ihnen nicht unverzüglich ein neues Beschäftigungsverhältnis mit einem anderen Verein zustande kam, war Ihre hohe Ablöseforderung von zunächst 1,7 Millionen Mark."

In diesem Punkt sind sich Spieler wie Kneib, Borchers oder Kargus einig: „Schuld daran, daß wir stempeln gehen mußten, waren die hohen Ablöseforderungen." So bestehen die Frankfurter immer noch auf eine Transfersumme von 950 000 Mark für ihren früheren Nationalspieler. Die Arbeitgeber der Spieler aber, die Bundesligaklubs, sind da ganz anderer Ansicht. Wolfgang Klein, Rechtsanwalt und Präsident des Hamburger SV, sagt: „In 90 Prozent aller Fälle scheitern Verhandlungen an zu hohen Forderungen der Spieler und nicht an der Ablösesumme." Rudi Kargus war 1980 mit den angebotenen Konditionen nicht einverstanden, er wollte einen längerfristigen Vertrag herausschlagen. Daraufhin verlangte sein Verein eine Ablöse in Höhe von 1,7 Millionen Mark. Kargus war somit arbeitslos, ehe er später beim 1. FC Nürnberg unterkam. An der hohen Summe, so glaubt auch Ronald Borchers, sei sein Wechsel zu Borussia Dortmund geplatzt.

Jörg Auf der Heyde, Präsident von Arminia Bielefeld, erinnert sich im Fall Kneib: „Für ihn war überhaupt kein Interessent da." Auch der Torwart wollte einen Vertrag, der über drei Jahre läuft. Mit Gehaltseinbußen hatte er sich einverstanden erklärt, dennoch kam keine Einigung zustande. Die Klage von Arminia Bielefeld gegen das Arbeitsamt Bielefeld ist inzwischen anhängig, ein Termin steht noch nicht fest. Kneib hatte immerhin fast ein Jahr den Höchstsatz von rund 1900 Mark im Monat erhalten.

Der Gesetzgeber beruft sich auf den Paragraphen 128 b des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG). Diese nachträgliche Bestimmung aus dem Jahre 1981 halten die Vereine für verfassungswidrig. Harald Böhm, Vize-Präsident von Eintracht Frankfurt, glaubt sogar, daß diese Bestimmung als Konsequenz auf den Fall Kargus eigens für die Bundesligaklubs geschaffen wurde. Jörg Auf der Heyde: „Als Grund für die Arbeitslosigkeit wird einfach die Ablösesumme unterstellt. Entscheidend für das Arbeitsamt ist, daß Arbeitslosen-Unterstützung gezahlt werden muß. Dabei kommt es allein darauf an, daß eine Ablösesumme besteht, nicht, ob das Arbeitsverhältnis daran scheitert."

Die Bundesligaklubs fühlen sich ebenso wie der Deutsche Fußball-Bund als Dachorganisation vom Gesetzgeber überrumpelt. DFB-Justitiar Götz Eilers sagt: „Ein Lizenzverein darf nicht anders gestellt sein als andere Arbeitgeber. Doch der Verband überläßt es den betroffenen Vereinen, die Probleme zu lösen." Jörg Auf der Heyde: „Der DFB befürwortet unseren Musterprozeß und leistet gewissermaßen geistigen Beistand."

Hörfunk-Hits (9): Der „Zündfunk" vom BR riskiert gern eine kesse Lippe

„Wir polstern uns nicht in Pop-Watte"

Zündstoff im Zündfunk" – seit genau zehn Jahren wirbt dieser Slogan für das Jugendmagazin des Bayerischen Rundfunks auf Welle 2. Und täglich ist dieser Zündfunk mit seinen Magazinen und Musiksendungen für junge Hörer „auf Sendung".

„Der Mut, heiße Eisen anzupacken, das Konzept, jungen Hörern engagierte Informationssendungen täglich anzubieten, und die starke Beteiligung Jugendlicher bei Konzept und Präsentation der Themen: dies ist heute mehr denn je im aktuellen Radio konkurrenzfähig gegenüber reinen Unterhaltungsangeboten für junge Leute", erklärt vehement der vierzigjährige „Zündfunk"-Chef Christoph Lindenmeyer, ein studierter Theologe und Publizist.

Funken hat diese Sendung schon häufig genug geschlagen. Ärger, Beschwerden gab es zuhauf. Die Nörgler und Kritiker sitzen vor allem in etablierten Positionen. Besonders von seiten der bayerischen Politiker gab es oft Einwände im Rundfunkrat gegen diese „saloppen" Sendungen der Jungen, die scheinbar alle heiligen Kühe schlachten und zu allem gern eine kesse Lippe riskieren. „Doch dank bester Recherchen aller Themen", wie Lindenmeyer und die zuständige Redakteurin Mercedes Riederer stolz unterstreichen, gingen bis jetzt alle Eingaben vor dem Rundfunkrat mit einem Schulterklopfen, sogar mit einer Aufmunterung vorüber, doch auf dieser Welle so weiter zu machen wie bisher.

In der letzten Zeit ist allerdings eine Wandlung eingetreten. Lindenmeyer: „Die Politiker zeigen derzeit ein starkes Interesse am Dialog mit der Jugend." So eilen immer häufiger Minister ins Studio und stellen sich der Diskussion. Gerold Tandler, damals noch Innenminister, diskutierte im „Zündfunk" mit Hausbesetzern; sein Nachfolger Karl Hillermeier nahm in einer Live-Sendung Stellung zum „Gautinger Todesschuß", und Bundesminister Jürgen Warnke sprach hier mit jungen Hörern über die Probleme der Dritten Welt.

An die 70 Themenbereiche werden im „Zündfunk" pro Monat angeschnitten. Klar, daß darunter so mancher Stolperstein zu finden ist. Andererseits können die Initiatoren dieses Programms mit einer Fülle von Auszeichnungen aufwarten. So zählt Lindenmeyer auf: den Rosenstrauß des Jahres von einer Münchner Boulevardzeitung, den Ernst-Schneider-Preis der Deutschen Industrie, den Medienpreis des Bundes der Heimatvertriebenen und auch den Robert-Geisendörfer-Preis der Evangelischen Kirche in Deutschland. „Doch Preise", so wehrt Lindenmeyer ab, „stärken uns zwar den Rücken, aber sie werden von Erwachsenen gemacht. Wichtiger ist uns das Feedback der jungen Hörer."

Und das ist enorm. Seitenlange Briefe erhält die Redaktion täglich. „Briefe, die man nicht mit einer Null-acht-fünfzehn-Antwort abfertigen kann", so die Redakteurin Riederer, „da müssen wir uns schon hineinknien, um dem Schreiber in seiner Not helfen zu können." Manchmal stehen die jungen Hörer gleich im Studio, um an Ort und Stelle zu diskutieren. Auch zahlreiche Anrufe beweisen, wie sehr diese Sendung den Nerv der Jugendlichen trifft.

Lindenmeyer, früher „Bayern-III"-Redakteur und langjähriger Leiter des Jugendfunks, weiß allerdings nur zu genau, daß die Auflaßzeiten der Brieftauben größere Einschaltquoten haben als seine Zündfunksendung. Denn die Zeiten (Montag bis Freitag zwischen 18.05–19.00 Uhr; Samstag und Sonntag 14.00–16.00 Uhr und täglich 23.00–24.00 Uhr) liegen für die Jugendlichen sehr ungünstig. Außerdem sind sie eingebunden zwischen Sendungen, die wenig attraktiv sind für die Jugend. Wer den Sender also hören will, muß gezielt einschalten.

Seit Jahren plädiert der Jugendmagazin-Chef dafür, den „Zündfunk" in „Bayern III" einzubringen, der den ganzen Tag über läuft. Doch er stößt bei den Programm-Verantwortlichen auf taube Ohren. Wenn er nun sagt: „Wir machen ein Programm, das eine Antwort ist auf alle jene Leute, die glauben, internationaler Popkommerz sei deckungsgleich mit den Informationsbedürfnissen junger Hörer", dann meint Lindenmeyer damit auch, daß die Jugendlichen heute vielfach „unterfordert" werden.

Gegen diesen Trend steuert der „Zündfunk" bewußt an. So gibt es z. B. hier jeden letzten Freitag im Monat eine im deutschen Medienbereich fast einzigartige Kostbarkeit: eine Klassik-Sendung nämlich für Jugendliche. Hier sollen ganz bewußt Berührungsängste mit der E-Musik abgebaut werden, und „ganz bewußt Grenzüberschreitungen provoziert werden" (Lindenmeyer).

„Wir polstern uns auch in Zukunft nicht in Pop-Watte", sagt Lindenmeyer. Die nähme dem „Zündfunk" nämlich nur den Sauerstoff.

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

NACHRICHTEN

Karpow nahm Ruhepause

Moskau (dpa) – Die vierte Partie der Schach-Weltmeisterschaft wurde auf morgen vertagt. Titelverteidiger Anatoli Karpow nahm gestern eine Auszeit. Sein Herausforderer Garri Kasparow, der 0:1 zurückliegt, hatte seinen ersten von drei Ruhetagen (in den ersten 24 Partien) am letzten Freitag eingelegt.

Streik beendet

Madrid (sid) – Der Streik der spanischen Fußball-Profis wurde nach 16 Tagen beendet. In einer 13 Stunden langen Sitzung einigten sich die Vertreter der Spieler und der Klubs unter anderem darauf, daß ein Verein, der seine Spieler nicht mehr bezahlen kann, absteigt. Die ersten beiden Spieltage der Meisterschaft hatten die Vereine der ersten Liga mit Amateur- und Jugendspieler bestritten.

Interesse an Six

Mülhausen (sid) – Frankreichs Fußball-Nationalspieler Didier Six (30) wird von deutschen Klubs umworben. Der Flügelstürmer, der bereits für zwei Jahre beim VfB Stuttgart spielte und jetzt dem Zweitliga-Verein FC Mülhausen angehört, nannte drei Vereine, die an seiner Verpflichtung interessiert sind: Mönchengladbach, Braunschweig und Hertha BSC Berlin.

Manecke Zweite

Nanking (sid) – Ingra Manecke, deutsche Meisterin im Diskuswerfen, belegte beim Sportfest von Nanking mit 58,92 Metern den zweiten Platz hinter Margitta Pufe aus der „DDR" (59,04 m).

adidas verklagt

San Franzisko (SAD) – Der Football-Spieler Joe Montana hat die deutsche Sportartikel-Firma adidas auf neun Millionen Doller Schadenersatz verklagt. Der Grund: Die Firma habe ohne seine Einwilligung einen Schuh mit dem Namen „Montana" auf den Markt gebracht. Ein adidas-Sprecher erklärte, der Schuh sei nicht nach dem Spieler, sondern nach dem US-Bundestaat benannt, wie es zuvor schon bei Modellen wie „Oregon", „Atlanta", „Seattle" und „New York" der Fall gewesen sei. Joe Montana, der für San Francisco 49 spielt, stand bei adidas von 1981 bis 1984 unter Vertrag und kassierte für das Tragen von Schuhen dieser Firma rund 25 000 Dollar.

EISHOCKEY

Kanadas Sieg positiv für die Zukunft

sid/dpa, Edmonton

Kanada hat zum zweiten Mal den Eishockey-Pokal gewonnen, den es selbst gestiftet hat, um zu beweisen, daß es immer noch die besten Spieler der Welt besitzt. 16 000 Menschen sangen im Notherlands Coliseum von Edmonton „O Kanada, Du bist unerschütterlich" und feierten ihre Helden. Der Kanada-Cup bleibt in der Heimat, die drei Jahre alte Demütigung durch die Mannschaft der Sowjetunion ist vergessen. Damals hatten die Russen das entscheidende Spiel der Finalrunde mit 8:1 gewonnen.

Diesmal hatten die Kanadier das Team der UdSSR schon im Halbfinale ausgeschaltet (3:2), und Schweden wurde in den beiden Endspielen mit 5:2 und 6:5 bezwungen. Ist das nordamerikanische Profi-Eishockey nun wieder stärker als das Spiel skandinavischer und sowjetischer Prägung? Eines steht fest: Der Sieg der Kanadier ist wichtig für die Entwicklung des Sports. Es war ein Triumph der furchtlosen Offensive über das kühle Kalkül der in der Abwehr erstarrten Schweden und Sowjets.

Dieses Ergebnis eröffnet dem seit vier Jahren vom spielerischen, technischen und taktischen Stillstand und sogar Rückschritt bedrohten Eishockey eine vielleicht bessere Zukunft. Die sowjetische Mannschaft steckt nämlich offensichtlich in einer Phase des Umbruchs. Nach dem Rücktritt ihres Weltklasse-Torwarts Wladislaw Tretjak errichtet sie in ihrem Abwehrdrittel ein Bollwerk und ist nur noch auf Konterangriffe angewiesen.

Mit einer ähnlichen Taktik versuchten es auch die Schweden. Daß sie scheiterten, lag am riskanten Angriffsspiel der Kanadier, deren Vorstellung geprägt war von den acht Profis des Klubs Edmonton Oilers, der in diesem Jahr zum ersten Mal die nordamerikanischen Profi-Meisterschaften, den Stanley-Cup, gewonnen hat. Schwedens Trainer Leif Boork: „Vor dem Tor sind sie die besten Eishockey-Spieler der Welt."

PROFIBOXEN

Jassmann Manipulation vorgeworfen

sid, Korbach

Der deutsche Berufsbox-Sport bleibt sich trotz einiger hoffnungsvoller Ansätze selber treu. Nach dem Kampf des Halbschwergewichtlers Mannfred Jassmann um den Titel eines Europameisters am letzten Samstag in Dortmund wird dem ehemaligen Amateur und seinem Trainer Uli Risties Manipulation vorgeworfen. Risties hatte bereits in der vierten Runde des Kampfes das Handtuch geworfen, um Jassmann vor den Schlägen des Titelverteidigers Alex Blachard (Holland) zu schützen.

Jetzt meldete sich Wolfgang Müller, der Technische Leiter der Veranstaltung und ehemalige Manager von Karl Mildenberger, zu Wort: „Risties hat das Zeichen zur Aufgabe aus schlechtem Gewissen gegeben, denn Jassmann war für eine Europameisterschaft nicht in Form. Er wollte nur noch die Kohlen abholen und hat in den drei Wochen nach einem Trainingslager in Florida kaum noch trainiert." Als Konsequenz daraus, so Müller, werde dem gescheiterten Herausforderer der Restbetrag seiner 50 000-Mark-Börse (es geht um 9000 Mark) nicht mehr ausbezahlt.

Jassmann bezeichnet diese Vorwürfe als „völlig lächerlich". In einem Telefongespräch stellte er Müller zur Rede: „Ich habe alle seine Behauptungen entkräftet, da hat er den Hörer einfach aufgelegt. Das Ganze muß ihm im Vollrausch eingefallen sein, oder aber die viel zitierten Spätwirkungen des Boxens zeigen bei ihm Wirkung."

Müller hatte Jassmann beschuldigt, er habe sich noch zwei Tage vor dem Kampf in einer Dortmunder Disco bis zwei Uhr morgens bei einer Miß-Wahl herumgetrieben, seine Aufgabe sei abgekartetes Spiel gewesen. Jassmann: „Von wegen. Diese Miß-Wahl findet erst jetzt in meinem Heimatort Korbach statt. Am fraglichen Abend habe ich mit Dortmunder Amateuren trainiert." Der Kommentar von Risties: „Ich bin seit 30 Jahren Trainer und lasse mir die Verantwortung nicht nehmen."

MOTORSPORT

Niki Lauda lobt neuen Nürburgring

dpa, Nürburgring

„Der neue Kurs für die Formel 1 ist optimal, es gibt nicht die geringste Unebenheit und die Absicherung für Fahrer und Fahrzeuge hätte man nicht besser lösen können." Der Österreicher Niki Lauda weiß wovon er spricht. Acht Jahre nach seinem Unfall auf dem Nürburgring testete der Ex-Weltmeister mit dem McLaren-Porsche die neue Streckenführung, die am 7. Oktober mit dem vorletzten Lauf zur Formel-1-Weltmeisterschaft, dem Großen Preis von Europa, seine Premiere feiert.

„Die Zuschauer müssen sich zwar umgewöhnen, doch dem neuen Ring fehlt es im Vergleich zum alten überhaupt nicht an Atmosphäre", meinte Lauda, der am 1. August 1976 mit seinem Ferrari in der zweiten Runde des Großen Preises von Deutschland von der Strecke abgekommen war. Das Auto prallte gegen eine Felswand, wurde auf die Straße zurückgeschleudert, von nachfolgenden Rennwagen gerammt und stand sofort in Flammen. Kollegen zogen ihn aus dem brennenden Wrack. Er hatte schwere Brandverletzungen am Kopf und innere Verätzungen erlitten. Tagelang rang er in einer Ludwigshafener Spezialklinik mit dem Tod.

Als Sprecher der Formel-1-Fahrer hatte Lauda später kritisiert, die fast 23 Kilometer lange Nordschleife des Nürburgrings sei aus Sicherheitsgründen für moderne Rennwagen nicht mehr geeignet. Als Ende 1976 die Formel-1-Lizenz für den Nürburgring auslief, wurde sie nicht mehr erneuert. 82 Millionen Mark investierte das Land, um den 4,5 Kilometer langen Kurs wieder wettbewerbsfähig zu machen.

Seinen zum Saisonende auslaufenden Vertrag mit dem englischen McLaren-Rennstall hat Lauda, der mit 10,5 Punkten Vorsprung in der Weltmeisterschaft vor seinem Teamkollegen Alan Prost führt, noch nicht verlängert. Seine angeblichen Kontakte zu Renault, hätten sich in einem reinen Informationsgespräch erschöpft.

KRITIK

Ein weiter Weg zu Hitchcock

Eigentlich war alles da von dem Stoff, aus dem die Thriller sind: eine zündende Idee, eine abenteuerliche Handlung, wuchtige Bilder und passende Gesichter. Und doch wurde aus Erich Amblers Roman **Eine Art von Zorn** (ZDF) nicht der prickelnde Atemrauber, den Krimimeister Hitchcock einst aus „Topkapi", einem anderen Ambler, gemacht hat.

Wenn sich ein Reporter, auf der Suche nach einer schönen verschwundenen Frau, in einen politischen Untergrundkampf verwickeln läßt, um schließlich alles zu gewinnen: die Story, die Frau und das Geld, das sich aus allerlei knallhartem Schacher mit den befehdeten Parteien herauspressen läßt, so müßte das Zug um Zug, Schlag auf Schlag geschehen. Aber Regisseur Ulrich Edel, im Detail geschickt, war offenbar allzusehr in seine kräftig ausgeleuchteten Szenen vernarrt, es fehlte an der eleganten Komposition, vor allem am nötigen Tempo. So verkümmerten die vorgesehenen Höhepunkte, die Handlung zerrann. Der Zuschauer hieß das Ende gähnend willkommen.

Der Weg zu Hitchcock ist eben weit. Daß er überhaupt begangen wird, will dennoch was heißen.

MARIUS PERMANN

„Schade um die vergeudete Zeit!"

Man kann nicht sagen, daß die deutschen Fernsehanstalten bisher wenig über jene 30 000 ehemaligen „DDR"-Bewohner berichtet haben, die seit Anfang des Jahres in den freien Teil Deutschlands ausreisen durften. Man kann jedoch sehr wohl sagen, daß in diesen Berichten, die oft nur Schnellschüsse waren, laxes und vorurteilvolles Umgehen mit der brisanten Problematik dominierte – überzeugender Journalismus die Ausnahme war.

Nun hat WDR III eine Arbeit vorgelegt, die über **Die ersten 100 Tage** von zwei Familien und drei Singles aus Dresden, Ost-Berlin, Königs Wusterhausen und Zittau informiert – und zwar mit einer solchen Sensibilität und Präzision, daß das Prädikat „hervorragend" eher unter- als übertreibt.

Verantwortlich für Buch und Regie des Films ist Peter F. Leopold, bis 1979 selbst „DDR"-Bewohner. Keine Eingewöhnungsschwierigkeit wird geleugnet, kein nervendes Problem geschönt. Aber es wird auch nichts übertrieben. Keine besserwisserischen Kommentare relativieren die erfahrungsreichen Antworten der Befragten: Die doppelt Betroffenen kommen ausführlich zu Wort, und vor allem: Es ist ihr Wort, das in diesem Film zählt.

Natürlich ist der Anfang schwer. Natürlich streßt das Bürokratielabyrinth. Natürlich brennen die Augen vom bunten Warenangebot, spürt man gerade in den ersten Wochen, wie knapp das Geld noch ist. Aber dann, nach einem Monat oder zwei: „Im Westen sind wir" jetzt „so weit wie im Osten nach fünf, sechs Jahren!" Oder: „Mich hat die Intensität überrascht, mit der hier gelebt wird. Ich bereue die vergeudete Zeit der DDR." Den Wechsel bereut deshalb keiner.

Bleibt nur zu hoffen, daß Leopolds Film sehr bald bundesweit (und damit auch in der „DDR") zu sehen sein wird.

ULRICH SCHACHT

ARD



III.

ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.25 Fußball-Europapokal
11.25 „Ich habe sie gesagt . . ."
12.10 ZDF Magazin
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Friedrich Luft im Gespräch mit Brigitte Horney
16.55 Denkste!?
Ein guter Lehrer (2)
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
Anschl. Der 7. Sinn
20.18 Stadt-Gericht
Ein Prozeß über Taten und Täter des Städtebaus
Trabantenstädte, durch Straßen zerschnittene Wohngebiete oder an Wochenenden verödete Stadtzentren: mit diesen Ärgernissen, die Millionen von Menschen betreffen, beschäftigt sich heute ein fiktives Stadt-Gericht, das die Schuldigen für die mancherorts katastrophale Wohnsituation finden will.
21.45 Musikladen
TV-Discotheque International
Mit Rick Springfield, Fiat Lux, Robin Gipp, Frida, Jennifer Rush u. a.
22.50 Tagesthemen
23.00 Tatort
Blaßlila Briefe
Seit acht Monaten pflegt Lutz Waldner ein Liebesverhältnis mit der verheirateten Grete Steinbeiß. Damit niemand etwas von ihrer Liaison erfährt, vereinbaren sie ihre Treffen brieflich, Waldner schreibt seiner Geliebten unter dem Namen „Marion Winterfeldt". Als plötzlich Herr Steinbeiß jene Frau Winterfeldt kennenlernen möchte, schlüpft eine Bekannte in diese prekäre Rolle.
0.45 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Die Dritte Welt beginnt bei uns
Im Rahmen einer „Dritte-Welt-Woche" beschäftigen sich Schüler einer westfälischen Schule mit den Problemen der Entwicklungsländer.
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Kleine Abenteuer
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Zwei schwarze Schafe
Geschichten aus Kalmüsel
Die Oma aus Leipzig
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Der große Preis
20.50 Die große Hilfe
Eine Bilanz der Aktion Sorgenkind
21.00 Gesundheitsmagazin Praxis
Krebs – Schlüssel zur Heilung
1. Auf der Suche nach neuen Konzepten
Krebs gilt hierzulande noch immer als die am meisten gefürchtete Krankheit. Das Gesundheitsmagazin befaßt sich nun in zwei Sendungen mit dem Krankheitsbild und den Behandlungsmethoden, möchte aber bei Betroffenen keine falschen Hoffnungen wecken, sondern Kranke dazu ermutigen, sich gegen ihr Leiden aufzulehnen.
21.45 heute-journal
22.05 Nichts Neues unter der Sonne?
Sendereihe von Joachim Kaiser
2. Der unaustilgbare Freiheitsraum
22.50 Sonny & Marie
Ein Starprogramm der Travestie aus dem Mainzer „unterhaus"
0.05 heute



Kommissarin Wiegand (Karin Anselm) will vom Ehepaar Steinbeiß (Rita Russek, Wolf-Dietrich Berg) Informationen über die tote Vera Kraske (Tatort – ARD, 23.00 Uhr) FOTO: TELEBUNK

WEST

19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Aus Liebe zu Dir
Amerikanischer Spielfilm (1952)
Mit Jeff Chandler, Loretta Young u. a.
Regie: Joseph Pevney
21.45 Juden in Flamersheim
22.15 Köpfe der Geschichte
Süleyman der Prächtige
23.15 District Six
Vertreibung auf südafrikanisch
0.00 Letzte Nachrichten

NORD/HESSEN

Gemeinschaftsprogramm:
18.30 Deutsche Puppenbühnen
Theater am Faden
19.00 Ungewöhnlich leben
Meine Kinder: 28 Mütter
19.45 Foto als Hobby
Weitwinkelfotografie I
20.00 Tagesschau
20.15 Der Sündenbock
Englischer Spielfilm (1959)
Mit A. Guinness, Bette Davis u. a.
Regie: Robert Hamer
21.40 Max Frisch
Eine filmische Lektüre der Erzählung „Montauk" (1974)
Von Richard Dindo
22.45 Nachrichten

SÜDWEST

18.30 Telekolleg zum Kennenlernen
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Berühmte Ärzte der Charité
Die dunklen Jahre – Sauerbruch
21.10 Sport unter der Lupe
Nur für Baden-Württemberg:
21.55 Trio ist Trumpf – Bach ist der Größte – und Orff mag ich auch
22.40 Nachrichten
Nur für Rheinland-Pfalz:
21.45 Guten Abend aus Mainz
Nur für das Saarland:
21.55 Gästebuch

BAYERN

19.00 Jubiläums-Rätsel
19.20 Die Bernauerin
Ein bairisches Stück von Carl Orff
20.56 Eine fränkische Konfirmation
21.40 Rundschau
21.55 Z. E. N.
22.00 Avanti! Avanti!
Amerikanischer Spielfilm (1972)
Regie: Billy Wilder
0.15 Rundschau
0.20 Gute Nacht, Sender!

ZAHLEN

FUSSBALL

Europapokal, erste Runde, Hinspiele, **Pokalsieger**: Rapid Wien – Besiktas Istanbul 4:1. – **UEFA-Cup**: Bohemians Dublin – Glasgow Rangers 3:2, Glentoran Belfast – Standard Lüttich 1:1, FC Reykjavik – Queens Park Rangers 0:3, Red Boys Differdingen – Ajax Amsterdam 0:0, Videoton SC (Ungarn) – Dukla Prag 1:0. – **Länderspiel**: Mexiko – Argentinien 1:1. – **Freundschaftsspiel**: SV Erzhausen – Eintracht Frankfurt 3:15.

TENNIS

Grand-Prix-Turnier in Bordeaux, erste Runde, Herren: Pecci (Paraguay) – Simonsson (Schweden) 3:6, 7:5, 6:4, Higueras (Spanien) – Freyss (Frankreich) 6:4, 6:1, Nystroem – Courteau (Frankreich) 7:5, 6:3.

ROLLKUNSTLAUF

Weltmeisterschaft in Novara/Italien, 5. Spieltag: Deutschland – Brasilien 2:1, Argentinien – Schweiz 7:2, Portugal – Niederlande 4:2, Chile – Spanien 5:2, Italien – USA 5:3.

STAND ● PUNKT / *Planert und die neuen Pläne*

Mit einem neuen Konzept will der Deutsche Schwimmverband (DSV) seine Zukunft bis zu den Olympischen Spielen 1988 planen. Eine neue Aufgabenverteilung der Bundestrainer und die Einführung einer sogenannten Juniorenklasse für 16- bis 18jährige sind vorgesehen. Nach langen Diskussionen will Schwimmwart Jürgen Kozel seinen Plan in den nächsten Tagen vorstellen. Gleichgültig, wie dieses Konzept aussehen wird: Bereits in der vorbereitenden Diskussion wurde deutlich, daß das größte Problem des Verbandes derzeit kein konzeptionelles, sondern ein menschliches ist. Ursache der problematischen Situation ist Horst Planert (57), seit 1965 Bundestrainer beim DSV, wo er inzwischen die Aufgaben eines Cheftrainers erfüllt.

Nominell ist seine Position also aufgewertet worden, praktisch hat Planert allerdings seit zwei Jahren keinen Einfluß mehr. Er wurde gleichsam zum Cheftrainer degradiert und in wachsendem Maße vom Beckenrand an den Schreibtisch verbannt. Mit Koordinierungs- und Organisationsaufgaben ist er betraut, beschäftigt sich mit überflüssigen, sinnlosen Tätigkeiten. Das hinterläßt Spuren. „Ich bin körperlich und geistig am Ende", sagt Planert heute.

Nach fast zwanzigjähriger Tätigkeit, während der er als Leiter der Max-Ritter-Schwimmschule in Saarbrücken Talente wie Klaus Steinbach, Dagmar Rehak oder Silke Pielen aufgebaut hat, steht Planert heute vor einem Scherbenhaufen, degradiert und gedemütigt. Nicht zuletzt, weil der DSV nicht den Mut zu einer klaren Trennung fand. Abnutzungserscheinungen treten nach 20jähriger Tätigkeit zwangsläufig auf, und der DSV brauchte frischen Wind, auch im Interesse der Aktiven, von denen viele mit Planert nicht zurechtkamen.

Doch anstelle einer klaren Aussprache wurde der Autoritätsverlust des Bundestrainers vorbereitet: schrittweise und auf subtile Art. Entlassen konnten sie ihn nicht, weil er einen beamtenähnlichen Vertrag hat, der ihn nahezu unkündbar macht. So weiß Horst Planert zwar, im Gegensatz zu vielen Trainer-Kollegen, seine Zukunft vertraglich gesichert. Während andere Trainer bei Erfolglosigkeit ihren Arbeitsplatz verlieren, hat Horst Planert an seinem gesicherten Arbeitsplatz sein Selbstwertgefühl verloren.

Und doch scheinen die Kollegen, die mit dem Risiko und unter Erfolgsdruck arbeiten müssen, im Vorteil. Sie kennen Ausgangsposition und Konsequenzen. Sie können neu beginnen.

ULLA HOLTHOFF

SED verschärft ihre Forderungen an Bonn

„Volle Respektierung" einer eigenen Staatsbürgerschaft verlangt

H. R. KARUTZ, Berlin

Die SED-Führung hat ihre politischen Forderungen an die Bundesrepublik Deutschland verschärft. Einer der wichtigsten Berater Erich Honeckers, der Staatsrechtler Professor Wolfgang Weichelt, verlangte jetzt die „volle Respektierung" einer „DDR"-Staatsbürgerschaft. „Wer dem nicht Rechnung trägt, stört und verhindert *das Zustandekommen normaler Beziehungen"*, heißt es warnend in einem weiteren Kommentar des SED-Blattes.

Der Bundesregierung wird in dieser seit Honeckers Geraer Punkten vom Oktober 1980 ausführlichsten juristischen Darlegung der Vorwurf gemacht, ihr gehe „jeglicher Sinn für *politische Realität" ab, falls sie* „noch immer nicht begreift", daß alle Versuche zum Scheitern verurteilt seien, die „Souveränität der DDR in Frage zu stellen oder zu verletzen".

Der Kommentar stellt augenscheinlich den Versuch dar, auch gegenüber Moskau die anhaltenden Bemühungen der SED-Führung zu untermauern, von Bonn ein Entgegenkommen in Sachen Staatsbürgerschaft zu erreichen. Die Äußerungen sollen überdies dem sowjetischen Verbündeten signalisieren, daß eine politische „Fraternisierung" mit dem Klassenfeind im übrigen Deutschland nicht zu befürchten sei.

Honecker *hatte sich kürzlich in* moderaten Tönen zu dem Thema *geäußert und lediglich von „wichtigen* Fragen" gesprochen, die „eine Rolle spielen". Selbst in der eigentlichen „heißen" Vorbereitungsphase des Besuchs hatte Ost-Berlin nicht verlangt, daß der Geraer Katalog einschließlich der Staatsbürgerschafts-Frage auf dem Sprechzettel von Kohl oder Honecker stehen müsse.

Professor Weichelt schlägt jetzt andere Töne an: „Wenn verantwortliche Politiker der BRD glauben, internationale Rechtsnormen nach Belieben außer Kraft setzen zu können, dann widersetzen sie sich dem Gebot sowohl des Völkerrechts als auch des politischen Realismus. Man kann nicht für die Normalisierung der Beziehungen sein, wenn man in elementarsten Fragen die Wirklichkeit nicht so sieht, wie sie ist. An den Realitäten freilich ändert eine solche widersinnige Haltung nicht das geringste. Sie haben existiert, existieren und werden *weiter existieren – ungeachtet* aller bornierten Phantastereien, selbstfabrizierter Dokumente und Haarspaltereien, die gegen die Wirklichkeit ins Feld geführt werden mögen."

Mit dem Vorwurf, „selbstfabrizierter Dokumente" spielt Weichelt offenbar – wie Honecker in seinem Interview – auf die jeweils überreichten *Briefe zur „Deutschen Einheit" bei* den Ostverträgen an. Auch Ost-Berlin hatte – wie vorher Moskau – am 21. Dezember 1972 widerspruchslos einen Brief von Egon Bahr an seinen Gesprächspartner Michael Kohl entgegengenommen, in dem flankierend zum Grundvertrag die weiterhin gültige Bonner Rechtsauffassung deutlich mitgeteilt wurde: „... daß dieser Vertrag nicht im Widerspruch zu dem politischen Ziel der Bundesrepublik Deutschland steht, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt."

Im übrigen enthält, das weiß auch die SED-Spitze, der Grundvertrag den bekannten Protokollvermerk. Bonn erklärte: „Staatsangehörigkeitsfragen sind durch den Vertrag nicht geregelt worden."

Die Attacke Weichelts muß im Zusammenhang mit Andreottis Äußerungen gesehen werden. Die Worte des Christdemokraten, der noch im Sommer mit seinem Premier Craxi in Ost-Berlin war, beflügeln die „DDR"-Führung und lassen es ihr geraten erscheinen, wieder das Thema „Gera" in den Vordergrund zu stellen.

Im Wortlaut: Andreottis Erklärungen

DW. Bonn

Auf dem Pressefest der KPI-Zeitung „Unita" sagte Andreotti: „Eine Sorge war in vielen Ländern sehr stark, beginnend mit Polen, in anderen Ländern des Warschauer Pakts, aber sagen wir es nur, auch in Ländern außerhalb des Warschauer Pakts. Das heißt: Die Bedenken sind doppelt zu sehen. Wir sind alle einverstanden, daß die beiden deutschen Staaten gute Beziehungen haben. Das ist ein Beitrag zum Frieden, den niemand unterschätzt. Aber es muß klar sein, daß man in dieser Richtung nicht übertreiben muß. Das heißt – man muß anerkennen, daß der Pangermanismus etwas ist, was überwunden werden muß. Es gibt zwei deutsche Staaten – und zwei deutsche Staaten müssen es bleiben."

Als Reaktion auf die Bonner Proteste erklärte er:

„Ich hatte in meiner Erklärung vom 13. September in Rom nicht die Absicht, den Begriff der großdeutschen Umtriebe auf die Bundesrepublik Deutschland anzuwenden, sondern nahm einzig und allein auf die neuesten Vorfälle in Innsbruck Bezug..."

„Es geht nicht nur um das Recht der Deutschen"

ms./DW. Bonn

Der CSU-Bundestagsabgeordnete Hans Graf Huyn hat die Auffassung vertreten, der italienische Außenminister Andreotti sollte nach seinen umstrittenen Äußerungen zur deutschen Frage Konsequenzen ziehen und seine Ämter als Vorsitzender der Europäischen Union Christlicher Demokraten sowie als Vizepräsident der Eurpäischen Volkspartei aufgeben. *Im Gespräch mit der WELT sagte der* CSU-Politiker, bei der Bewertung der Andreotti-Worte, die „ausgerechnet auf einem Schießbudenfest der Kommunistischen Partei" gefallen seien, müsse klar werden, daß es nicht nur um die Deutschen und deren Recht auf Selbstbestimmung und Wiedervereinigung in Freiheit gehe. Huyn: „Die Frage des Selbstbestimmungsrechts trifft *nicht* nur die Deutschen hinter dem Eisernen Vorhang, sondern sie betrifft die Polen, die Tschechen und die anderen Völker im sowjetischen Herrschaftsbereich insgesamt."

Wien ist über Andreotti empört. Südtirol wieder in der Diskussion

Kreisky und Gratz gegen Vorwurf des „Pangermanismus" / Kein Verzicht auf Selbstbestimmung

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Nach der Eindämmung des Konflikts zwischen Bonn und Rom wegen der Äußerungen des italienischen Außenministers Andreotti über den „Pangermanismus" ist es zu einer schweren Verstimmung zwischen Österreich und Italien gekommen. Regierung und Öffentlichkeit werfen Andreotti vor, die Auseinandersetzung mit der Bundesrepublik Deutschland auf Kosten Österreichs beigelegt zu haben. Der Italiener hatte erklärt, er habe mit dem Vorwurf des „Pangermanismus" nicht die Bundesrepublik und die Deutschen, sondern „gewisse Vorfälle" bei den jüngsten Andreas-Hofer-Feiern in Tirol gemeint. Bei einem Festzug in Innsbruck waren in der vergangenen Woche Forderungen nach einer Wiedervereinigung Tirols und nach Selbstbestimmung für Südtirol, das zum italienischen Staat gehört, laut geworden.

Sowohl der neuernannte österreichische Außenminister Leopold Gratz (SPÖ) als auch der ehemalige *Bundeskanzler und jetzige Ehrenvorsitzende* der Sozialistischen Partei, Bruno Kreisky, haben den nun von Andreotti gegen Österreich ins Feld geführten Vorwurf des Pangermanismus zurückgewiesen.

Gespräch in New York

Gratz sprach von einem mißglückten *Versuch, aus dem Streit mit Bonn* herauszukommen (WELT v. 19. 9.). Die von Andreotti nachträglich als Ausrede herangezogene Innsbrucker Veranstaltung sei ein „Festzug fröhlicher Menschen" gewesen. Gratz bekräftigte, kein anderer – und folglich auch nicht er als österreichischer Außenminister – könne im Namen der Südtiroler auf das Selbstbestimmungsrecht verzichten.

Als positiv bezeichnete Gratz eine Erklärung des italienischen Ministerpräsidenten Craxi, wonach Rom bereit sei, die noch offenen Forderungen des „Pakets" – der Südtirol-Autonomie – zu erfüllen. Gratz kündigte an, daß er mit Andreotti während der UNO-Vollversammlung in New York zusammentreffen wolle. Er werde den italienischen Außenminister nicht so sehr nach dessen umstrittenen Äußerungen als vielmehr danach fragen: „Wie geht es möglichst rasch im Interesse der Südtiroler weiter?"

Der ehemalige Bundeskanzler Kreisky sagte, die Meinung vieler Österreicher über die Selbstbestimmung Südtirols entspreche dem, was die Deutschen für ihre Situation wollten. Kreisky bezeichnete es als unfair, daß Andreotti den Streit mit der Bundesrepublik jetzt auf dem Rücken Österreichs bereinigen wolle. In einem Fernseh-Interview vertrat er die Ansicht, Andreotti habe den „Fauxpas" mit seinen Äußerungen zur deutschen Frage bewußt begangen. Der Sowjetunion sei alles recht, was die Einheit des Westens schwäche. In diesem Sinne habe Andreotti dem Westen keinen guten Dienst – „um nicht zu sagen: einen Bärendienst" – erwiesen.

Kreisky bezeichnete die deutsche Frage als „an sich offen", weil es das „Phänomen und Problem der Wiedervereinigung" gebe. Unmittelbare Aktualität habe sie aber nicht. Außer den Amerikanern (Kreisky: „Die sind weniger zynisch und ehrlicher") wolle aber niemand ein vereinigtes Deutschland *mit 80 Millionen* Einwohnern – vor allem die Russen wollten das nicht.

Kreisky erwähnte dann, daß Charles de Gaulle sich ihm gegenüber gegen eine deutsche Wiedervereinigung ausgesprochen und bemerkt habe, die Deutschen hätten als „Ersatz" für die nationale Einheit die Aussöhnung mit Frankreich und die Einbettung in die Europäische Gemeinschaft erhalten.

Wenn man schon die Grenzen nicht verändern könne, dann sei es vernünftig, ein „Nahverhältnis" zwischen der Bundesrepublik und der „DDR" im Interesse der Menschen in beiden Staaten zu erreichen. Jedes kommunistische Regime in Europa wolle sich mehr „Freiraum" schaffen. Das Streben kommunistischer Staaten nach nationaler Identifikation finde aber dort seine Grenzen, wo der sowjetische Machtblock gefährdet werde.

Kreisky: „Wo es zu weit geht, kommen die Panzer." Das sei in der Vergangenheit so gewesen und werde auch in Zukunft so sein. Das Freiheitsstreben der Völker, die unter dem Kommunismus leben, so sagte Kreisky, könne erst dann erfolgreich sein, wenn es innerhalb der Sowjetunion zu „gewissen Entwicklungen" komme.

Zusagen nicht erfüllt

Politische Beobachter vertreten die Auffassung, daß der italienische Außenminister mit seinem Rückzugsgefecht nun ungewollt der schwelenden Südtirol-Frage neuen und für Italien *keineswegs günstigen Auftrieb* gegeben habe. In Südtirol mit seiner noch heute zu zwei Dritteln deutschsprachigen Bevölkerung wird seit langem Klage darüber geführt, daß die italienische Regierung die Autonomie, wie sie durch das zwischen Österreich, Italien und den Südtiroler Vertretern ausgehandelte „Paket" und den „Operationskalender" 1969 festgelegt wurde, nur zögernd und schleppend verwirklichte.

Es wurden sogar Stimmen italienischer Regierungsmitglieder registriert, wonach man die Autonomie der Südtiroler wieder eingrenzen und reduzieren müsse. Im einzelnen werfen die Südtiroler der römischen Regierung vor, die Zusage einer Gleichstellung der deutschen Sprache mit dem Italienischen – vor allem in der Verwaltung, vor Gericht und bei der Polizei – nicht eingelöst zu haben.

Seite 2: Panitalianismus

Tschernenko wirkte noch gebrechlicher

rtr/AFP, Moskau

Der sowjetische Staats- und Parteichef Konstantin Tschernenko erschien am Dienstag bei seinem im Abendfernsehen gezeigten zweiten öffentlichen Auftritt seit Juli in offenbar verschlechtertem Gesundheitszustand. Seine Rede zur Verleihung des Lenin-Ordens an den Vorsitzenden der moskautreuen Kommunistischen Partei Griechenlands, Harilaos Florakis, trug er mehrfach stockend vor; er schien unter Atembeschwerden zu leiden. Die Zeremonie fand nicht, wie sonst üblich, in einem der Festsäle des Kreml, sondern in Tschernenkos Büro statt.

Während seiner vierminütigen Ansprache bewegte der sehr steif wirkende Staatschef, der am 24. September seinen 73. Geburtstag feiert, seinen rechten Arm nur ein einziges Mal. Er vermied es, dem griechischen KP-Chef den Lenin-Orden an das Revers zu stecken, und beschränkte sich darauf, ihm ein Kästchen mit der Medaille auszuhändigen. In der vergangenen Woche kursierten in Moskau Gerüchte, Tschernenko sei wegen Herzbeschwerden stationär behandelt worden.

Verhandlungen über Hongkong beendet

AP/AFP, Peking

Die Volksrepublik China *und* Großbritannien haben sich nach zweijährigen Verhandlungen im Detail über die Zukunft der britischen Kronkolonie Hongkong geeinigt, die 1997 an China zurückfallen soll. Dies bestätigten gestern Sprecher beider Länder in Peking.

Die Dokumente, die beide *Verhandlungsdelegationen ihren* Regierungen übermittelten, sollen am Dienstag kommender Woche vom britischen Botschafter Sir Richard Evans und dem stellvertretenden chinesischen Außenminister *Zhou Nan* im Entwurf abgezeichnet werden. Der britische Gouverneur von Hongkong, Sir Edward Youde, hält sich in London auf, um den Entwurf mit Premierministerin *Margaret Thatcher* zu erörtern.

Der Entwurf soll nach Presseberichten drei Zusätze enthalten, in denen die Verwaltung des jetzt 5,5 Millionen Einwohner zählenden Gebiets durch China, die Bodenpolitik und die *Rolle* einer gemeinsamen Kommission geregelt werden. Die Kommission soll über die *Einhaltung* der Vereinbarungen wachen. Bereits zuvor sollen sich beide Seiten darauf geeinigt haben, daß Hongkong unter chinesischer Souveränität noch 50 Jahre lang einen Sonderstatus bewahren kann.

Das drittgrößte Finanzzentrum der Welt soll während dieser Zeit den Sta*tus einer Sonderregion haben mit* Garantien für seine politische, wirtschaftliche, rechtliche und kulturelle Identität, für die Beibehaltung des Hongkong-Dollars als konvertierbare Währung und volle Reisefreiheit für seine Einwohner.

Die erste Reaktion der Hongkonger Börse auf die Nachricht von der Eini*gung war positiv. Der Aktienindex* stieg gestern um 8,87 Punkte.

Reagan gegen Barrieren

■ Fortsetzung von Seite 1

hem Steel Corp. und der Gewerkschaft der Stahlarbeiter USW, den Anteil der ausländischen Lieferungen am US-Stahlverbrauch für die Dauer von fünf Jahren auf 15 Prozent zu verringern. Im Juli, als die USA 2,4 Millionen Tonnen importierten, betrug er 25 Prozent. Eine solche Entscheidung hätte auch die Absprache mit der EG torpediert. Danach beschränken die EG-Firmen seit zwei Jahren ihren Anteil auf knapp über fünf Prozent.

Der Zorn der US-Stahlindustrie richtete sich in letzter Zeit, von europäischen Röhren abgesehen, auch hauptsächlich gegen die Schwellenländer, die den amerikanischen Markt mit *billigem* Stahl überschwemmen. Zu den Staaten, denen Verstöße gegen die Marktgesetze vorgeworfen werden, gehören Südkorea, Taiwan, Mexiko, Venezuela, Brasilien und Argentinien.

Zweifellos hat das Weiße Haus berücksichtigt, daß den hochverschuldeten lateinamerikanischen Ländern *die Möglichkeit nicht* versperrt werden darf, durch Exporte Devisen für ihren Zinsen- und Tilgungsdienst zu verdienen.

Politisch kann Reagan darauf verweisen, daß das ITC-Urteil mit 3:2 äußerst knapp ausgefallen ist, die Kommissionsmitglieder sich also nicht einig waren. Außerdem hat Washington der US-Stahlindustrie schon mehrfach Importschutz gewährt, ohne daß sie eine vernünftige Preis- und Investitionspolitik betrieben und die Absatz- und Beschäftigungskrise überwunden hätte.

Von dem Bethlehem-Plan hatte sich die US-Stahlindustrie zusätzliche Gewinne in Höhe von 2,9 Milliarden Dollar erhofft. Sie sollten in neue Anlagen und Produktionstechniken investiert werden. Nach Auffassung Washingtons werden indes durch das Festhalten an der Liberalisierung des Welthandels mehr Arbeitsplätze geschaffen.

Nicht aufs Spiel gesetzt werden dürften, wie Brock erklärte, die Ausfuhren der amerikanischen Farmer und anderer Exportindustrien. Er verwies auf die Gegenmaßnahmen, die das Ausland im vergangenen Jahr *nach der Errichtung von US-Import*barrieren für Edelstahl ergriffen hat.

Madaus bestätigt: 566 000 Mark für die CDU

DW. Köln

Der wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung angeklagte Unternehmer John-Werner Madaus hat vor dem Amtsgericht Köln bestätigt, daß er von 1969 bis 1972 und von 1974 bis 1979 die CDU durch Zahlungen an drei der Partei nahestehenden gemeinnützige Einrichtungen unterstützt hat. Für die von den zwölf Gesellschaftern der Firma gezahlten Spenden in Höhe von 566 000 Mark, die an die Partei weitergeleitet werden sollten, habe er Quittungen zur Vorlage für das Finanzamt erhalten. Madaus: „Ich bin mir keiner strafrechtlichen Schuld bewußt."

Heftiger Streit um Auslegung des Tarifvertrages

gil. Bonn

Zu einem Streit um die Auslegung des jüngsten Tarifvertrages ist es zwischen der IG Metall und der Metallindustrie gekommen. Jede Seite warf der anderen gestern Blockadepolitik vor. Franz Steinkühler (IG Metall) forderte die 38,5-Stunden-Woche „für alle Betriebe und für alle Arbeitnehmer". Die Gewerkschaft wolle die im Tarifvertrag vereinbarte Möglichkeit, einzelne nur 37, andere dagegen 40 Wochenstunden arbeiten zu lassen, „abblocken". Dieter Kirchner (Gesamtmetall) warf der IG Metall Bruch ihrer Vertragstreue vor, denn die Arbeitszeitverkürzung sei ausdrücklich mit der Flexibilität (zwischen 37 und 40 Stunden) verkoppelt. Sie jetzt zu verhindern, sei „ein glatter Vertragsbruch". Auf den weiteren Gewerkschaftsvorwurf, die Arbeitgeber verweigerten den Vorruhestand, entgegnen die Arbeitgeber, bisher seien von ihnen keine Regelungen abgelehnt worden. Er sei für beide Seiten freiwillig. Die IG Metall sollte zuerst ihre Pflicht zur Flexibilisierung erfüllen.

Der Streik kippt um

● Fortsetzung von Seite 1

entschlossen ist, mit seinen Aktionen auch die Jobs anderer Arbeiter in anderen Industrien zu gefährden."

Zugleich ließ sie keinen Zweifel an ihrer Entschlossenheit aufkommen, der Herausforderung durch Scargill standzuhalten. „Wir können und werden für lange Zeit durchhalten." Außerdem wies sie alle Spekulationen über bevorstehende Stromsperren wegen des Ausstands der Bergarbeiter zurück: „Es wird solche Maßnahmen für sehr lange Zeit nicht geben. Mit Sicherheit nicht vor Weihnachten und für geraume Zeit bis ins nächste Jahr hinein nicht."

Sie stellte sich fest hinter die staatliche Kohlebehörde, deren Entschluß, 20 unwirtschaftliche Zechen zu schließen, diesen Streik auslöste: „Es spielt keine Rolle, wie lange dieser Streik dauert, die unwirtschaftlich gewordenen Zechen müssen geschlossen werden."

Das Ende des Hafenarbeiterstreiks ist der zweite Rückschlag für die streikenden Bergarbeiter in dieser Woche. Am Montag hatten bereits die in den Kraftwerken arbeitenden Gewerkschaften beschlossen, keinerlei Sympathieaktionen zu unternehmen, sondern weiterzuarbeiten.

Von den *180 000* britischen Kumpeln befinden sich rund 140 000 seit 28 Wochen im Streik, die restlichen 40 000 arbeiten mehr oder minder normal weiter. Solange es Scargill nicht gelingt, unter seinen eigenen Kumpeln Streiksolidarität herzustellen, sind alle Versuche zum Scheitern verurteilt, andere Gewerkschaften zu Sympathiestreiks zu bewegen.

Die Erfolgsaussichten Scargills in diesem Streik sind damit gering geworden. Dennoch verkündete er am Mittwochmorgen unverdrossen: „Wir werden weiterkämpfen, und wir werden gewinnen."

Er selbst hat sich in den letzten 28 Streikwochen in eine Situation gebracht, in der jeder Kompromiß mit der Kohlebehörde für ihn einer Niederlage gleichkommt. Sollte er jedoch am Ende verlieren, ist seine Zukunft als Bergarbeiter-Präsident in Gefahr. Er ist in diesem Amt bis auf Lebenszeit, spätestens bis zum Jahre 2004, gewählt. Seine Überlebenschancen sind in den letzten Tagen rapide gesunken.

Sabotage beim NATO-Manöver?

PETER ZWICK, München

Deutsche und amerikanische Kriminalpolizei untersucht seit Montag einen Fall von möglicher Sabotage beim NATO-Manöver „Reforger 84", bei dem in der Nacht zum Montag aus drei amerikanischen Tankfahrzeugen insgesamt 10 000 Liter Treibstoff ausliefen.

Ein Sprecher des amerikanischen 7. *Korps* teilte mit, in der Nähe von Eisingersdorf im schwäbischen Landkreis Aichach-Friedberg seien 8000 Liter Flugbenzin, 1000 Liter Normalbenzin und 1000 Liter Dieselöl auf den Waldboden ausgelaufen. [illegible] deutsche Feuerwehrleute wurden alarmiert und legten einen Schaumteppich, um eine Explosion zu verhindern. Aus Furcht vor einer Verseuchung des Grundwassers wurden außerdem 80 Tonnen Erdreich abgetragen. Erste Meldungen, wonach der Treibstoff nach dem Umkippen der Tankfahrzeuge ausgeflossen sein soll, wurden später berichtigt.

Die amerikanische CID (Criminal Investigation Division) fand heraus, daß die Ablaßventile von drei der insgesamt zwölf Tankfahrzeuge der mobilen Manöver-Tankstation gelöst worden waren. Die Befragung der für die Bewachung der Tankfahrzeuge zuständigen Soldaten wurde gestern fortgesetzt, ohne daß die Verantwortlichen bisher ermittelt werden konnten.

Auch die deutsche Kriminalpolizei, die in die Untersuchungen eingeschaltet wurde, konnte noch keine Verdächtigen ermitteln. Ein Sprecher der Kriminalpolizei bestätigte, daß für die Öffnung der Ablaßventile an den Tankfahrzeugen spezielle Kenntnisse erforderlich sind.

Gas unter Druck

Bm. – Es sind gewiefte Taktiker und ausgefuchste Marktstrategen, die Führungskräfte der Essener Ruhrgas, die an fast allen Versorgungsunternehmen in der Bundesrepublik beteiligt ist. Auch sie hatte mit ihrem Gas im letzten Jahr einen Rückschlag hinnehmen müssen.

Und wie macht man Dampf am Wärmemarkt? Über den Preis natürlich. So verkündet die Ruhrgas jetzt, daß sie vom 1. Oktober an ihre Preise frei Stadtgrenze nur um 1,2 Prozent heraufsetzen werde statt der 7,5 Prozent, die es hätten sein müssen, wenn man nicht eine neue Preisgleitklausel mit den Abnehmern (vornehmlich Kommunen) vereinbart hätte.

Die überall entstandenen Crackanlagen haben das schwere Heizöl aus dem Wärmemarkt vertrieben und es zum begehrten „Rohöl" für Konversionsanlagen gemacht. Folge: Sein Preis folgte schnell der Nachfrage. Damit aber verabschiedete es sich auch aus dem Wärmemarkt, denn aus Schweröl wurde nun Naphta und Benzin.

Das war der Angelpunkt für die Ruhrgas, den Kommunen eine hundertprozentige Koppelung des Preises an den relevantesten Wettbewerber anzubieten, an Heizöl leicht. Hier stockte der Absatz, die Preise blieben flau. An Leichtöl gebunden, konnten auch die Gaspreise fast auf der Stelle marschieren und dem Öl weiter Paroli bieten.

Dem Verbraucher soll's recht sein, falls ihm sein kommunaler Versorger den Vorteil aus der neuen Klausel weiterreicht. Er kann damit rechnen, da mit dem Absatz von Erdgas auch die Einnahmen der Kommunen steigen – was beim Heizöl ja nicht der Fall ist.

Einfallsreich

J. Sch. (Paris) – Das französische Patronat wartet mit dem Plan auf, die Gewerbesteuer durch eine entsprechende Erhöhung der Mehrwertsteuer zu ersetzen. Diese „Kompensation" würde dem Staat keinen Centime kosten und den Unternehmen erlauben, ihre Inlandspreise (einschließlich Mehrwertsteuer) unverändert zu halten. Sinn der Maßnahme: Förderung des Exports. Da dieser mehrwertsteuerfrei erfolgt, könnten die Unternehmen ihre Exportpreise um die aus der Gewerbesteuerbeseitigung resultierende Kostenentlastung senken. Allerdings könnten sie diesen Vorteil auch in die eigene Tasche stecken, wie das bisher nach Franc-Abwertungen praktiziert worden war. Da andererseits die Importe der vollen Mehrwertsteuer unterliegen, würden von deren Erhöhung die ausländischen Lieferanten voll getroffen. Gegenüber der gewerbesteuerermäßig entlasteten nationalen Konkurrenz bedeutete dies eine Benachteiligung. Der Vorschlag des Patronats läuft also auf eine protektionistische Maßnahme hinaus. Ein guter Einfall?

MITTELSTAND / Bonn sieht in der sinkenden Eigenmittelquote ein Alarmsignal

Regierung lehnt Subventionen zur verstärkten Kapitalbildung ab

HEINZ STÜWE, Bonn

Die Bundesregierung will für die Bildung von Risikokapital in der Wirtschaft keine neuen Subventionen gewähren. Die seit Jahren sinkende Eigenkapitalquote der deutschen Unternehmen stelle zwar „ein Alarmsignal erster Ordnung" dar, eine verstärkte Kapitalbildung sei jedoch zuallererst Sache der Unternehmen selbst, erklärte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Rudolf Sprung, gestern in Bonn.

„*Der Staat kann und sollte allenfalls flankierend eingreifen, um etwaige Hemmnisse und Verzerrungen der Marktrelationen zu beseitigen*", sagte der CDU-Politiker auf einer Veranstaltung zum Thema „Die Eigenkapitalbasis mittelständischer Unternehmen", zu der die Aktionsgemeinschaft Wirtschaftlicher Mittelstand (AWM) eingeladen hatte. In der AWM sind über 100 Verbände, vornehmlich aus dem Dienstleistungsgewerbe, *zusammengeschlossen*. Die mittelständischen Unternehmen könnten nach Ansicht des AWM-Präsidenten Horst F. G. Angermann, Industrievermittler und Unternehmensberater in Hamburg, einen entscheidenden Beitrag zur Verminderung der Arbeitslosigkeit leisten, wenn sich ihre Eigenkapital-Ausstattung nachhaltig verbesserte.

Angermann geht dabei von folgenden Zahlen aus: Die 1,8 Millionen Klein- und Mittelbetriebe in Handel, Handwerk, produzierendem und Dienstleistungsgewerbe sowie die freien Berufe hätten heute bei 13 Millionen Beschäftigten eine durchschnittliche Eigenkapitalquote von 16 Prozent, die Hälfte liege zwischen *Null und zehn Prozent*. Wenn davon wiederum nur die Hälfte, 450 000 Unternehmen mit 3,25 Millionen Mitarbeitern, ihren Eigenkapitalanteil auf ein gesundes Maß von 30 bis 40 Prozent erhöhen könnte, käme es zu einem kräftigen Wachstumsschub. „Diese Betriebe wären dann imstande, ihren Personalbestand um etwa 15 Prozent aufzustocken", schätzt Angermann. Das wären über 400 000 zusätzliche Arbeitsplätze.

Dieses ehrgeizige Ziel im Blick, wurden auf der Veranstaltung zahlreiche Vorschläge zur Stärkung der Eigenkapitalbasis der Unternehmen diskutiert. Hermann Otto Solms, finanzpolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, setzte sich dafür ein, den oft besonders innovationsfreudigen mittelständischen Firmen den Zugang zur Börse zu erleichtern. Zu diesem Zweck sollte der bestehende geregelte Freiverkehr reorganisiert werden.

Versicherungen und Investment-Gesellschaften müßten die Möglichkeit haben, Beteiligungen an Unternehmen zu erwerben, die nicht an der Börse gehandelt werden, insbesondere GmbH- und KG-Anteile. Zudem müsse geprüft werden, ob Emissionsgesellschaften, die nicht Banken sind, das Recht erhalten könnten, Unternehmen an die Börse zu bringen.

Einige Vorschläge zur Förderung der Eigenkapitalzufuhr von außen (Ausbau des Freiverkehrs, Abschaffung der Kapitalverkehrssteuern) griff auch Sprung auf. Der CDU-Politiker beklagte, daß keine der bestehenden Kapitalbeteiligungsgesellschaften ihr Ziel erreicht habe, sich über den organisierten Kapitalmarkt zu refinanzieren. Das bisherige Beteiligungsvolumen von etwa 750 Mill. Mark sei denn auch „eher bescheiden".

Die Regierung prüfe, ob Kapitalbeteiligungsgesellschaften bei der Gewerbe- und Vermögenssteuer entlastet und von der Versteuerung ihrer Veräußerungsgewinne freigestellt werden könnten. Bemühungen, GmbH- und KG-Anteile leichter übertragbar zu machen, würden bisher von Vorbehalten im Justiz- und Finanzministerium gebremst.

Für die Selbstfinanzierung und damit die Leistungs- und Investitionsfähigkeit der mittelständischen Wirtschaft hat die Regierung in den Augen Sprungs schon einiges getan. Der Staatssekretär verwies auf die Senkung der Gewerbe- und der Vermögenssteuer. Der nächste Schritt auf dem Weg, das Steuersystem leistungs- und investitionsfreundlicher zu gestalten, sei die Tarifanpassung bei der Lohn- und Einkommensteuer.

WÄHRUNGSTAGUNG / *Deutsche Position*

Erweiterter Zugang zur IWF-Kasse läuft nicht aus

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Die Bundesregierung nimmt in Fragen der Ausleihpolitik des Internationalen Währungsfonds (IWF), die im Mittelpunkt der Jahresversammlung des IWF und der Weltbank in Washington stehen, die gleiche Position ein wie die USA. Bonn und Bundesbank sind ebenso wie die USA, Japan und Großbritannien der Auffassung, daß keine neuen Sonderziehungsrechte (IWF-„Papiergold") ausgegeben werden sollten, weil es keinen „globalen" Liquiditätsbedarf gebe, denn die Währungsreserven sind in den letzten anderthalb Jahren kräftig um zwölf Prozent gestiegen, die der Entwicklungsländer ohne eigenes Öl sogar noch stärker. Frankreich unterstützt allerdings die Forderung der Entwicklungsländer nach *Zuteilung neuer Sonderziehungsrechte*, die freilich gegen den Widerstand der anderen großen Industriestaaten nicht durchsetzbar sind.

Dennoch werden die Länder mit Zahlungsbilanzproblemen nicht ganz leer ausgehen. Die Bundesregierung ist sich in Übereinstimmung mit der Bundesbank darüber mit Washington einig, daß der „Erweiterte Zugang" zur IWF-Kasse, der die Kreditvergabemöglichkeiten des IWF um ein Mehrfaches über den an die Mitgliedsquoten gekoppelten normalen Ziehungsgrenzen erhöht, noch nicht auslaufen soll. Es wird aber eine behutsame Reduzierung der in diesem Jahr praktisch überhaupt nicht in Anspruch genommenen zusätzlichen Kreditlinien beim IWF angestrebt.

In Bonn besteht durchaus Bereitschaft, sich dem von lateinamerikanischen Schuldnerländern geforderten auch politischen Dialog mit den Industrieländern über Verschuldungsprobleme zu stellen. Die eigentlichen Gespräche über anstehende Entscheidungen will die Bundesregierung allerdings nur im institutionellen Rahmen des IWF und der Weltbank führen; sie ist dagegen, daß für derartige Diskussionen neue große Foren geschaffen oder besondere Schuldenkonferenzen einberufen werden.

In der Grundsatzdebatte über die Lage der verschuldeten Länder in Washington will sich die deutsche Seite dafür einstzen, daß Probleme wie bisher von Fall zu Fall angegangen werden. Globale Lösungsansätze, wie sie von Entwicklungsländern gefordert werden, lehnt die Bundesregierung unter Hinweis auf die Erfolge der bislang vom IWF verfolgten Strategie ab. Neben der auflagengebundenen Kredithilfe des IWF müssen nach Bonner Auffassung vor allem die eigenen Anstrengungen der Schuldnerländer im Zentrum der Bemühungen um eine dauerhafte Lösung der Schuldenkrise stehen. Zu dem von Banken immer wieder geforderten Bonner Engagement bei Umschuldungen wird in Regierungskreisen auf die Bereitschaft verwiesen, trotz stark gestiegener Risiken und Einbußen die Bürgschaftspolitik zu unveränderten Bedingungen fortzusetzen.

Wissenschaftler warnen

Von HANS-JÜRGEN MAHNKE

Um ihre eigene Ratlosigkeit zu kaschieren, griffen manche Politiker vor allem während der jüngsten Rezession zu dem alten Rezept, andere auf die Anklagebank zu setzen, nämlich die Wirtschaftswissenschaftler. Sie prangerten diese an, auch sie hätten keine Lösungsmuster parat, wie die wirtschaftliche Dynamik forciert und die Arbeitslosigkeit beseitigt werden könnte. Richtig ist daran sicherlich, daß es die Handlungsvorschläge, hinter denen alle Nationalökonomen stehen, nicht gibt und auch *nie gab. Es schälte sich aber immer so* etwas heraus, was als vorherrschende Lehre bezeichnet werden kann. Dies trifft vor allem für den Bereich zu, dem der Verein für Socialpolitik seine Jahrestagung gewidmet hat: die *Fortentwicklung der Weltwirtschaft*.

Dieser traditionelle Zusammenschluß der überwiegenden Mehrheit der Volkswirtschaftsprofessoren hat jetzt noch einmal vor den Folgen des ausufernden Protektionismus gewarnt. *Es wurden Vorschläge präsentiert*, wie die Weltwirtschaftsordnung in Richtung auf mehr Liberalität fortentwickelt werden sollte. Die Versuche, die eigene Wirtschaft vor der ausländischen Konkurrenz zu schützen, *stehen jedoch immer noch auf der* Tagesordnung.

Und das, obwohl, wie Helmut Hesse aus Göttingen nachgewiesen hat, die wirtschaftlichen Interdependenzen der Länder des Westens sich in den vergangenen drei Jahrzehnten derartig verstärkt haben, daß sich ein „fester Weltentwicklungsverbund der Volkswirtschaften" herauszubilden beginnt. In dieser zunehmenden Arbeitsteilung wird eine der Hauptquellen der Wohlstandssteigerung nach dem Zweiten Weltkrieg gesehen. In diesem Verbund sind den einzelnen Ländern Entwicklungspfade vorgezeichnet, von denen sie kaum abweichen können. Von den Industriestaaten verlangt dies, sich verstärkt um komparative Vorteile bei humankapitalintensiven und hochtechnologischen Produkten zu bemühen. Nur so erhält die Dritte Welt den notwendigen Spielraum für ihre eigene Entwicklung.

Seit einigen Jahren nehmen jedoch die Kräfte zu, die sich dagegen wehren. Sie wollen die internationalen Interdependenzen zurückschrauben. Damit ist jedoch die Gefahr des Rückgangs der internationalen Arbeitsteilung zum Nachteil aller Länder verbunden.

Gebannt werden kann diese Gefahr nur durch eine Fortentwicklung der Weltwirtschaftsordnung. Allerdings nicht in dem Sinne, wie es vor einigen Jahren von der Dritten Welt gefordert wurde, also in Richtung auf noch mehr Dirigismus. Dieses geht weit über die reine Handelspolitik hinaus. Es setzt zum Beispiel abgestimmte Spielregeln für die staatliche Forschungspolitik voraus, weil hier der Keim für neue Wettbewerbsverzerrungen gelegt wird, die entsprechende Gegenreaktionen auslösen. Es fehlen auch solche Regeln für Auslandsinvestitionen.

Um Europa und die Weltwirtschaft aus der Verkrampfung des Binnen- und Außenprotektionismus zu lösen, empfiehlt Herbert Giersch aus Kiel den Politikern einen „Rütli-Schwur" gegen die nationalen Interessengruppen, ein gemeinsames Vorgehen und eine konzertierte Selbstbindung zugunsten des Freihandels. Er weist darauf hin, daß aus der Sicht der Produzenten kurzfristig nur die Liberalisierung bei den Partnern vorteilhaft ist, was den Konsumenten auf der anderen Seite zugute kommt. Dagegen wird die eigene Liberalisierung politisch als Opfer gewertet zugunsten der Produzenten der anderen Seite und der Konsumenten im Inland.

Daher plädiert Giersch für ein internationales Politiker-Kartell. Dieses sollte das Endziel definieren und festlegen, in welchem Zeitraum es erreicht werden soll. Wer sich nicht an die Absprachen hält, muß aus dem „Liberalisierungs-Club" ausscheiden. Sanktionen sind notwendig, wenn sich die Regierungen dem „Mitleidsdruck der Fußkranken" entziehen wollen. Um den Prozeß der „schöpferischen Zerstörung" kommen die Industrieländer wohl nicht herum. Für die Wirtschaftspolitik kommt es darauf an, das Schöpferische, das im Schaffen hochwertiger Arbeitsplätze besteht, mit dem Zerstören zu synchronisieren.

Die Marschrichtung ist also klar. Es bleibt die Frage: Wer soll vorangehen, wer ist dazu bereit? Mehrmals wurde auf der Jahrestagung in Travemünde der Vorschlag gemacht, dies zum Thema eines Weltwirtschaftsgipfels zu machen. Es wurden auch die internationalen Institutionen wie das Gatt und die OECD bemüht. Aber auch dort stellt sich immer wieder das Problem, daß der eine auf den anderen wartet. In Europa ist zumeist nur eine Verständigung auf den kleinsten Nenner möglich. Das sind keine Voraussetzungen für einen Durchbruch. Allerdings können sich die Politiker, wenn dieses nicht gelingt, nicht hinter den Wissenschaftlern verstecken. Sie haben rechtzeitig gewarnt.

AUF EIN WORT



„Was beim Lohn gegen den Markt gewonnen wird, geht bei der Beschäftigung verloren. Was die Wirtschaft wegen zu hoher Kosten nicht produziert, kann ihr auch mit einem Tarifkonflikt nicht abgerungen werden."

Dr. Helmut Horlacher, Vorstandsvorsitzender des Bayerischen Raiffeisenverbandes e. V., München

FOTO: DIE WELT

Mehr Waren aus „DDR" bezogen

VWD, Wiesbaden

Im August 1984 wurden aus dem Bundesgebiet Waren im Gesamtwert von 482 *Millionen Mark in die* „DDR" geliefert. Das waren 49 Millionen Mark (neun Prozent) weniger als im entsprechenden Vorjahresmonat, geht aus den vorläufigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes hervor. Aus der „DDR" wurden im Berichtsmonat Waren im Wert von insgesamt 617 Millionen Mark bezogen. Der Gesamtwert der Bezüge war damit um 70 Millionen Mark (13 Prozent) höher als im August 1983. Von Januar bis August 1984 betrug der Wert der Lieferungen in die „DDR" 4,165 Milliarden Mark, das waren 16 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum, die Bezüge beliefen sich in diesem Zeitraum auf 5,049 Milliarden Mark, das waren 15 Prozent mehr.

BUNDESWIRTSCHAFTSMINISTER

Europas Industrie braucht klare Rahmenbedingungen

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Eine wichtige Zukunftsperspektive für die europäische Industrie ist der forcierte Abbau technischer Handelshemmnisse, die Liberalisierung des Kapitalverkehrs und die Öffnung der Beschaffungsmärkte. Dies erklärte gestern Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann vor dem Wirtschaftsausschuß des Bundestages. „Wir wollen damit klare Rahmenbedingungen für eine zukunftsorientierte Entwicklung der europäischen Industrie schaffen", sagte Bangemann.

Dies setze ungleich stärkere dynamische Kräfte in der Wirtschaft frei als so manches Ausgabenprogramm der Gemeinschaft. Für Investitionsentscheidungen der Unternehmer dürfte der gesicherte Absatzraum viel wichtiger sein als staatliche Programme, die bei dirigistischer branchenbezogener Ausrichtung am Markt vorbeilenken können.

Es wäre ein Irrweg, Fortschritte beim Ausbau des EG-Binnenmarktes mit Abschottung der Gemeinschaft nach außen zu verknüpfen. Die Bundesregierung werde solchen Tendenzen entgegentreten. Als erfreulich wertete es Bangemann, daß in Brüssel die mehrjährige Blockade der Harmonisierungsarbeiten beim Abbau technischer Handelshemmnisse nunmehr aufgehoben werde. Die Blockade war mit dem Regelungserfordernis für Einfuhren aus Drittstaaten begründet worden. Die jetzige Entwicklung führe zum weiteren europäischen Aktionsfeld, auf dem ein *erfreulicher Durchbruch erzielt* worden sei, der Stärkung der europäischen Normung.

Die Bundesregierung werde auch künftig darauf dringen, daß der Wettbewerb in der EG nicht durch Beihilfen verfälscht werde. Hier sei die Brüsseler Kommission zum Handeln ebenso aufgefordert wie bei der Kapitalverkehrs-Liberalisierung und der weiteren Öffnung der Beschaffungsmärkte der öffentlichen Hand.

DIW

Geld- und Finanzpolitik wirken allzu restriktiv

dpa/VWD, Berlin

Erneute Kritik an der Geldmengenpolitik der Deutschen Bundesbank und an der Finanzpolitik der Bundesregierung übt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin. Wie das Institut in seinem jüngsten Wochenbericht schreibt, habe *sich die Geldmengenausweitung* seit Mitte 1983 erheblich verlangsamt. Die Zentralbankgeldmenge bewege sich seit dem Herbst 1983 am unteren Rand des geldpolitischen Zielkorridors, die Geldmenge M-1 (Bargeld und Schecks) sei zur Jahresmitte 1984 kaum höher als vor einem Jahr gewesen. Das könne die konjunkturelle Erholung in der Bundesrepublik belasten.

Kennzeichnend für die gegenwärtige *konjunkturpolitische Diskussion* sei, daß die restriktive Linie der Finanzpolitik in den Hintergrund gerückt sei. Fortschreitende Konsolidierungserfolge sollten jedoch nicht verdrängen, daß eine reale Verminderung der Staatsausgaben den konjunkturellen Erholungsprozeß nicht fördert, sondern hemmt. Die Befürchtung, daß die vereinbarte Verkürzung der Wochenarbeitszeit ab Frühjahr nächsten Jahres negativ auf die Investitionsneigung der Unternehmen wirken werde, sei bisher weder durch Äußerungen der Unternehmen, noch durch statistische Indikatoren gestützt.

Eine gemäßigt optimistische Einschätzung des weiteren Konjunkturverlaufs sei deshalb weiterhin begründet. Ein Anstieg des realen Bruttosozialprodukts von knapp drei Prozent im Jahresdurchschnitt sei noch immer erreichbar.

Der Regierung empfielt das DIW, *ihre Ansätze für einen restriktiven* Kurs bei den öffentlichen Investitionen noch einmal zu überdenken und auf Länder und Gemeinden einzuwirken, ihre Investitionen 1985 auszuweiten.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Kredit für UdSSR unterzeichnet

Frankfurt (AP) – Die Commerzbank und die Außenhandelsbank der UdSSR haben am Mittwoch in Frankfurt *einen Vertrag über einen Groß*kredit in Höhe von 500 Millionen Mark für das Moskauer Institut unterzeichnet. Dies teilte die als Konsortialführerin fungierende Commerzbank mit. Die Laufzeit des Kredits beträgt sieben Jahre. Die Rückzahlung beginnt nach vier Jahren in halbjährlichen Raten. Neben der führenden Commerzbank gehören dem Konsortium die Arab Banking Corporation, Bahrein, die Banque Paribas, Paris, der Creditanstalt-Bankverein, Wien, die DG (Deutsche Genossenschafts-) Bank International, Luxemburg, The Long-Term Credit Bank of Japan, Tokio, Postipankki, Helsinki, und die Société Générale de Banques, Brüssel, an.

Streik weitet sich aus

Detroit (AP) – Die amerikanische Automobilarbeitergewerkschaft UAW hat am Dienstag abend 30 000 weiteren Arbeitern in vier Werken des Automobilkonzerns General Motors Streikgenehmigung erteilt. Damit erhöhte sich die Zahl der im Ausstand befindlichen Beschäftigten bei General Motors ab Mittwoch 17 Uhr mitteleuropäischer Zeit auf 92 000. Die Gewerkschaftsentscheidung erfolgte wenige Stunden, nachdem die Geschäftsleitung von General Motors auf die jüngsten Verhandlungsvorschläge der Gewerkschaften in bezug auf Arbeitsplatzsicherung und Lohnentwicklung geantwortet hatte.

Stromverbrauch

Frankfurt (AP) – Der Stromverbrauch aus dem Netz der öffentlichen Versorgung hat im August 1984 rund 24,2 Milliarden Kilowattstunden betragen und war damit 4,5 Prozent höher als im August des Vorjahres. Die Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW) teilte in Frankfurt ferner mit, der Stromverbrauch aus dem Netz der öffentlichen Versorgung sei von Januar bis August 1984 um rund fünf Prozent gestiegen im Vergleich zu den ersten acht Monaten des Vorjahres.

Beiträge senken

Hamburg (VWD) – Bei der Bundesanstalt für Arbeit zeichnet sich für dieses Jahr ein Überschuß von drei bis vier Milliarden Mark ab. Er dürfte *sich 1985 auf etwa fünf Milliarden* erhöhen. Nach Ansicht des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung, Hamburg, sollten die Überschüsse zur Senkung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung um etwa ei*nen halben Prozentpunkt genutzt* werden. Oberstes Kriterium bei der Verwendung der überschüssigen Gelder der Arbeitslosenversicherung sollte nämlich sein, die Staatsausgaben nicht erneut zu erhöhen. Die mit der Beitragssenkung verbundene Verringerung der Arbeitskosten und Erhöhung der Leistungsanreize würden den Wachstums- und Beschäftigungschancen vergrößern.

Keine Einigung mit IWF

London (VWD) – Auch im zweiten Anlauf in diesem Jahr sei es Peru nicht gelungen, den Internationalen Währungsfonds zu einer Lockerung des für Peru aufgestellten Plans zur wirtschaftlichen Anpassung zu bewegen. Dies verlautete aus Finanzkreisen in London. Da es außerdem Hinweise gebe, daß Peru die IWF-Planziele im ersten Halbjahr 1984 nicht erreicht habe, hätten nunmehr die *Gläubigerbanken des Landes „zum* baldmöglichsten Zeitpunkt" ein Gespräch mit verantwortlichen peruanischen Stellen und mit dem IWF verlangt. Nach Angaben eines Bankiers, der an den Umschuldungsverhandlungen für die zwölf Milliarden Dollar Auslandsschulden Perus beteiligt ist, befindet sich das Land mit Zinszahlungen in Höhe von 80 bis 100 Millionen Dollar im Rückstand.

Vorschläge im Oktober

Bonn (VWD) – Nicht vor Anfang Oktober werde er konkrete Vorschläge für eine Abschaffung der Kuponsteuer machen. Dies deutete Bundesfinanzminister Stoltenberg am Dienstag an. Bisher waren Experten davon ausgegangen, daß detaillierte Pläne für die Aufhebung der 25prozentigen Quellensteuer bei der Kabinettssitzung am Mittwoch bekanntgegeben würden. Stoltenberg sagte vor Jour*nalisten, er müsse zunächst mit den* Ländervertretungen beraten, bevor er endgültige Vorschläge unterbreite, da diese zur Hälfte an den Einnahmen aus der Kuponsteuer partizipieren. Er werde diese Gespräche nach seiner Rückkehr von den Jahrestagungen des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank führen. Die erste Kabinettssitzung danach findet in der ersten Oktoberwoche statt.

BAV-Präsident August Angerer 60



FOTO: KLAUS HOFMANN

August Angerer, seit 1981 Präsident des Bundesaufsichtsamtes für das Versicherungswesen, wird am 20. September 60 Jahre. Der gebürtige Franke ist kein von außen kommender Karrierist auf diesem wichtigen Posten des Wettbewerbs- und Verbraucherschützers, des (wo notwendig) Bewahrers deutscher Versicherungstradition und des (wo nötig) Förderers von Innovationen. Er gehörte schon seit den 60er Jahren dem Amt an. Über die Stellung des Leiters der Abteilung Rechnungslegung und Prüfungswesen wurde er 1971 Vizepräsident der Aufsichtsbehörde, die über rund 350 deutsche und 60 ausländische Versicherungsgesellschaften mit einem Beitragsvolumen von über 100 Mrd. DM wacht.

Angerer, promovierter Jurist und Diplom-Kaufmann, vereint in seiner Person Fachkompetenz und Durchsetzungsvermögen. Er gab seiner Aufgabe von Anfang an eine neue Kontinuität. Das schützt ihn freilich nicht vor Kritik aus den Reihen derer, die – je nach Standort und vorhandener Einsicht – gern von ihm andere Schwerpunkte gesetzt sähen.

HARALD POSNY

INSTITUTE OF INTERNATIONAL FINANCE / Mitgliederversammlung berät über Kredite an Dritte Welt

Evidenzzentrale – zu hochgesteckter Anspruch

H.-A. SIEBERT, Washington

Das vor anderthalb Jahren in Washington von den Geschäftsbanken gegründete Institute of International Finance (IIF) – in Deutschland fälschlicherweise häufig als Evidenzzentrale bezeichnet – wird am Samstag auf einer Mitgliederversammlung die ersten Früchte seiner Arbeit vorlegen. Anlaß ist die Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank.

Wichtigster Tagesordnungspunkt ist die Studie einer Arbeitsgruppe aus Vertretern von 45 internationalen Banken, darunter 17 amerikanische und drei deutsche, über die künftige Kreditvergabe an die Länder der Dritten Welt. Strikt abgelehnt werden darin sogenannte Globallösungen zur Beendigung der Schuldenkrise. Statt dessen wird eine Strategie empfohlen, die auf eine Fortsetzung der wirtschaftlichen Anpassung in den Schuldnerstaaten und eine frühe Rückkehr zu einer „freiwilligen" Darlehensgewährung der Banken zielt.

Diese uralten Erkenntnisse werden die Vertreter der inzwischen 185 Mitgliedsbanken aus 39 Ländern, auf die 85 Prozent der Bankausleihungen außerhalb der industrialisierten Welt entfallen, geradezu von den Stühlen reißen. Begeisterung werden sie auch verspüren, weil das IIF das Szenarium des Währungsfonds übernommen hat, wonach die Verschuldungsprobleme bewältigt werden können, wenn die Weltkonjunktur in einen höheren Gang schaltet, die Inflation in Schach gehalten wird, die Realzinsen sinken, der Protektionismus nicht auswuchert und die Ölpreise stabil bleiben.

Für solche kühnen Schlüsse hätte es nicht eines Jahresbudgets in Höhe von 4,5 Millionen Dollar und eines Stabes von 32 Leuten bedurft: Die zugänglichen IWF-Berichte kosten nur ein paar Dollar. Schon auf dem Londoner Wirtschaftsgipfel wurden, wie ebenfalls von der Arbeitsgruppe vorgeschlagen wird, fallweise mehrjährige Umschuldungen mit niedrigeren „spreads" und längeren Laufzeiten empfohlen, vorausgesetzt, die Wirtschaft der Kreditnehmer marschiert in die richtige Richtung.

Nicht neu ist zudem die Überlegung, den privaten Sektor in der Dritten Welt stärker zu schützen, um auf diese Weise ausländische Direktinvestitionen zu ermutigen. Schon seit langem verlangen die Amerikaner auch eine Differenzierung zwischen lang- und kurzfristigen Schulden; von Umschuldungen ausgenommen werden soll die Handelsfinanzierung. Die Verwendung von anderen Währungen als den Dollar bei der Kreditvergabe wird bereits praktiziert.

Die erste Präsentation des Instituts vermittelt den Eindruck, daß es in erster Linie für Banken ohne volkswirtschaftliche Abteilungen geschaffe worden ist. Großbanken können an dem gesammelten Material kaum interessiert sein; sie verfügen über eigene Länderdaten. Hinzu kommt, daß weder der IWF noch die Weltbank dem Institut ihre Bücher öffnen. Dort sitzen jedoch die Fachleute, die jede wirtschaftliche Bewegung in den Mitgliedstaaten beobachten und in Perspektive rücken. Von vertraulichen Gesprächen beim Lunch vielleicht abgesehen, stehen dem IIF die gleichen Papiere zur Verfügung wie der breiten Öffentlichkeit.

Hinter die Qualität der dem Institut verfügbaren Daten sind deshalb Fragezeichen zu setzen: Sie stammen aus den betroffenen Ländern und können nur schwer verifiziert werden. Wenn überhaupt, sind sie nur eine vage Hilfe. Bei Besuchen werden ein oder zwei Stabsmitglieder von zwei oder drei Vertretern der Mitgliedsbanken begleitet. Sie sollen sich, wie es heißt, „aktiv an den Gesprächen mit den wirtschaftspolitischen Instanzen beteiligen". Bisher hat das IIF etwa 20 Länderberichte erstellt, davon ein Dutzend vor Ort, also in den Schuldnerländern.

Schon vom Ansatz her ist das IIF also keine „Evidenzzentrale". Allenfalls läßt es sich als Sammelstelle für Informationen bezeichnen. Auch der Begriff „Sprachrohr" geht zu weit. Zu hochgesteckt scheint der Anspruch auf ein verläßliches Frühwarnsystem. Nützlich ist wohl die Herstellung eines ständigen Dialogs zwischen den Gläubigerbanken, Schuldnerländern, multilateralen Organisationen und Regierungen. Aber die eigentliche Rechnung, die enge Kooperation mit Weltbank und IWF, ist nicht aufgegangen.

IMMOBILIEN / Klassische Kapitalanleger gesucht

Preise um 20 Prozent gefallen

dpa/VWD, Essen

Die Preise für Ein- und Zweifamilienhäuser sowie Reihenhäuser liegen nach Angaben eines Sprechers des Rings Deutscher Makler (RDM) zur Zeit um 20 Prozent unter dem Niveau von 1979/80. Die Verkäufer neigten wieder mehr dazu, an klassische Kapitalanleger statt an „Umwandler" zu verkaufen. Denn dieser Käuferkreis zahle sofort, während Umwandler – die aus Miet- später Eigentumswohnungen machen – einen Teil der Summe erst nach erfolgtem Wiederverkauf zahlten, sagte Klaus Großmann vom RDM anläßlich der Internationalen Immobilien-Messe vom 20. bis 23. September in Essen.

Für private Käufer stehe beim Erwerb von Eigentum nicht länger der erhoffte Wertzuwachs, sondern eine Verbesserung der Wohnsituation im Vordergrund, gab Großmann als Erklärung an. In Ballungsgebieten würden Einfamilienhäuser mit mittlerem bis gutem Wohnwert für rund 400 000 DM angeboten, wobei die Preisspanne von 320 000 bis 500 000 DM reiche. In anderen Städten aber auch schon um oder unter 200 000 DM.

Bei Eigentumswohnungen (ohne Bauherren- oder Erwerbermodell) in Ballungsgebieten koste der Quadratmeter Wohnfläche derzeit rund 3000 DM. In kleineren Städten habe sich der Quadratmeterpreis für diese Objekte bei rund 2500 DM eingependelt, wobei in Einzelfällen das Angebot für „gute gebrauchte Wohnungen" bei 1600 bis 1800 DM liege. Hingegen sei das Bauplatzangebot für Einfamilienhäuser „knapp", berichtete Großmann. In den Ballungsgebieten betrage der Preis für ein Grundstück von etwa 900 bis 1000 Quadratmetern um 200 000 DM, in kleineren Städten zwischen 100 000 und 150 000 DM.

Auf dem Immobilienmarkt zeichne sich zur Zeit ein Nord-Süd-Gefälle ab. Während in Schleswig-Holstein Objekte teilweise deutlich unter Preis angeboten würden, liege das Ruhrgebiet auf mittlerer Preisschiene und Süddeutschland erheblich darüber. Auf der Messe offerieren von heute an 90 Aussteller aus sechs Ländern Immobilien, Grundstücke und Ferienwohnungen.

NAMEN

Alfred Hofmann, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Württembergische Weingärtner-Zentral-Genossenschaft eG (WZG), Möglingen, wird am 21. September 60 Jahre.

Hayo Folkerts, Inhaber der Hayo Folkerts (Galama), Grünwald, wird am 21. September 80 Jahre.

Dieter Rolfes, Vorstandsvorsitzender der Frank'sche Eisenwerke AG, Dillenburg, feiert am 21. September das 60. Lebensjahr.

Alfred Lehner, Dezernent der Bayerischen Landesbausparkasse im Vorstand der Bayerischen Landesbank, ist zum Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Bauland GmbH gewählt worden. Er ist Nachfolger von Dr. **Josef Königbauer**, der am 1. August in den Ruhestand getreten ist.

Felix Altenhoven scheidet als Vorsitzender der Geschäftsführung der zum französischen Saint-Gobain-Konzern gehörenden Vegla Vereinigte Glaswerke GmbH, Aachen, im gegenseitigen Einvernehmen zum 31. Oktober 1984 aus der Geschäftsführung aus. Als sein Nachfolger wird Dr. **Gerhard Cromme**, Mitglied der Geschäftsführung der Halbergerhütte GmbH, dem Aufsichtsrat vorgeschlagen.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bad Oldesloe: Günter Kneese; **Bocholt:** Orion-Verlags-GmbH, Reken; **Deggendorf:** IMD Bau- u. Planungs-GmbH, Viechtach; **Essen:** H & K Malerbetriebs-GmbH i.L.; Arnold Dietz, Zahnarzt; RM Bauunternehmung GmbH; **Gelsenkirchen:** Kurt Schneider, Ing.; **Kleve:** Paul Joosten, Kaufm. u. Agraring., Uedem; **München:** Hebeler Partner GmbH, Innenausbau – Bodenbeläge; Squashbury Freizeit GmbH, Dachau; ROY Audio-Video-Vertriebs-GmbH; **Traunstein:** Nachl. d. Erich Kriechbaumer, Ainring 2; RdW Sportliches Kraftfahrzeugzubehör GmbH, Piding; **Wesel:** Nachl. d. Johann Franz Wanta, Dinslaken.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Kleve: Sonanini GmbH & Co. KG, Sonanini Verwaltungs GmbH, beide Kevelaer.

Nur noch drei vor dem Kammergericht

ot. Berlin

Zu der zweiten Runde im Verfahren wegen Kartellabsprachen in der Bauindustrie vor dem neuen Hilfssenat des Berliner Kammergerichts waren von sechs geladenen Firmen nur noch drei erschienen. Der Rest – E. Heitkamp, Herne, Leonhard Moll GmbH & Co, München, sowie die F + N Kronibus GmbH & Co KG, Kassel – hatte es sich zwischenzeitlich anders überlegt und das Bußgeld gezahlt. Verhandelt wird gegen die C. Baresel AG, Stuttgart, Strabag Bau-AG, Köln, sowie die Thyssen Schachtbau GmbH, Mülheim.

In der Anklageschrift werden Baustellen in der ganzen Bundesrepublik genannt, für die Submissionsabsprachen getroffen worden sein sollen. Insgesamt geht es um ein Bußgeld von rund 2,5 Mill. DM. Von den vom Kartellamt 1983 gegen 77 Bauunternehmen verhängten Bußgeldern von '54 Mill. DM soll inzwischen die Hälfte gezahlt worden sein.

ERDGAS / Preise nun an leichtes Heizöl gebunden

Nur 1,2 Prozent teurer

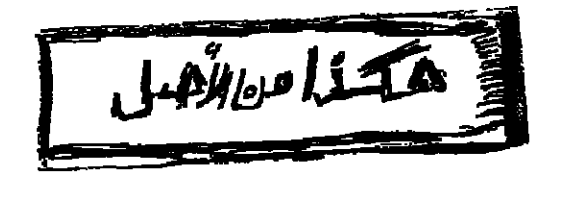
HANS BAUMANN, Essen

Die kommunalen Bezieher von Erdgas der Ruhrgas AG, Essen, haben sich fast hundertprozentig dem Vorschlag der Ruhrgas AG angeschlossen und vom 1. Oktober an eine neue Preisklausel für Erdgas akzeptiert. Mit dieser neuen Klausel wird die Ruhrgas ihre Preise vom Oktober an frei Stadtgrenze nur noch um 1,2 Prozent erhöhen. Nach der alten, bisher gültigen Preisbindungsklausel hätte die Preiserhöhung 7,5 Prozent betragen müssen.

Ruhrgas ist vom 1. Oktober an ausschließlich an den Preis für leichtes Heizöl gebunden, weil dieser Brennstoff zum größten Wettbewerber für Erdgas auf dem Wärmemarkt herangewachsen ist. Bisher setzte sich der Preis für Erdgas zu 64 Prozent aus dem Preis für schweres Heizöl und zu 22 Prozent aus dem für leichtes Heizöl zusammen. Die ständigen, großen Verluste des schweren Heizöls am Wärmemarkt verwässerten die Relevanz des Erdgaspreises zum Schwerölpreis.

Nach wie vor werden die Preise für Erdgas jährlich zweimal an die Preise für die Konkurrenzenergie angepaßt, einmal zum 1. April und dann wieder zum 1. Oktober. Preisänderungen schlagen aber nur dann auf den Abnehmer durch, wenn die Preisabweichung mindestens fünf Prozent nach oben oder unten beträgt. Bezugsgrößen sind die Preisveröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes.

Seit Wochen stand ziemlich fest, daß die kommunalen Gasbezieher das Ruhrgas-Angebot annehmen würden, da sich auch schon die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Ruhrgasbezieher für die neue Klausel ausgesprochen hatte. Es gilt als sicher, daß die übrigen Gaslieferanten dem Ruhrgas-Beispiel folgen werden.



Gerling bringt „Abwehrprodukt"

J. G. Köln

Als erste deutsche Versicherungsgruppe bringt nun der Kölner Gerling-Konzern einen „Rendite-Sparplan mit Risiko-Lebensversicherung" auf den Markt. Das neue Produkt, selbst von den Gerling-Managern „auch ein Abwehrprodukt" genannt, soll die Antwort sein auf die im November 1983 von der Deutschen Bank begonnene (und seitdem mehrfach kopierte) Attacke, mit einer für Banken bis dahin hierzulande unüblichen Kombination von Sparplan/Risikoschutz den seit langem wachsenden Anteil der Versicherungswirtschaft an der privaten Geldvermögensbildung in der Bundesrepublik zugunsten der Banken zu korrigieren.

Wie es sich für eine ordentliche Gegenwehr gehört, trumpft Gerling mit Hinweisen auf bessere Leistung gegenüber den Banken-Konkurrenzprodukten auf: Die Sparplan-Laufzeit biete man mit 5 bis 15 Jahren kürzer an, die Rendite aus der Sparkapital-Einzahlung in den „Gerling Rendite Fonds" (seit Gründungsjahr 1970 eine durchschnittliche Jahresverzinsung von 9,5 Prozent) höher, die vorzeitige Verfügbarkeit über das jeweils Angesparte ohne Wartezeit oder Zinsabzug, den Versicherungsschutz schließlich gleichbleibend hoch (statt sinkend) für die gesamte Vertragsdauer. Für die Alters- und Hinterbliebenenversorgung freilich soll dieses neue Produkt nicht die Alternative, sondern der Einstieg sein.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Neue Unternehmenshilfe

Berlin (ot.) – In Berlin ist die sechste Gesellschaft für Risikokapital (Venture-Kapital) gegründet worden, die GKB-Beteiligungsgesellschaft mbH. Es handelt sich um eine Tochter der Grundkreditbank eG (Volksbank), Berlin. Wie Vorstandsvorsitzender Ulrich C. C. Jancke mitteilte, habe er sich für seine Gesellschaft eine besondere Nische am Markt ausgesucht. Man wende sich vor allem an neue Unternehmer aus dem Bereich der Technischen Universität Berlin. Deshalb habe man mit der TU Berlin eine Kooperationsvereinbarung getroffen. Die GKB ist mit einem Stammkapital von 250 000 DM ausgestattet, das Jancke bei Bedarf erhöhen will.

Kooperation mit Hofbräu

Stuttgart (nl) – Die Adler-Brauerei Neff GmbH + Co KG, Sulzbach/Murr, und die Stuttgarter Hofbräu AG haben eine Kooperation vereinbart. Die Sulzbacher Brauerei, die von der Familie Neff weitergeführt wird, bietet neben dem seitherigen Vertriebsprogramm auch Biere von Stuttgarter Hofbräu an.

Interesse an Avis

Köln (VWD) – Die Deutsche Lufthansa bestätigt, daß von ihr Überlegungen angestellt werden, sich an der Avis Deutschland zu beteiligen. Ein Aufkauf der deutschen Tochter der internationalen Autovermietungskette stehe nicht zur Diskussion. Eine Entscheidung sei bei der Lufthansa allerdings noch nicht gefallen, erklärte die Gesellschaft.

Canzler bei GEA

Essen (Bm.) – Die GEA GmbH, Herne, hat die Mehrheit des Kommanditkapitals von 2,4 Mill. DM der Carl Canzler GmbH & Co. Apparate- und Maschinenbau, Düren, übernommen. Der Vertrag enthält eine Option auf weitere Anteile. Canzler bringt in die GEA-Gruppe 185 Mitarbeiter ein. Die Gruppe umfaßt 22 Gesellschaften in 12 Ländern mit rund 3800 Beschäftigten. GEA setzte 1983 rund 630 Mill. DM um, die Canzler GmbH bringt rund 25 Mill. DM mit. GEA baut Kraftwerkeinrichtungen, Anlagen für die Chemie und für den Maschinenbau, Wärmepumpen und Produkte für die Herstellung von Lebensmitteln.

Arbeitsplätze gerettet

Greven (dpa/VWD) – Der Bestand des Speditionsunternehmens Bernhard Klein-Wiele, Bocholt, mit rund 500 Arbeitsplätzen ist nach der Übernahme durch die Fiege Transport GmbH und Co KG, Neuss, gesichert. Die Fiege-Muttergesellschaft, die Spedition Josef Fiege GmbH und Co KG, teilte mit, sie habe eine 100prozentige Beteiligung erworben. Das Unternehmen solle „rechtlich und organisatorisch vollständig selbständig" weitergeführt werden.

IKOFA '84 / Münchener Nahrungsmittel-Messe öffnet morgen die Pforten

Deutsche Anbieter setzen auf Qualität

HENNER LAVALL, Bonn

Die deutsche Ernährungsindustrie, mit rund 150 Mrd. DM Jahresumsatz einer der bedeutendsten Wirtschaftszweige in unserem Land, hat ihren großen Auftritt. Für den Markt von 60 Millionen Verbrauchern wird sie ab morgen anläßlich der Münchener Ikofa '84 auf 77 000 Quadratmeter ihr Angebot präsentieren. Den 4 500 Betrieben in der deutschen Ernährungswirtschaft stehen auf der Messe allerdings 830 ausländische Anbieter, zumeist auf Gemeinschaftsständen gegenüber, die ebenfalls um die Gunst des deutschen Verbrauchers ringen.

In den insgesamt 25 Hallen werden die Angebotsbereiche auch in diesem Jahr wieder konsequent getrennt. Die Münchener Messe- und Ausstellungsgesellschaft hat eine Produktgliederung vorgenommen, die der Konzeption einer Fachmesse noch mehr entspricht und den Besuchern, besonders des Lebensmittelgroß- und -einzelhandels, eine gute Orientierungshilfe bietet.

Bei der Konzentration wie sie sich zur Zeit im Handel vollzieht, müssen sich die Anbieter der Ernährungsindustrie auch in diesem Jahr etwas einfallen lassen, um dem etwas entgegenzusetzen. Die Ballung der Nachfragemacht, mit ihrer für die Hersteller preisdrückenden Wirkung, wird deutlich bei den Großbetrieben des Lebensmitteleinzelhandels, die inzwischen einen Marktanteil von 72 Prozent erreicht haben.

Die zehn größten Unternehmen machten im vergangenen Jahr allein einen Umsatz von 61,3 Mrd. DM, das waren rund 45 Prozent vom Gesamtumsatz in diesem Bereich. Länder wie Frankreich, Italien und die Niederlande setzen deshalb auf Spezialitäten, die deutschen Anbieter von Nahrungs- und Genußmitteln versuchen sich mit dem Begriff „Qualität" zu profilieren.

Dem in Zusammenarbeit mit der Centralen Marketinggesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft (CMA) in den letzten Jahren entwickelte CMA-Gütezeichen wird auf der Ikofa breiter Raum gegeben. Knapp 300 der 1542 ausstellenden Firmen werden bis zum 26. September in Halle 25 weit über 1 500 Produkte mit dem Qualitätszeichen präsentieren. Die bisher umfangreichste Präsentation hochwertiger Nahrungsmittel wertet die CMA als sichtbares Zeichen des Durchsetzungsvermögens derartiger Produkte beim Verbraucher.

Dazu CMA-Geschäftsführer Helmut Fahrnschon gegenüber der WELT: „Das Gütezeichen bietet dem Hersteller eine gute Möglichkeit, seine Erzeugnisse von neutraler Stelle prüfen und sich die Qualität dokumentieren zu lassen." Für Handel und Handwerk sei dies zudem der Beweis für die Leistungsfähigkeit ihres Angebots. Und für den Verbraucher, so Fahrnschon, „ist es bei seinen Einkaufsentscheidungen Leitfaden und Signal für geprüfte Qualität aus deutschen Landen".

Schließlich entschieden sich neun von zehn Verbrauchern beim Kauf von Lebensmitteln für die Qualität als erstes Kriterium. Auf den Preis werde zwar auch geachtet, doch sei er allein nicht kaufentscheidend, zitierte Fahrnschon das Ergebnis einer von der CMA in Auftrag gegebenen Verbraucher-Untersuchung.

BUNDESBANK / Erfolgreiche Dollar-Interventionen

Hohe Kursgewinne realisiert

dpa/VWD, Frankfurt

Die Deutsche Bundesbank hat in den letzten vier Wochen bei der Ermittlung des amtlichen Mittelkurses an der Frankfurter Devisenbörse über 770 Millionen US-Dollar verkauft. Zwar konnte durch diese Eingriffe der nahezu kontinuierliche Aufwärtstrend der US-Währung nicht gebrochen werden, doch dürfte die Bundesbank erhebliche Kursgewinne erzielt haben, wie eine dpa/VWD-Modellrechnung für die Zeit vom 17. August bis 17. September zeigt. Außerbörsliche Transaktionen sind dabei nicht berücksichtigt.

An diesen 22 Börsentagen gab die Bundesbank zum Marktausgleich insgesamt 771,95 Millionen Dollar ab. Nur am 30. August intervenierte die Zentralbank beim Frankfurter Fixing nicht. An den übrigen Tagen schwankten die Verkäufe zwischen 1,9 Millionen Dollar (27.August) und 83,95 Millionen Dollar (5.September). Im Tagesdurchschnitt wurden rund 35,09 Millionen Dollar verkauft. Der amtliche Mittelkurs der US-Währung stieg während dieser Zeit von 2,8613 DM auf 3,0621 DM. Im Durchschnitt belief er sich in diesen vier Wochen auf 2,9294 DM.

Wenn man die Dollar-Verkäufe der Bundesbank zum jeweiligen amtlichen Tageskurs in Mark umrechnet und die Ergebnisse addiert, so ergeben sich Gesamtverkaufserlöse von rund 2,8 Milliarden Mark. Das entspricht einem durchschnittlichen Tageserlös von 103,5 Millionen Mark. Wenn man annimmt, daß die Dollar-Guthaben der Bundesbank zum Durchschnittsmittelwert des Jahres 1983 (2,5552 Mark) angelegt wurden, so ergäbe sich allein für den Vierwochenzeitraum ein theoretischer Kursgewinn von über 303 Millionen Mark für die Bundesbank.

Noch größer fällt dieser rechnerische Kursgewinn aus, wenn man den Wert heranzieht, der in der letzten Bundesbank-Bilanz für Dollar-Forderungen zugrundegelegt wurde – nach dem Niedrigst-Wert-Prinzip ging die Zentralbank damals von einem Dollar-Kurs von 1,7275 Mark aus. Bei diesem Vergleich ergibt sich für die Bundesbank sogar ein „Plus" von fast 942 Millionen Mark aus den Dollar-Verkäufen. Immerhin hätte die Bundesbank nach dieser Modellrechnung allein in der allerletzten Phase des Dollarhöhenfluges offene Kursgewinne eingestrichen, die fast einem Zwölftel ihrer letzten Gewinnabführung an die Bundesregierung (11,7 Mrd DM) entsprechen.

LEIFHEIT / Die Deutsche Bank plaziert 65 Prozent vom Aktienkapital

Einführungskurs bei 300 Mark

INGE ADHAM, Frankfurt

Zum Preis von 300 DM je 50 DM-Aktie können die Aktien der Leifheit AG, Nassau, vom 21. bis zum 25. September gezeichnet werden. Bei einem Pressegespräch aus Anlaß der Börseneinführung (erste Notierung: 3. Oktober) nannte Carl-L. von Boehm-Bezing, Direktor der Deutschen Bank, Filiale Frankfurt, Leifheit ein „Unternehmen in Topform". Der Plazierungspreis sei „angemessen und marktgerecht". Bei einem erwarteten Gewinn pro Aktie von rund 25 DM (nach DVFA) für dieses Jahr errechnet sich ein Kurs-Gewinn-Verhältnis von 12.

Placiert werden jetzt 65 Prozent des Aktienkapitals von 20 Mill. DM, was einem Plazierungsvolumen von 78 Mill. DM entspricht. Die restlichen 35 Prozent bringt die Deutsche Bank zum gleichen Ausgabepreis bei institutionellen Daueranlegern unter. Damit soll für die nötige Stabilität auf der Aktionärsseite gesorgt werden; die langfristige Eigenständigkeit der Leifheit AG soll durch ein auf zehn Prozent begrenztes Höchststimmrecht gesichert werden. Damit soll vor allem der Aufkauf durch Konkurrenzunternehmen verhindert werden. Die neuen Aktien werden ab 1. Oktober dividendenberechtigt sein. Bei der prognostizierten Entwicklung würde das für 1984 eine zeitanteilige Dividende von 3 DM (12 DM Jahresdividende) je 50 DM-Aktie bedeuten.

Das 25 Jahre alte Unternehmen mit einem umfangreichen Produktprogramm nicht-elektrischer Hausgeräte war 1972 von der amerikanischen ITT Corp. übernommen worden, jedoch immer als eigenständiges Unternehmen geführt worden, wie Vorstandsvorsitzender Dieter Schüfer anläßlich der Präsentation erklärte. Nach der Umwandlung in eine AG zur Jahresmitte und gleichzeitiger Aufstockung des Grundkapitals um 4 auf 20 Mill. DM hatte die Deutsche Bank das gesamte Kapital zur Plazierung an der Börse übernommen. Der Rückzug von ITT wird mit der Neuordnung der ITT-Konzernpolitik begründet, die eine Forcierung der Kernaktivitäten im Elektro- und Elektronikbereich vorsieht.

Leifheit, vor 25 Jahren als Familienunternehmen mit dem allgemein bekannten Teppichkehrer gestartet (Umsatzanteil 1983: 22 Prozent), hat inzwischen die Produktpalette erfolgreich verbreitert. Küchenhelfer tragen 32 Prozent zum Umsatz bei, Wäschetrockner 24 Prozent und andere Artikel für den Haushalt (u. a. Einkaufsroller) 22 Prozent. 48 Prozent des Umsatzes werden mit Schwerpunkt im EG-Bereich im Ausland erzielt.

Für das vergangene Jahr weist Leifheit gut 97 (93) Mill. DM Umsatz aus und erzielte damit 10,3 (9,6) Mill. DM Jahresüberschuß. Nach einer Umsatzsteigerung um fünf (real zwei) Prozent im ersten Halbjahr dieses Jahres sollen im Gesamtjahr 102 Mill. DM erreicht werden. Auch für 1985 rechnet Schüfer mit einer ähnlichen Wachstumsrate.

Als Wachstumsbereiche nannte Schüfer vor allem „das bei weitem noch nicht ausgeschöpfte Potential der Exportmärkte" und neue Produkte und Produktlinien. Dabei stehe aber Ertragsdenken im Vordergrund, betonte Schüfer, der daran erinnerte, daß die Umsatzrendite bei Leifheit immer über acht Prozent gelegen habe. Für dieses Jahr werden mit einem Nettogewinn von 10 Mill. DM knapp zehn Prozent Umsatzrendite erwartet. Das entspricht einer Eigenkapitalrendite von 44 (43,2) Prozent. In zwei deutschen Werken und in seinen ausländischen Vertriebsgesellschaften beschäftigt Leifheit rund 500 Mitarbeiter.

LINDE / Aufträge aus 65 Ländern „zusammengekratzt"

Aus dem Tal im Anlagenbau

INGE ADHAM, Frankfurt

Die Talsohle der Auftragseingänge für die deutschen Anlagenbauer hat möglicherweise ihren Tiefstpunkt überwunden. Zu dieser Ansicht kommt Joachim Müller, im Vorstand der Linde AG, Wiesbaden, für Anlagenbau zuständig, aufgrund der konjunkturellen Belebung in der deutschen Chemie und wiedererwachenden Interesses im Ostblock und in China, in Industrieanlagen zu investieren.

Dies signalisiert jedoch keinesfalls *eine Rückkehr zu munter fließenden* Großaufträgen, denn allenfalls werde in der Chemie an Ergänzungen oder Erneuerungen von Anlagen gedacht. China plant nur noch kleinere Projekte, und auch die steigende Investitionslust der „DDR" für ihre Industrie wird in der Bundesrepublik angesichts der Scheu vor Direktgeschäften nur in sehr geringem Umfang beschäftigungswirksam.

Die Werksgruppe TVT München, der Anlagenbau-Bereich der Linde AG, hat zwar in den ersten acht Monaten dieses Jahres mit rund 300 Mill. DM wieder Aufträge in etwa der Höhe des Vorjahres (Gesamtjahr: 500 Mill. DM) hereingeholt, aber die Zusammensetzung der Aufträge skizziert die Situation des deutschen Anlagenbaus: Nur drei Aufträge hatten ein Volumen von mehr als 10 Mill. DM; es gab, wie schon im Vorjahr, keinen Großauftrag (über 100 Mill. DM). Das Auftragsvolumen wurde aus 65 Ländern „zusammengekratzt".

Müller hält die Wettbewerbsposition der deutschen Anlagenbauer im Ausland für recht gut, denn es habe sich herumgesprochen, daß deutsche Anlagen auch zum genannten Termin in Betrieb gehen. Immer seien damit jedoch Preisnachteile nicht auszugleichen, sagte Müller auf der Baustelle für das Erdgas-Terminal in Kaarsto (Norwegen), das 1986 in Betrieb gehen soll und einer der größten Ingenieuraufträge ist, die Linde je erhalten hat.

Mit der Entwicklung im Gesamtkonzern ist man nach einem Umsatzplus von (vergleichbar) 7,5 Prozent in den ersten acht Monaten dieses Jahres bei Linde zufrieden. Mit der Abgabe des Kolben- und Turbomaschinenbaus und der Kühlhäuser hat sich Linde von zwei Randaktivitäten getrennt. Wie Vorstandschef Hans Meinhardt betont, gibt es jetzt keine Inlandsgesellschaft mehr, die Verluste macht. Auf der anderen Seite wurde das Gabelstaplergeschäft mit der Teilübernahme der französischen Fenwick weiter gestärkt.





Nach Glattstellungen stabilisiert

Nur noch wenige Sonderbewegungen – Bauaktien unter Druck

DW. – Nach den letzten Kurssteigerungen stand die erste Börsenstunde am Mittwoch im Zeichen massiver Gewinnmitnahmen. Auf ermäßigter Basis wurde das Angebot jedoch flott aufgenommen und im Verlaufe setzte sich wieder ein Aufwärtstrend durch, weniger verursacht durch neue Auslandskäufe, sondern durch Inländer, die sich durch die optimistische Konjunkturdarstellung von Bundesbank und Bundeswirtschaftsministerium angeregt fühlten. Ausgenommen von der aufkeimenden Zuversicht waren einige Bauaktien.

Sonderbewegungen, wie sie noch am Dienstag das Börsenbild bestimmt hatten, gab es nur noch wenige. Immerhin konnten im Bereich der Chemiewerte Degussa und Beiersdorf kräftig zulegen. Die Papiere der Großchemie bröckelten dagegen bis zu zwei DM ab. Wegen des ausgelaufenen Vergleichsverfahrens erfreuten sich AEG-Aktien immer noch besonderer Aufmerksamkeit und konnten sich weiter verbessern. Bankaktien wurden zu wenig veränderten Notierungen gehandelt, bei den Autowerten erreichten weder Daimler noch Porsche den Vortagsstand. Fester tendierten diesmal VW-Aktien, an denen die Hausse dieser Woche bislang vorübergelaufen war.

Düsseldorf: Aseag erhöhten um 9,90 DM und Aigner um 6 DM. Audi NSU stockten um 15 DM und Conc. Chemie um 5 DM auf. Nachgegeben um 5 DM haben Deutsche Atlanten, Heinrich und Keramag. Bei den Versicherungen verloren Allianz Leben 100 DM. Nordstern erhöhten um 25 DM.

Frankfurt: Brau-AG erhöhten auf 160 DM (plus 4 DM) und Deutsche Steinzeug gaben um 6 DM nach. Deutsche Texaco stockten um 8 DM und Hartmann und Braun St. um 18 DM auf. Henniger Bräu verloren 3 DM und MAB St. 10 DM. Lahmeyer verbesserten sich um 12 DM. MAN St. verloren 5 DM, Mannheimer Versicherung 15 DM und Wickrath 10 DM.

Hamburg: Beiersdorf wurden mit 370 DM und Reichelt mit 105,50 DM bezahlt. HEW waren bei 82 DM *knapp gehalten, während* NWK-Vz. zu 167,50 DM den Besitzer wechselten. Phoenix Gummi blieben bei 123,50 DM unverändert. Vereins- und Westbank wurden auf gestriger Basis mit 296 DM umgesetzt.

München: Etienne Aigner stockten um 5 DM und Audi NSU um 20 DM auf. Cassella verloren 3 DM und Gehe AG 2 DM. Ebenfalls 2 DM verloren Stumpf AG. Spinnerei Hof verminderten um 5 DM und Zahnräder Renk um 5 DM. Erhöhen konnten Erlus AG um 5 DM und Flachglas um 1 DM.

Berlin: Berthold zogen um 18,50 DM an. Berliner Kindl verbesserten sich um 1,50 DM und DeTeWe um 1 DM. Deutsche Hypobank Berlin mußten um 5,50 DM, Schering um 2 DM und DUB-Schultheiss um 1 DM zurückgenommen werden.

Nachbörse: uneinheitlich

WELT-Aktienindex: 152,6 (152,6)
WELT-Umsatzindex: 4383 (5256)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf – Frankfurt – Hamburg – München – Aktien-Umsätze

Kurswert in 1000 DM

Inland

Freiverkehr

Ungeregelt. Freiverkehr

Unnotierte Werte

DM-Anleihen

Inlandszertifikate

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausland

New York

Toronto

London

Mailand

Amsterdam

Wien

Kopenhagen

Tokio

Zürich

Brüssel

Madrid

Hongkong

Singapur

Paris

Sydney

Optionshandel

Frankfurt: 19. 9. 84: 1187 Optionen = 65 700 (65 300) Aktien, davon 123 Verkaufsoptionen: = 7250 Aktien. Kaufoptionen: AEG 10-95/10, 10-100/6,2, 10-110/1,8, 1-90/18, 1-95/14,6, 1-100/12, 1-110/7,5, 4-95/17,1, 4-100/17, 4-120/5, BASF 10-156/8,5, 10-160/2,5, 1-150/15,2, 1-160/7, 1-170/3,5, 4-160/11,5, 4-170/6,55, Bayer 10-160/12, 10-170/4,35, 1-170/8,5, 1-180/4,5, 4-150/31,5, 4-160/19,5, 4-170/12,4, 4-150/7,9, 4-190/4,5, Bay. Hypo. 4-290/22, Bekula 10-95/2,5, 1-100/2,4, BMW 10-398/8, 10-400/4,6, 1-380/24, 1-400/11,6, Commerzbank 10-150/15, 10-160/6,7, 10-165,6/3,4, 1-150/19,4, 1-160/10,9, 1-170/6,1, 1-180/3,5, 4-170/8, 4-180/6, Conti 10-110/17, 10-117/10, 10-120/9,5, 10-127/3, 10-130/1,7, 10-130,7/1,5, 1-127/10, 1-130/6, Daimler 10-550/34, 10-560/25,8, 10-589,5/9, 1-600/16, Dt. Babcock St. 4-160/28, 4-170/18, Deutsche Bank 10-314,75/42, 10-354,75/6, 10-356,75/5,6, 1-346,75/24,8, 1-360/15, 1-380/7,9, 4-340/40, 4-350/29, 4-360/26, 4-370/17,9, 4-380/13, Degussa 1-370/15, Dresdner Bank 10-170/2,4, 1-150/19,1, 1-160/14,4, 1-170/6, 1-180/2,2, 4-150/22, 4-160/15,3, 4-170/8,3, GHH Vz. 10-150/4, Hoechst 10-170/4, 10-180/1,35, 1-160/18,5, 1-170/9,65, 1-180/4,7, 4-170/14,4, 4-180/9, 4-190/4,5,- Hoesch 10-100/3,5, 1-100/7, 1-110/3,6, 4-100/11,9, 4-110/6, KHD 1-240/25, 1-250/20, Kloeckner 10-60/4,5, 10-65/2, 1-60/7,1, 1-65/5, 4-60/9, 4-65/6,95, 4-70/4,95, Mercedes 4-500/31,1, Mannesmann 10-146/8,5, 10-150/7, 1-140/17,9, 1-146/15, 1-150/13, 1-160/7, 1-170/4,1, 4-150/16,4, 4-160/11, 4-170/6, 4-80/3,4, RWE St. 10-169/5,6, 1-160/8,9, 1-170/3, RWE Vz. 1-160/8, Kali + Salz 4-230/19,5, 4-250/9,1, Siemens 10-400/15, 10-410/8, 10-422/1,4, 1-380/43, 1-390/33, 1-400/23,6, 1-410/18,9, 1-420/14, 1-430/10, 1-440/5, 4-400/34, 4-410/26,8, 4-420/20,3, 4-430/19, 4-440/10, 4-450/8, Thyssen 10-80/2,8, 1-70/12,6, 1-75/9, 1-80/6, 4-75/11,5, Veba 1-162,5/10,5, 1-170/6, VW 10-170/8, 10-180/2,8, 1-170/13,5, 1-180/8,6, 1-190/5, 1-200/3, 4-170/18, 4-180/12,1, 4-190/8,9, 4-200/6, Alcan 1-80/14,9, 1-85/7, 4-90/6,4, Chrysler 10-80/13, 10-95/2,5, 1-95/7,5, 4-100/5, Elf 1-60/3,2, IBM 10-390/8,65, 1-370/27,5, Philips 10-43,9/6,1, 10-45/3, 1-45/5,8, 1-50/4,5, 4-40/9,5, Royal Dutch 10-126,6/25, Sony 1-50/3, 4-50/3,9, Xerox 1-120/6,7. Verkaufsoptionen: AEG 1-95/1,6, 1-100/3, 4-95/2,6, 4-100/5,2, BASF 10-160/4,9, Bayer 1-170/2,3, 4-170/3, BMW 1-380/10, 1-400/18, 4-370/8,4, 4-380/9,4, 4-390/15,4, Commerzbank 4-160/6, Conti 4-120/3, Degussa 4-370/9,8, Dresdner Bank 1-164/2,6, 4-160/5, GHH St. 1-180/4, Hoechst 4-170/1,9, Kloeckner 1-60/2,2, Lufthansa St. 1-160/4,4, 4-150/2,5, Schering 1-380/4, Kali + Salz 1-230/4, Siemens 1-390/2, 1-400/4,95, 4-390/3,95, 4-400/7,6, Thyssen 1-80/2,75, VW 1-170/4, 1180/9,6, 4-160/3, 4-170/6,8, Alcan 4-90/7, Chrysler 1-85/2,1, 4-90/8, 4-95/9,6, Elf 1-75/3,8, General Motors 4-220/12, IBM 4-380/17,8, Litton 4-220/14,2, Philips 1-50/3,7, Royal Dutch 4-160/11,9, Sperry 4-120/8. (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 19. 9.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	11⅜–11⅝	5⅜–5⅝	5¼–5½
3 Monate	11½–11¾	5½–5¾	5¼–5½
6 Monate	11⅝–11⅞	5⅞–6⅛	5¼–5½
12 Monate	11⅞–12⅛	6⅛–6⅜	5¼–5½

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 19. September folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1525,00	1886,70
10 US-Dollar (Indian)**)	1300,00	1587,55
5 US-Dollar (Liberty)	480,00	661,20
1 £ Sovereign alt	244,00	300,96
1 £ Sovereign Elizabeth II.	238,00	294,12
20 belgische Franken	185,00	238,36
10 Rubel Tscherwonez	254,00	316,92
2 südafrikanische Rand	238,00	292,98
Krüger Rand, neu	1070,00	1259,70
Maple Leaf	1070,00	1259,70
Platin Noble Man	1022,00	1204,98

Außer Kurs gesetzte Münzen*)

	Ankauf	Verkauf
20 Goldmark	250,00	322,62
20 schweiz. Franken „Vreneli"	189,00	239,40
20 franz. Franken „Napoléon"	187,00	237,12
100 österr. Kronen (Neuprägung)	889,00	1191,30
20 österr. Kronen (Neuprägung)	196,00	246,24
10 österr. Kronen (Neuprägung)	105,00	136,80
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	467,00	572,28
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	110,00	148,20

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

Devisenmärkte

Die Hektik des Vortages wich am 19. 9. einer etwas besonneneren Haltung am Devisenmarkt. Das gestern erreichte bisherige Hoch löste Gewinnmitnahmen aus. Zusätzlich gab die FED Liquidität in den Markt, was zu einem Rückgang der Euro-Dollar-Zinssätze ab 6 Monate um ⅛ Prozentpunkt führte. Der Dollar verlagerte sich auf ein Niveau zwischen 3,1070–3,0820. Trotz eines unerwartet hohen Rückgangs der Neubauvorhaben in den USA, endete der Dollar über 3,0850. Die amtliche Notiz lautete 3,0850, wobei die Bundesbank 25 Mio. Dollar bestens und weitere 12,1 Mio. zum Ausgleich verkaufte. Deutlich erholt zeigte sich das Englische Pfund nach dem Ende des Dockerstreiks mit 3,826. Der Schweizer Franken profitierte von der Anhebung der Einlagenzinssätze der Großbanken und verbesserte sich auf 122,09. US-Dollar in: Amsterdam 3,4730; Brüssel 62,1325; Paris 9,4720; Mailand 1904,50; Wien 2169,50; Zürich 2,5268; Ir. Pfund/DM 3,103; Pfund/Dollar 1,2403; Pfund/DM 3,826.

Ostmarkkurs am 19. 9. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,50; Verkauf 22,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Der Zinsrückgang der Dollar-Depots am Euromarkt um ⅛ Prozent hatte am 19. September deutlich verringerte Termin-Abschläge für Dollar gegen DM zur Folge.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,63/1,53	4,57/4,47	8,45/8,25
Pfund/Dollar	0,08-0,10	0,24-0,27	0,53-0,57
Pfund/DM	2,40/1,00	5,50/4,10	9,60/8,60
FF/DM	23/7	55/39	96/80

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 19. 9.: Tagesgeld 5,5–5,55 Prozent; Monatsgeld 5,5–5,75 Prozent; Dreimonatsgeld 5,7–5,85 Prozent.

Privatdiskontsätze am 19. 9.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 19. 9.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. September 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/7 (Typ A) 5,50 (5,50) – 7,00 (6,47) – 7,75 (6,87) – 8,00 (7,12) – 8,25 (7,31) – 8,50 (7,48). Ausgabe 1984/8 (Typ B) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,50) – 7,25 (6,81) – 8,00 (7,18) – 8,25 (7,40) – 8,50 (7,58) – 8,50 (7,71) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,55, 2 Jahre 6,50. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,50, Kurs 100,80, Rendite 7,30.

BEAUJOLAIS-WEINE / Informationsbüro gegründet

Mehr Qualität für den Export

HENNER LAVALL, Bonn

Auf den deutschen Weinmarkt, überlastet schon mit den Mengen aus der Inlandserzeugung, drängt ein neuer Wettbewerber. Die Weinerzeuger im Beaujolais, einer Region im Burgund zwischen Macon und Lyon, wollen dem deutschen Weinliebhaber künftig ihre besten Qualitäten, die Crus, näherbringen. Im Moment denkt der Käufer bei Beaujolais vor allem an den jungen Primeur, von dem denn auch in der Bundesrepublik als zweitwichtigstem Absatzmarkt (nach der Schweiz) rund 53 000 Hektoliter abgesetzt werden.

Aber im 26 000 Hektar großen Anbaugebiet des Beaujolais reifen bessere Qualitäten in den Kellern heran, die in der Bundesrepublik noch nicht bekannt sind. Vertreter der 10 000 überwiegend kleinen weinbautreibenden Betriebe der Region (mit bis zu sieben Hektar Fläche) präsentierten jetzt in Zusammenarbeit mit der Sopexa und dem neugegründeten Frankfurter Informationsbüro für Beaujolais erstmals die Spitzenlagen des Gebietes. Dazu zählen z. B. der Moulin-à-vent, der zehn Jahre Reife zur vollen Entfaltung seiner Klasse benötigt, der rubinrote Saint-Amour, der fruchtige Brouilly, und der Côte-de-Brouilly, der schwer und feurig ausfällt. Als „Königin" der insgesamt neun Crus im Beaujolais wird der Fleurie angesehen, ein eleganter, rassiger Wein.

Der Präsident des Verbandes der Weinerzeuger, Marc Pasquier-Desvignes, ist sicher, daß die Spitzengewächse mehr Beachtung beim Verbraucher erringen: „Es sind große Weine, die das Recht auf die Appellation Burgund haben." Der Beaujolais sei im übrigen ein Wein, der aus einer einzigen Rebsorte erzeugt werde, die schwarze Gamay-Traube. Von diesen Spitzenweinen werden im Jahr 271 000 Hektoliter produziert. Die nicht zu den exclusiven Crus gehörenden, aber dennoch feinen Beaujolais-Villages bringen es noch einmal auf 350 000 Hektoliter. Etwa 450 000 Hektoliter entfallen auf die übrigen Weine, überwiegend Primeur.

Innerhalb der französischen Weinwirtschaft ist Beaujolais ein Exportfaktor wachsender Bedeutung. Er stellt 15 Prozent der Gesamtausfuhr aller französischer AOC-Weine (Weine mit kontrollierter Ursprungsbezeichnung). Die Hälfte der Beaujolais-Erzeugung wird im Ausland verkauft, das waren 1983 etwa 535 000 Hektoliter. Von den Gesamtexporten entfallen allerdings nur zwei Drittel auf den Export in Flaschen.

ZÜRICH-VERSICHERUNGEN / Stornoquote bei der Vita außergewöhnlich hoch, flottes Wachstum beendet

Erstmals leichtes Minus im Neugeschäft

HARALD POSNY, Düsseldorf

Nach Jahren zum Teil flotten Wachstums im Neugeschäft hat die deutsche Niederlassung der zur Schweizer Zürich-Gruppe gehörenden Vita Lebensversicherung AG ein leichtes Minus im Neugeschäft hinnehmen müssen. Das hat sich auf den ersten Blick zwar entgegen dem Branchentrend entwickelt, doch muß dabei berücksichtigt werden, daß die Vita – ebenfalls entgegen der Branche – zu fast 60 Prozent Risiko-Lebensversicherungen oder Kredit- (früher *Restschuld-) Versicherungen* in der Bestandssumme hält, also jene Versicherungen für meist finanzielle Verpflichtungen (Kredite, Hypotheken) zu einer weit geringeren Prämie als die kapitalbildende Vorsorge und Hinterbliebenen-Sicherung.

Die Konsumentenkredite verzeichneten jedoch 1983 eine noch zögernde Nachfrage. Die Kreditlebensversicherung war als preisgünstige Versicherungsform folglich weniger gefragt, zudem hat sie im Durchschnitt geringere Versicherungssummen und somit ein geringeres Prämienaufkommen. Die Einbußen hier konnten trotz des erheblichen Neuzugangs in der Einzel-Kapital-Versicherung (rund ein Drittel der Bestandssumme) nicht ganz ausgeglichen werden.

Die Besonderheiten des Geschäfts verwehren auch den Vergleich mit Kennzahlen von Gesellschaften, die ganz überwiegend die Kapitalversicherung vertreiben. Das gilt auch für die von der Zürich beklagte Sorge von vorzeitigen Abgängen und Rückkäufen von Verträgen, besonders in den ersten Jahren.

Die Stornoquote liegt bei der Vita außergewöhnlich hoch. Das erneut leicht verbesserte Gesamtkostenergebnis trug neben dem günstigeren Risikoverlauf und den hohen Kapitalerträgen zu einem auf 138 (121) Mill. DM gestiegenen Rohüberschuß bei, der zu einem außergewöhnlich hohen Prozentsatz (98,8 nach 98,7) in die Rückstellung für Beitragsrückerstattung geht.

Im 1. Halbjahr 1984 lag das Neugeschäft um 2,5 Prozent höher als im Vorjahr, die Beitragsentwicklung lag im Branchentrend. Insbesondere werden die Chancen für die Kreditlebensversicherung für das Gesamtjahr wieder günstiger eingeschätzt.

Die im Beitragsaufkommen schon nahe an die Vita herangekommene Zürich-Versicherungsgesellschaft-Direktion für Deutschland hat 1983 brutto 3,9 (1,9) Prozent auf 434 Mill. DM zugelegt. Davon entfielen 381 Mill. DM auf das selbst abgeschlossene Geschäft. Der Selbstbehalt liegt mit fast 91 Prozent hoch. Das Schwergewicht der Aktivitäten liegt ausgesprochen im Kfz-Geschäft mit 47 Prozent der verdienten Beiträge für eigene Rechnung, erst mit 16 Prozent folgt die nächstgrößte Sparte, die Allgemeine Unfallversicherung.

Für das Gesamtgeschäft hat sich dank geringerer Aufwendungen die Schadenquote für eigene Rechnung auf 73,3 (76,1) Prozent der Beiträge zurückgebildet. Wegen des höheren Beitragszuwachses verringerte sich der Kostensatz auf 26,3 (26,7) Prozent. Das versicherungstechnische Ergebnis weist einen Verlust von fast 21 Mill. DM aus, darin sind jedoch über 6 Mill. DM Schwankungsrückstellungen und fast 10 Mill. DM Drohverlust-Rückstellungen enthalten. An Garantiemitteln schlagen 636 (579) Mill. DM zu Buch, die technischen Rückstellungen liegen bei 565 (513) Mill. DM.

Zur deutschen Zürich-Gruppe gehören außer den Agrippina-Versicherungen in Köln (Leben, Sach, Rechtsschutz und Rück) noch die im Direktvertrieb (ohne Außendienst) überwiegend in der Auto-Versicherung tätige Deutsche Allgemeine (Prämienvolumen 85 Mill. DM) und die Zürich-Kautions- und Kreditversicherung mit einem Prämienaufkommen von 18 Mill. DM.

Bei der Schweizer Zürich-Versicherung hat 1983 Qualität des Neugeschäfts eindeutig Vorrang vor Wachstum gehabt. Das Stammhaus steigerte die Beitragseinnahmen um 4,5 Prozent auf brutto 3,87 Mrd. sfr, in der Gruppe um 6,5 Prozent auf 8,31 Mrd. sfr. Bei stark gestiegenem Schadenaufwand erhöhte sich der technische Verlust auf 336 (279) Mill. sfr. Hohe Kapitalerträge steigerten aber den Reingewinn auf 101 (90) Mill. sfr.

Vita Leben	1983	±%
Versicherungsbestand (Mill. DM)	15 631	+ 4,1
Eingel. Neugeschäft	3053	− 3,8
Beitragseinnahmen	406	+ 1,7
Aufw. f. Vers. Fälle	158	+ 32,3
Kapitalanlagen [1]	2229	+ 10,2
Kapitalerträge [2]	169	+ 12,0
Aufwand f. Beitrag-Rückerstattung	137	+ 14,3
Rückst. f. Beitr. Rückerst.	396	+ 17,9
	1983	1982
Stornoquote [3]	9,2	9,1
Verw.-Kostenquote [4]	7,2	8,0
Abschl. Kostenquote [5]	18,1	17,4
Überschußquote [6]	34,0	30,3

[1] ohne Depotford.; [2] Durchschnittsrendite: 7,9 (7,8) Prozent; [3] Rück., Umwandl. in beitr.freie Versich. u. sonst. Vorz. Abgang in % d. Anfangsbestands; [4] sonst. Aufw. d. Vers. Betr. in % d. Beiträge; [5] in Promille d. eingel. Neugesch.; [6] Bruttoüberschuß in % d. Beiträge.

RAWE

Wieder neue Zuversicht

dos, Nordhorn

Das in Schwierigkeiten geratene Nordhorner Textilunternehmen B. Rawe GmbH & Co KG geht davon aus, genügend Zeit gewonnen zu haben, um die erforderlichen Strukturanpassungen vornehmen zu können. Nach Angaben der Geschäftsleitung konnte der Finanzbereich durch die Gewährung einer 5-Mill.-DM-Bürgschaft des Landes Niedersachsen und die Veräußerung firmeneigener Grundstücke kurzfristig konsolidiert werden. Die Landesbürgschaft – beantragt waren acht Mill. DM – ist zu 80 Prozent abgesichert.

Wie es heißt, liegen die Umsätze der Spinnerei und der Weberei deutlich über dem Niveau des Vorjahres. Auch in der Veredelung, die maßgeblich die Probleme bei Rawe verursacht hat, zeichne sich bei den Auftragseingängen eine erfreuliche Tendenz ab. Der Verlust dieses Bereichs soll bis Ende 1984 noch deutlich abgebaut werden. Rawe erzielte 1983 einen Umsatz von rund 150 Mill. DM; derzeit werden 1400 Mitarbeiter beschäftigt. Neuer Generalbevollmächtigter bei Rawe ist Hansjürgen Sievers, der von den Gläubigerbanken entsandt wurde.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje

Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners (z. Z. im Urlaub)

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,- einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Öffentliche Anleihen stabiler

Bei den festverzinslichen Papieren hat sich die Nachfrage auf ermäßigtem Niveau wieder belebt. Die Kurse der öffentlichen Anleihen schwankten zwar noch um 0,20 Prozentpunkte nach beiden Seiten, von einem kursdrückenden Angebot konnte jedoch keine Rede mehr sein. DM-Auslandsanleihen blieben weitgehend unverändert. Rückläufig waren noch die Pfandbriefe, obwohl das Angebot keineswegs überwältigend groß war. Da dieser Markt jedoch von Ausländern ausgespart wird, ist er von einer gewissen Unbeweglichkeit gekennzeichnet, die den Handel einengt.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschreib.

	19. 9.	18. 9.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	84,5	84,5G
6½ dgl. Pf 5	89G	89G
7 dgl. Pf 2	100G	100G
F 7½ Bakola Pf 104	100,75G	100,75G
8 dgl. Pf 106	104,85G	104,85G
10 dgl. Pf 108	109,4G	109,4G
7 dgl. KS 132	97,8G	97,8G
8 dgl. KS 155	100,8G	100,8G
9 dgl. KS 169	102,55G	102,55G

Bundesbahn

		19. 9.	18. 9.
F 6 Bdbahn 78 III	11/84	100	99,95
6½ dgl. 79	2/85	100,1	100,1
8½ dgl. 73	2/85	100,8	100,8

[Pfandbriefe, Auszug]

	19. 9.	18. 9.
M 5½ Bayer.Hypo Pf 14	94,75G	94,75G
6 dgl. Pf 20	82G	82G
6½ dgl. Pf. 2	88G	88G
7 dgl. Pf 3	97,5G	97,5bG
6½ dgl. KS 14	89G	89G
7½ dgl. KS 27	89,25bG	89,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	123G	123G
5½ dgl. Pf 11	129,25G	129,25G
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	117	117
6 dgl. 14	92,6bG	92,6bG
6 dgl. 47	81G	80,5G
F 5 Helaba Pf 8	110,5	110,5
6 dgl. Pf 80	98,95G	98,95G
8 dgl. Pf 73	102,05G	102,05G
4 dgl. KO 5	103G	103G
M 5 Vbank Nbg. Pf 55	117,5G	117,5G
6 dgl. Pf 85	78G	78G
7 dgl. Pf 100	100,6G	100,6G
D 8 WestLB Pf 350	101,05G	101,05G
8½ dgl. Pf 403	98,2G	98,25G
9½ dgl. Pf 1007	107,55G	107,55G
8 dgl. Pf 1015	101,05G	101,05G
7 dgl. KO 556	100,25bG	100,25G

Sonderinstitute

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Industrieanleihen

Ausländische Aktien in DM

Warenpreise – Termine

Fester schlossen am Dienstag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Während Kaffee sich fester präsentierte, mußte Kakao Abschläge hinnehmen.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	18. 9.	17. 9.
Sept.	338,50	334,50
Dez.	347,25	344,00
März	353,25	351,00

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	18. 9.	17. 9.
St. Lawrence 1 CW	238,65	236,80
Amber Durum	258,00	254,75

Genußmittel

Kakao New York ($/t)	18. 9.	17. 9.
Terminkontr. Sept.	2231	2271
Dez.	2175	2207
März	2180	2200
Umsatz	2050	3006

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Okt.	3,90	3,79
Jan.	4,56	4,50
März	5,16	5,05

Öle, Fette, Tierprodukte

Wolle, Fasern, Kautschuk

Zinn-Preis Penang

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

New Yorker Metallbörse

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Westdeutsche Metallnotierungen

NE-Metalle

Internationale Edelmetalle

Messingnotierungen

Londoner Metallbörse

Donald Lam gibt es doch!

A. W. – Höchstes Ansehen genießen in literarischen Kreisen, auch linksgewirkten, gewisse fiktive Privatdetektive, die manchmal haarscharf, wenn auch immer höchst effizient am Rande der Legalität operieren, um alle möglichen *Edelhalunken*, z. B. Versicherungsbetrüger, aufs Kreuz zu legen und der gerechten Strafe zuzuführen. *Urmodell ist dafür Donald Lam*, der einfallsreiche Geschäftspartner der dicken Berta (Cool), eine Erfindung von A. A. Fair *alias* Erle Stanley Gardner. Donald operiert ingeniös auf eigene Rechnung, doch er muß natürlich auch mit der Polizei zusammenarbeiten, d. h. er läßt die Polizei an seiner Tüchtigkeit teilhaben. Die Leser, sie lesen es gerne.

Aber wenn so ein Pfundskerl einmal in der wirklichen Kriminalwelt *auftaucht*, ist plötzlich alles anders. Statt Bewunderung schlagen ihm Haß und Mißgunst entgegen, und *vor allem die linke Presse* ist ganz aus dem Häuschen und möchte den Tausendsassa am liebsten hinter Gittern sehen.

So verhält es sich auch mit dem Versicherungsdetektiv Mauss, über den zur Zeit das Fernsehen und der „Spiegel" schwitzende Entrüstungsstories verbreiten, ohne ihm wirklich etwas Kriminelles ans Bein binden zu können. Was die „Medien" so aufregt, ist offenbar die Tatsache, daß Mauss die von ihm entlarvten Versicherungsbetrüger am Ende auch der Polizei überantwortet (wie denn auch nicht?) und daß er zum Dank dafür vom Bundeskriminalamt gegen neugierige „Repräsentanten der Öffentlichkeit" abgeschirmt wird.

Sollte man sich nicht eher darüber freuen, daß es endlich einmal einem guten Mann (und nicht immer nur miesen Terroristen) gelingt, versteckt zu bleiben und so moralisch verbrämte Neugier abzublocken? Donald Lam existiert wirklich! Für Literaturfreunde zumindest ist das eine frohe Botschaft, beweist sie doch, daß die vielbeklagte Kluft zwischen Literatur und Wirklichkeit gar nicht so groß ist.

Scheerbart in Berlin

Die Zukunft der Oper liegt im Nil

Nicht alles, was man zum Zweipack der kleinen Oper zusammenschnürt, ist künstlerisch gleich hieb- und stichfest wie „Bajazzo" und „Cavalleria". Aber auf einen Dauerbrennererfolg des Opernverbunds waren die Berliner Festwochen auch gar nicht aus, als sie gemeinsam mit den Staatlichen Schauspielbühnen in der Berliner Schiller-Theater-Werkstatt lustig nachzuweisen versuchten: „Die Zukunft der Oper liegt im Nil". Davon hatte sich bis dahin nicht einmal Ägyptenland etwas träumen lassen. Aber auf die großzügigste Art angekichert, ist „Kleopatra und das Krokodil" in Berlin schon.

Auf Paul Scheerbarts literarische Vorlage in ihrer üppigen Verdrehtheit hat Gerhard Lampersberg zarte Noten gesetzt. Das Kammerensemble der Berliner Kammeroper unter Llewelyn Jones führt sie in ihrer raffinierten Unschuld gelassen auf: ein Gespinst für Klarinette und Saxophon, Gitarre, Schlagzeug, Akkordeon, in das sich auch noch Geigen mischen.

Die musikalischen Winde freilich hätten schon stärker blasen müssen, um gegen Johannes Grützkes Ausstattung anzustürmen. Auf die Nudelbühne der Werkstatt türmt er Pyramiden und Sphinx, und läßt sie auf gemalter Wandeldekoration unter dem Mondlicht zum Ruderschlag der Barke vorübertreiben. Scheerbarts sogenanntes Schauspiel in einem Akt ist nichts als ein mit Nilwasser getaufter Sketch. *Kleopatras Schneiderin geht* bei einer Bootsfahrt auf dem Nil über Bord, befreit sich aber mit Hilfe der *goldenen königlichen* Schneiderschere aus dem Bauch eines Krokodils. Das tote Untier wird nachträglich noch *strafweise* ausgepeitscht.

Aufgedonnert zu einer Zwillingsschwester Elizabeth Taylors, singt Gabriele Schreckenbach *warmstimmig* die Königinnenpartie. Das avantgardistische Linienzickzack der Schneiderrolle stößt Linda Zambrano mit spitzem Sopran hervor. Glatzköpfige Fellachen steuern zur Nilfahrt chorisch ihr Ah und Oh bei. Die Produktion ist witzig, überkandidelt, macht staunen und schmunzeln. Das Publikum jubelte sehr.

Nicht allerdings über den Auftakt: des Karl Valentin in Musik getunktes „Christbaumbrettl", eine groteske Szene, die Valentin für sich und die *Karlstadt schrieb*. Freilich – wer bei Valentin mitessen will, muß einen langen Löffel haben. Gerade den aber hatte *Manfred Niehaus nicht*, soviel er auch komponierte, dirigierte und inszenierte.

Merke: Nicht jeder Hosentascheninhalt muß gleich an die Öffentlichkeit, nicht einmal bei Festivals.

KLAUS GEITEL

Blick auf den Erzähler Hans Lipinsky-Gottersdorf

Das Slawische in unserer Literatur

Eines Tages wird die Geschichte der deutschen Literatur im 20. Jahrhundert *umgeschrieben* werden müssen. Es steht im ersten Glied zu viel Mittelmaß, das überschätzt worden ist. *Einer der Gründe* dafür steckt in den politischen Umwälzungen in rascher Folge von 1918, 1933 und 1945, deren Wunden in der deutschen Seele bis heute noch klaffen. Sie haben ein übermäßiges Bedürfnis nach *aktuellen Fragen und Sinndeutungen* hervorgerufen und das ästhetische Interesse verdrängt. Eine Evidenz des *Zeitgeistes* schien Erweis genug für Meisterschaft.

Die literaturgeschichtliche Neuordnung bedarf nicht einmal der Dienste zuständiger Zünfte. Wenn die Fachleute sie nicht herbeiführen, wird *das Publikum alles in Ordnung* bringen: sobald es aufhört (was die Periode nach 1945 betrifft), Frisch *und Böll, Grass und Lenz, aber auch* Uwe Johnson zu lesen, weil sie, wie die Saisongrößen des vorigen Jahrhunderts, Gutzkow, Laube, Spielhagen, außer überholten Problemen nichts bieten. Dann wird den Werken von Friedrich Franz v. Unruh, Albert Vigoleis Thelen, August Scholtis, Wolf v. Niebelschütz, Gerd Gaiser, Joseph Breitbach und anderen die Gerechtigkeit widerfahren, die ihnen nur teilweise oder überhaupt nicht zuteil geworden ist.

Zu diesen „anderen", die noch in voller Schaffenskraft leben, gehört Hans Lipinsky-Gottersdorf, der nach Herkunft und Abkunft eine idealtypische Literatenlaufbahn hätte einschlagen können. Er kam aus den Landstrichen der Wasserpolacken, stammte selbst aus einem alten polnischen Geschlecht. Es verschlug ihn nach Kriegsende auch für einige Zeit nach links. Allein, er war ein preußischer Slawe und hielt es bald einem Schriftsteller für angemessener, Schicksale zu achten, statt Schicksal zu spielen.

Lipinsky war als Erzähler gleich bei seiner ersten Erzählung voll da: bei der Kurzgeschichte „Sonne, die untergeht", 1950, in der zu Anfang die Sonnenscheibe mit ihrem unteren Rand das Ende der weiten Schneeflächen berührt, das „goldene Tor des Westens" sich schließt und dazwischen, im Blickpunkt eines kleinen Jungen, ein *Flüchtlingstreck* beschossen wird, die Pferde blutend in den Schnee sinken, die Frauen weggeschleppt werden *und der Junge* sich in die *fliehende* Wärme seines sterbenden Pferdes verkriecht.

Die Einheit von Mensch, Tier und Natur innerhalb einer Begebenheit, die meistens schlimm endet, ist die *mit einer kräftigen und gefühlvollen* Prosa beschriebene Welt dieses Schriftstellers, der ihre Schrecken *bannt*, um „einig zu werden mit ihr". Er hat sie in einer dichten Folge von Erzählungen, Romanen und dem ersten Band der „Prosna-Preußen"-Epopöe von Mal zu Mal gründlicher und einfallsreicher aufgebaut.

Die verbreitete Klage, die unendliche Kette der Tragödien des Krieges, des Reichszusammenbruchs und der Vertreibung habe keinen adäquaten Niederschlag in der Literatur gefunden, trifft weder für Gaiser noch für Lipinsky-Gottersdorf zu. Machte man den ersten fertig, nahm man es bei dem letzten nicht wahr. Anläßlich der „Fremden Gräser" räsonierte z. B. die „FAZ" etwas ratlos: „Literarisch steht er mit seinen Schilderungen über dem Sprachniveau der Unterhaltungsliteratur." Das Gros der kritischen Profis, nur an Experimenten und volkspädagogisch erwünschten Aussagen interessiert, schaute überhaupt weg.

An der Spitze des jüngst erschienenen Bandes mit Erzählungen, „Der Sprosser schlug am Pratwa-Bach" (Bergstadtverlag Wilhelm Gottlieb Korn, Würzburg, 201 S., 20 Mark), steht ein Rechenschaftsbericht, in dem Lipinsky seine gegensätzliche Schreibweise genau darlegt: Der Schriftsteller benötigt „die Lust am *Provinziellen* und *die Courage, den* Zeitgeist ... Zeitgeist sein zu lassen ... Begibt er sich tief genug in seine begrenzte Welt hinein, so entdeckt er irgendwann in ihrem Besonderen alle großen Linien des Allgemeinen, der Historie, und eben auch der Zeit und ihres Geistes." Das war indessen immer das Normale.

Unter den Stücken des neuen Bandes befindet sich eine Reisebeschreibung mit einer Anordnung von Einzelheiten, die sich zu einer bezeichnenden Perspektive zuspitzen: „Nachts in Bremen", 1963 zur Jahrtausendfeier der Stadt gesendet, liest sich wie ein Abgesang. Der Autor wußte damals noch nicht, daß diese *alte Hansestadt* in wenigen Jahren eine Brutstätte der „Kulturrevolution" sein würde; und doch kündigt *sich diese bei ihm schon an: in der* leitmotivischen Attraktion des „Schnoors", wo Künstler statt ihrer *Werke sich selbst ausstellen.*

Die Partisanenerzählungen „Die Geschichte von Salvadore", „Der Strick" und „In der Kälte" sollte man nebeneinander betrachten, um sich durch die Vielfalt der Konflikte, die sich für den einzelnen Menschen, auf welcher Seite auch immer, aus der ungesetzlichen Kampfesweise ergeben, von einseitigen Affekten zu reinigen. Vergleicht man sie mit „Morgen regnet es in den Bergen", wo der aussichtslose Kampf eines Mannes gegen das Abbröckeln einer Flußinsel beschrieben wird, so sieht man, daß die Dimension des Politischen nur *einer* von mehreren Bereichen ist, auf denen sich das Schicksal der Menschen vollzieht. Und man erkennt, daß das Politische erst dann adäquat künstlerisch gestaltet ist, wenn man es so wie Lipinsky, nämlich elementar, zu sehen vermag.

Im „Vorwerk Kiefernheide", dem Meisterwerk des Bandes, läuft das epische Zeremoniell des Tragischen unter der unheimlichen Spannung einer explosiv geladenen Begebenheit und mit der *Präzision* eines Uhrwerks ab. Es ist, wie im „Fremden" von Camus, siedende Sonnenglut, die zu einem *Totschlag* führt, der mit einer Hinrichtung geahndet wird. Bei Camus ist das nur ein Paradigma von Absurdität. Bei *Lipinsky* vertiefen das Verhängnis ein unheilschwangerer Ort, von dem die Bauern meinen, *es müsse da „irgendwann die Ord*nung der Schöpfung auf das gemeinste beleidigt und geschändet worden *sein", und die letzten Zuckungen* eines alten Geschlechtes, das atridenhaft in diese Ordnungsstörung verstrickt war.

Hans Lipinsky hat für die fünfzig Seiten des „Vorwerks" ein lebensstrotzendes Personal aufgeboten, um das ihn die Verfasser dickleibiger Romane und Romanreihen beneiden könnten. Im Unterschied zu ihnen, besonders zu seinem Landsmann Horst Bienek, bei dem alle dieselbe, von niemandem gesprochene Sprache reden, kennt Lipinsky die Menschen, über die er schreibt, genau, und zwar quer durch alle Gesellschaftsschichten. Er hat deswegen auch keine Piken abzureagieren und kann sich voll dem schöpferischen Luxus der Objektivität überlassen.

Hans Lipinsky-Gottersdorf ist nach dem Tode von Joseph Breitbach nahezu der einzige, der das noch kann. In einer anderen Beziehung ist er für die ganze deutsche Literatur einzigartig: In seinen Werken ragt das slawische Element, das seinen höchsten literarischen Ausdruck in Dostojewskij und Leskow gefunden hat, am weitesten und am tiefsten in die Literatur der Deutschen hinein. Es hebt ihn ab von der *Lyrik* Hermann Sudermanns, Hermann Stehrs oder des Grafen Eduard Keyserling, an die man sich beim *Lesen Lipinskys* zuerst erinnert.

HANS-DIETRICH SANDER



Zeuge und Täter unter sich: Der dreizehnjährige Ali (Hakim Ghanem) und Gérard Depardieu als der „Große Bruder" in dem gleichnamigen Film von Francis Girod FOTO: MONDIAL FILM

Francis Girods Gangsterfilm „Der große Bruder" mit Gérard Depardieu

Die Rache lauert nachts in Marseille

Das Drama beginnt im Dschungel. Ein Flugzeug kracht in die wuchernde Flora, zwei Fremdenlegionäre kriechen aus den Trümmern. Um Schmerzensgeld brauchen sich die Bruchpiloten nicht zu sorgen, denn an Bord ist der Monatssold der ganzen Truppe. Sie beschließen, sich aus dem Staub zu machen. Und da Gier noch stets über Kameradschaft siegt, streckt Charles-Henry (Jean Rochefort) den ohnehin schwerverletzten Gérard (Gérard Depardieu) mit einem gezielten Schuß nieder, um allein in den Genuß der Gelder zu kommen.

Fünf Jahre später. Der skrupellose Schütze ist inzwischen dank dunkler Machenschaften zum mächtigen Mann in Marseille avanciert und lächelt vielversprechend auf Wahlplakaten. Bis eines Nachts der totgeglaubte Gérard auftaucht und ihm ein Messer in den Bauch rammt.

Diese wüste Rachegeschichte wikkelt Regisseur Francis Girod in einer knappen halben Stunde ab, um seinen Helden sogleich ins nächste Abenteuer zu hetzen. Denn der kleine Algerier Ali, dreizehn Jahre alt und schon mit allen Wassern der Unterwelt gewaschen, hat die Tat gesehen. Und da auch er das Opfer haßte und kurz zuvor seinen Bruder verloren hat, versteckt er Gérard in einem schäbigen Haus am Stadtrand. Dort geht seine Schwester Zina dem horizontalen Gewerbe nach, dort hortet Ali die Beute seiner schäbigen Raubzüge. Und wie das Drehbuch so spielt, verliebt sich Zina in Alis „großen Bruder".

Mit „Trio Infernal" (1974) und „Die Bankiersfrau" (1980) hat Francis Girod zwei ebenso erfolgreiche wie klar konzipierte Filme gedreht. Diesmal aber schwankt er unentschlossen zwischen einem Plädoyer gegen Ausländerhaß, einem Liebesdrama antiken Zuschnitts und einer konventionellen Abenteuerstory. Zudem klopft das Schicksal in eitel zelebrierten Rückblenden so kräftig an die Tür, daß das Handlungsgerüst bedenklich wackelt.

Diese Überdosis an Tragik verdankt der Film der Vorliebe Girods für Victor Hugos Roman „Die Elenden". So stand der Kettensträfling Valjean für den geschundenen Titelhelden Gérard Pate, während sein Gegenspieler Inspektor Valin dem eisigen Ordnungshüter Javert nachempfunden ist. Mit der Zentnerlast dieses Zitats auf dem Rücken bewegen sich beide Figuren freilich nicht gerade elegant.

Gérard Depardieu kann in der Titelrolle nie seine viel gerühmte Mischung aus Grobheit und Verwundbarkeit ausspielen, vielmehr stapft er mit klobiger Unentschlossenheit durch die Untiefen der Geschichte. Fast sieht es so aus, als würde er darüber staunen, daß ein Film, der von armen Einwanderern, von Victor Hugo, Rauschgift, Liebe, Haß und Tod erzählt, reichlich blaß, ja, geradezu nichtssagend bleiben kann.

HARTMUT WILMES

ZEITSCHRIFTENKRITIK: Alain Lefebvres Pariser „Magazine Hebdo"

Wir leben in einer Epoche der „Cons"

Daß der Zeitschriftenrezensent schon wieder eine französische Zeitschrift bespricht, ist kein Zufall. Wer deutsche und französische Zeitschriften nebeneinander liest, staunt immer wieder darüber, um wie vieles nonkonformistischer und gescheiter die Publikationen von drüben im Schnitt sind. Diesmal fiel uns „Magazine Hebdo" (F-75008 Paris, 33 Rue Jean Goujon) auf, ein Wochenmagazin, das von jungen Rechten als Ersatz für das unpolitisch gewordene „Figaro Magazine" letztes Jahr gegründet worden ist.

Auch mit den 600 000 wöchentlichen Exemplaren von „Figaro Magazine" verglichen, sind die 170 000 von „Magazine Hebdo" beachtlich: So viel hat kein anderes Konkurrenzorgan des marktbeherrschenden Blattes erreicht. Vor allem ist wichtig, daß die Leserschaft von „Magazine Hebdo" mehrheitlich aus jungen Leuten besteht (was die Inserenten zu schätzen wissen). Verleger Alain Lefebvre hat bei seinen ausschließlich für Jugendliche gedruckten Organen gelernt, wie man so etwas wirkungsvoll macht.

Ältere, die noch auf Lesen trainiert sind, haben manchmal Schwierigkeiten mit den zu vielen Pop-Häppchen in dem buntfarbigen Magazin. Aber es gibt doch in jeder Nummer zwei oder gar mehr Artikel, die „in die Tiefe gehen" – ganz abgesehen von den Leitartikeln des Verlegers mit ihrer überraschend klugen Einschätzung der jeweiligen politischen Situation.

In der Nummer 51 sticht ins Auge ein Interview mit Jean Dutourd – dem trotz Mitgliedschaft in der Académie Française originellsten politischen Schriftsteller Frankreichs. Sein Stil ist messerscharf. Wenn er sagt, die linke Herrschaft habe in Frankreich 1974 begonnen, beim Tod Pompidous, so fragt die Redaktion erstaunt: „Ist Giscard denn ein linker Mann?" Antwort Dutourd: „Er ist ein linker Snob." (Zusatz von uns: Deshalb hat er sich mit Helmut Schmidt so gut verstanden.)

Dutourds Lieblingsthese ist bekannt: Frankreich werde in regelmäßigen Intervallen heimgesucht von einer Epoche der „Cons" (die deutsche Übersetzung dieses volkstümlichen Wortes beginnt mit „A"). Es ist also nicht der Mehrheit der „Magazine Hebdo"-Leser zum Munde geredet, wenn Dutourd sagt, Frankreich sei seit 1940 mit drei idiotischen Generationen geschlagen gewesen – die heute 18- bis 25jährigen jedoch seien „intelligenter, spritziger, unbefangener und weniger von Dogmen abhängig als ihre Vorgänger". Ob das auch für die Bundesrepublik gilt?

Statt diese Frage zu beantworten, möchten wir lieber aus Dutourds nur fragmentarisch reproduzierbarem Blitzebündel den hervorholen, der uns am besten auf die bundesrepublikanische Situation von heute zu passen scheint. Wir meinen die Kritik des prinzipiellen Avantgardismus, in die Dutourds Ausführungen hinauslaufen.

Dem ist vorauszuschicken, daß Dutourd in seinen Essays und vor allem in seinen Romanen mehr neue Wirklichkeiten aufgeschlossen hat als die meisten seiner Kollegen. Seiner Meinung nach ist der Fehler fast allen Avantgardismus von heute, daß sich hinter revolutionären Formexperimenten die banalen Inhalte von gestern verstecken. Sein sehr französischer Rat ist: „Es gilt, neue Inhalte mit den traditionellen und erprobten Ausdrucksmitteln wiederzugeben."

Ein Rat, der bei uns sowohl an die Linken wie an die Konservativen weitergegeben werden sollte.

ANTON MADLER

Kom(m)ödchen-Start in Düsseldorf mit „Eine schöne Geschichte": Großes Solo für Lore Lorentz

„Ganz ohne Preußen geht die Chose nicht . . ."

„Die Wut ist jung" wie eh und je: Lore Lorentz vom Kom(m)ödchen FOTO: FELICITAS TIMPE

An Erfahrung reich geworden sei sie auf dieser Bühne, wie auch reich an Jahren, kokettiert Lore Lorentz zu Beginn ihres jüngsten Kom(m)ödchen-Programms. Aber *eines* werde niemals altern: „Die Wut ist jung" wie eh und je, und denen da oben werde sie *niemals* ihr Schweigen schenken.

Ach Gott, da möchte sich das Überbrettl wieder *mal zur moralisch-politischen* Superinstanz aufschwingen. Kann das neue Programm, „Eine *schöne Geschichte*", *wenigstens* etwas von diesem Anspruch einlösen? An Ambition fehlt es nicht. Geschichten aus der Geschichte dienen der Lorentz als Anlaß, einen bildungsbürgerlichen Rundumschlag durch die Jahrtausende zu tätigen, der sehr viel, fast zu viel voraussetzt für ein Publikum, das nicht ausschließlich aus Geschichtswissenschaftlern besteht.

So kommen die erwarteten Reak*tionen aus dem Parkett nicht so recht* hoch, und das spürt die Protagonistin. Sie kann eine gewisse Unsicher*heit kaum verbergen*, verfängt sich immer wieder im Text wie seinerzeit Theseus im Labyrinth trotz Faden. Dieser liegt, zum dicken Knäuel gerollt, an der Rampe: Symbol fürs ewige Verheddern der Könige und Kanzler in den Tagesaktualitäten, sei's im alten Griechenland, sei's in der Welt von 1984. An diesem Ariadne-Faden möchte sich die Lorentz entlangtasten, vom Trojanischen Krieg bis zu Alexander dem Großen, vom Doktor Luther bis hin zum Preußenkönig Friedrich II.

Der Krieg, den Helena auslöste, gibt Anlaß, über die Rolle der Frau in der Gegenwart zu spotten, die – je nach Personalstand – an den heimischen Herd geschickt oder in die Armee geholt werde; die „Cowboymentalität" gewisser Politiker sei keine moderne Zeiterscheinung, sie existiere *vielmehr* schon, seit sich Alexander der Große, vom Vater Philipp mit einem Pferd beschenkt, aufmachte, *auf dessen Rücken „ein Reich zu suchen"*. Luthers Kampf gegen den Ablaßhandel anschließend wird unversehens *zu einem Spottlied auf den* „Klingelbeutel" von heute, der, parteilich und bei Lichte betrachtet, nichts weiter als ein „Klüngelbeutel" sei.

Aber nicht nur die traditionellen Feinde des Überbrettls kriegen eins auf den Hut, auch der SPD geht's an den Kragen. Sie wird wieder einmal gewogen und zu leicht befunden. Und woher kommt der Maßstab, den *Lore Lorentz „beim Trödler aufgestöbert"* hat und an dem sie die modernen Politiker mißt? Man höre und staune: *ausgerechnet aus Preußen*, auf dessen Maxime „Mehr sein als scheinen", auf dessen kategorischen Imperativ „Das tut man nicht!" Lore Lorentz ausdrücklich ein Loblied singt. „Zu klein" sind die Politiker aller Couleurs, die sich hierzulande tummeln, gemessen an dieser schwarz-weißen Meßlatte, „zu kurz und zu fett".

Fazit eines langen Abends: „Ganz *ohne Preußen geht die Chose nicht.*" Aber vom Prinzip Hoffnung mag man nicht lassen: Nachdem die Lorentz *auf die Zu- und Mißstände den Finger* gelegt hat, will sie, darin Luther folgend, dennoch ein Apfelbäumchen pflanzen – selbst wenn morgen die Welt unterginge.

Der Eindruck beim *Beobachter* bleibt gemischt. Pointierte Geistesblitze und witzige Chansons (das Lied *vom opportunistischen Waffenhändler* hatte Kästnersches Format) wechseln mit reichlich abgenudelten Statements. Was soll in einem aktuellen Kabarett z. B. heute noch der Fall Kießling?

Und unterschiedlich wie die Inhalte ist auch die Form. Der Alleingang der Lore Lorentz an sich ist, schon physisch gesehen, bewundernswert. Aber er bedingt eben auch manchen *Durchhänger*. Erst gegen Ende des von uns gesehenen Abends (der nicht der Premierenabend war) lief die Künstlerin zur *Höchstform* auf. Aber da hatten schon zahlreiche Besucher, erschlagen von den vielen anspielungsreichen Historien und Histörchen, abgeschaltet.

RAINER NOLDEN

JOURNAL

Die kostbarste aller Kaiserurkunden

DW. Bonn

Die schönste und kostbarste aller erhaltenen abendländischen Kai*serurkunden wird aus Anlaß des in* Bonn stattfindenden 10. Internationalen Archivkongresses in der nie*dersächsischen Landesvertretung* in Bonn, Dahlmannstraße 18 gezeigt. Es handelt sich um die Hei*ratsurkunde des Sachsenkaisers* Otto II. mit der byzantinischen Prinzessin Theophanu aus dem Jahre 972. Die Urkunde ist nicht nur ein sorgfältig stilisiertes Konzleidokument, sondern auch ein exquisites Zeugnis ottonischer Hofkunst und Pergamentmalerei. Die Urkunde, die aus konservatorischen Gründen sonst nirgendwo ausgestellt wird, ist nur noch heute (10 bis 16 Uhr) und morgen (10 bis 15 Uhr) zu sehen.

Kulturrat kritisiert Bundesregierung

AP, Bonn

Der Deutsche Kulturrat, eine Arbeitsgemeinschaft von rund 140 Kultur- und Medienorganisationen, hat mit dem Abbruch der seit längerem geführten Gespräche mit den Unionsparteien CDU/CSU gedroht. Dies werde dann der Fall sein, wenn das Bundeskabinett die „kategorische Ablehnung" der kultur- und steuerpolitischen Forderungen des Verbandes durch das Bundesfinanzministerium „widerspruchslos übernehmen" sollte. Das Finanzministerium habe bisher alle Vorschläge für ein kulturfreundliches Steuerrecht abgelehnt, durch die u. a. mehr privates *Engagement bei* der Kunstförderung erreicht werden sollte. Gegen die Ablehnung *hatte der Kulturrat bereits in einem* Schreiben an Bundeskanzler Helmut Kohl Anfang dieses Monats *protestiert.*

Deutsche Ausgrabungen in Jordanien

dpa, Tübingen

In einem Gemeinschaftsprojekt haben das Institut für Biblische Archäologie in Tübingen und die Yarmuk-Universität in Irbid (Jordanien) mit der Ausgrabung von zwei Siedlungen aus der Zeit von 4000 v. Chr. begonnen. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft hat für die erste Grabungskampagne bis Ende Oktober 168 000 Mark bewilligt. Die Grabungen unter Leitung des Tübinger Archäologen Prof. Siegfried Mittmann werden mehrere Jahre dauern und erstrecken sich auf die zwei Siedlungen Tell le Mugaiyir und Hirbet ez Zeragon, die in der *Nähe von Amman liegen.*

Firmenkataloge und Musterbücher

DW. Dortmund

Unter dem Motto „Mein Feld ist die Welt" warben Musterbücher und Industriekataloge bereits seit dem 18. Jahrhundert für die Produkte von Handwerk und Industrie. Unter demselben Titel zeigt jetzt das Westfälische Wirtschaftsarchiv im Dortmunder Museum für Kunst und Kulturgeschichte eine Auswahl dieser Musterbücher aus der Zeit von 1784 bis 1914. Die Ausstellung, die noch bis zum 28. Oktober in Dortmund zu sehen ist, wandert anschließend durch zwölf weitere Städte. Der Katalog, Cramers-Verlag in Dortmund, kostet 24,80 Mark.

Bewerbungen für die Villa Massimo

DW. Hannover

Arbeiten von jungen Künstlern, die sich für ein Stipendium in der Villa Massimo in Rom beworben haben, sind bis zum 14. Oktober im Kunstverein Hannover zu sehen. Für das Stipendium 1985 (freie Wohnung und ein Barstipendium) wurden zehn bildende Künstler, fünf Architekten, vier Schriftsteller und zwei Musiker aus insgesamt 125 Künstlern, die von den Kulturministern der Länder vorgeschlagen worden waren, ausgewählt.

Siebdrucke von Christopher Pratt

DW. Lahr

Von Christopher Pratt sind Siebdrucke aus den Jahren 1960 bis 1982 *bis zum 7. Oktober im Alten* Rathaus von Lahr im Schwarzwald zu sehen. Pratt gehört zu den wichtigen *zeitgenössischen* Künstlern Kanadas. Die Ausstellung geht anschließend noch nach Oldenburg *und München.*

„Kunst und Kirche" über das Bild der Frau

DW. Darmstadt

„*Das Bild der Frau im Wandel*" ist das Thema des neuesten Heftes der Zeitschrift „Kunst und Kirche", die sich *als* „Ökumenische Zeitschrift für Architektur und Kunst" versteht. Die Beiträge reichen von der „Dämonisierung des Weibes (1890–1914)" bis zu Abhandlungen über zeitgenössische Künstlerinnen. Das vorhergehende Heft (2/84) beschäftigte sich mit dem „Blickpunkt Ungarn". Das Einzelheft kostet 13,50 Mark, das Jahresabonnement (vier Ausgaben) 49,50.

Sechs Ärzte bekannten sich zur Sterbehilfe

Gegner sprechen von Bagatellisierung der Euthanasie

A. GRAF KAGENECK, Paris

Zur gleichen Zeit, in der zum ersten Mal eine junge Französin ihren Leib zum Austragen eines Kindes hergab, das eine unfruchtbare Landsmännin mit Hilfe ihres Mannes bei ihr „bestellt" hatte, bekannten sechs französische Ärzte öffentlich, „in einigen Fällen von hoffnungslosen Erkrankungen" und „in voller Übereinstimmung mit ihrem beruflichen Ethos" passive beziehungsweise aktive Sterbehilfe geleistet zu haben.

Beide Vorgänge zeigen, daß die Ansichten über Leben und Tod auch in der konservativen, weitgehend von der katholischen Ethik geprägten Gesellschaft Frankreichs in Bewegung geraten sind.

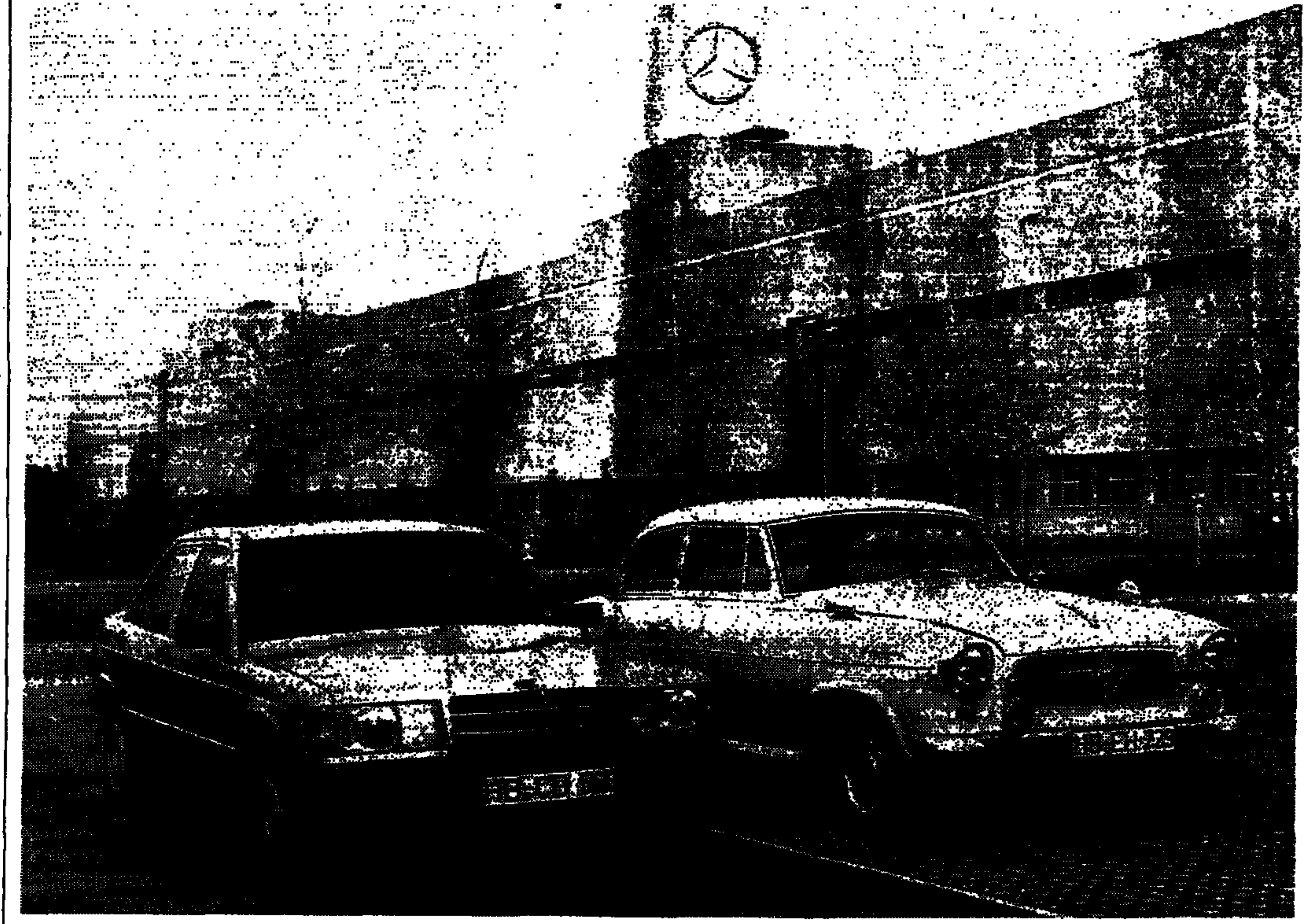
Die sechs Pariser Ärzte gehen über ihre öffentliche Beichte, die im Land ungeheuren Eindruck machte, hinaus und verlangen, daß hoffnungslos Erkrankten in Zukunft ermöglicht werden soll, „in Würde" zu sterben, falls es keine medizinische Rettung mehr gibt. Gleichzeitig weigern sich die Mediziner, künftig „noch weitere therapeutische Versuche in oft unwürdiger, geradezu menschenverachtender Form" an Sterbenden zu unternehmen. Sie behaupten, daß die Mehrheit ihrer Kollegen sich ihren Überzeugungen anschließen würde, wenn sie wüßten, daß damit kein berufliches Risiko verbunden ist.

Diese Behauptung wird erhärtet von einer Umfrage, die das Ärztefachblatt „Tonus" Anfang September unter 302 französischen Ärzten zum Thema Sterbehilfe vorgenommen hat. Demnach erklärten sich 81 Prozent der Befragten zur Sterbehilfe bereit, 29 Prozent von ihnen sogar für die „aktive", die der im Dritten Reich praktizierten „Euthanasie" sehr nahekommt. 69 Prozent verlangten, daß die Sterbehilfe Gegenstand der künftigen Ausbildung junger Mediziner werden sollte. Noch 1975 hatten sich nur 13 Prozent der befragten Mediziner für einen Gnadentod ausgesprochen.

Am Wochenende findet in Nizza der 5. Kongreß des Weltverbandes für die Sterbehilfe unter dem Thema „Das Leben wählen, den Tod wählen" statt. Der französische Arm des Verbandes, die ADMD in der Pariser Rue Lafayette, will auf dem Kongreß die Verabschiedung einer allgemeinverbindlichen Willenserklärung eines Todkranken, schmerzlos und würdig sterben zu wollen, durchsetzen. Entsprechende Formulare können bei dem Verband – einer 1950 gegründeten Organisation mit 11 000 Mitgliedern – schriftlich angefordert werden.

„Wer seine großen Lebensziele erreicht hat, will in Frankreich immer mehr auch den Moment seines Todes bestimmen", lautet eine der Begründungen des Verbandes zur Durchsetzung seiner Absicht. Die meisten Menschen fürchteten entweder unerträgliche Schmerzen oder eine langsame, qualvolle Degradierung der physischen und geistigen Fähigkeiten. Beidem wolle man „mit ärztlicher Hilfe" zuvorkommen.

Die Gegner dieser Entwicklung warnen. Man sei im Begriff, die Euthanasie zu „banalisieren". Niemand könne den Zeitpunkt bestimmen, an dem eine Krankheit „hoffnungslos" werde. Andererseits klagen immer mehr Krankenschwestern und Pfleger darüber, Todkranken gegenüber hilflos zu sein, da sie für solche Situationen nicht ausgebildet wurden.



Nach 23 Jahren weist der „gute Stern" die neue Richtung

Auf den Tag genau 23 Jahre liegen zwischen den Produktionstagen dieser beiden Autos. Kurz bevor das Borgward-Werk schloß, lief dieser weiße Borgward Isabella, Baujahr 61, als einer der letzten Fahrzeuge vom Band. An gleicher Stelle wurde dieser Tage der erste Mercedes 190 gefertigt. 1,1 Milliarden Mark hat Daimler Benz in das frühere Borgward-Werk Bremen-Sebaldsbrück investiert. Nach vierjähriger Bauzeit wurde das jüngste und modernste Automobilwerk Europas geschaffen. Parallel zur Produktion im Montagewerk Sindelfingen laufen hier in Bremen täglich 375 Personenwagen der Baureihe 190 vom Band. Für die strukturschwache Wirtschaft der Bremer Region bedeutet das neue Werk nicht nur die Schaffung neuer Arbeitsplätze, sondern auch eine zusätzliche Beschäftigung bei mehr als 1000 Zulieferbetrieben. HOR

Flugzeug stürzte auf Spielplatz

rtr, Quito

Bei einem Flugzeugunglück in Ecuador sind nach offiziellen Angaben am Dienstag mindestens 50 Menschen getötet und weitere 50 zum Teil schwer verletzt worden. Ein Frachtflugzeug vom Typ DC-8 stürzte kurz nach dem Start in eine Wohnsiedlung und explodierte. Unter den Toten befinden sich allein 20 Kinder im Alter von bis zu zehn Jahren, die sich zum Unglückszeitpunkt auf einem Spielplatz aufgehalten hätten. Präsident Leon Febres Cordero, der sich an der Absturzstelle unweit des Flughafens Mariscal Sucre über das Unglück informierte, ordnete eine dreitägige Staatstrauer an. Schulen wurden zu Notquartieren eingerichtet, um die etwa 500 obdachlos gewordenen Menschen aufzunehmen. Die DC-8 der privaten Fluggesellschaft Aeroservicios Ecuadorianos (AECA) war von Miami kommend in Quito zu einem Tankstopp gelandet, um dann nach Guayaquil weiter zu fliegen. Die Maschine kollidierte beim Start mit einer Navigationsantenne.

Schußwechsel in Celle

dpa, Celle

Zwei Polizisten sind in der Nacht zu gestern in Celle nach einem Schußwechsel mit zwei Einbrechern schwer verletzt in ein Krankenhaus eingeliefert worden. Für die beiden 30 und 33 Jahre alten Beamten besteht jedoch keine Lebensgefahr mehr. Die Großfahndung nach den Tätern verlief bisher erfolglos.

Jagd per Hubschrauber

lnw, Dortmund

In einem Brachgelände endete gestern in Dortmund die Flucht eines 23jährigen Bankräubers aus Bonn. Der Mann konnte von der Besatzung eines Hubschraubers in dem unwegsamen Gelände ausgemacht und bereits eine halbe Stunde nach dem Überfall auf eine Volksbankfiliale festgenommen werden. Er hatte die Beute von 5000 Mark noch bei sich.

Hasch-Lkw aufgeflogen

dpa, Brüssel

Die belgische Polizei hat einen Lastwagen mit 1350 Kilo Haschisch im Wert von rund vier Millionen Mark nördlich von Brüssel beschlagnahmt. Die Beamten hatten einen Hinweis aus Holland erhalten. Der Erfolg, der erst gestern bekannt wurde, gelang der Polizei bereits Montag.

Erdbeben in der Türkei

rtr, Ankara

Bei dem Erdbeben im Nordosten der Türkei sind Dienstag vier Menschen getötet und 38 verletzt worden. 60 Prozent der Gebäude der Stadt Olur – rund 400 – wurden beschädigt. Das Beben hatte eine Stärke von 6,4 Punkten auf der Richter-Skala.

Überladener Ranzen

der. Frankfurt

70 Prozent der Grundschüler schleppen zu schwere Schulranzen oder -taschen mit sich; sie sind im Schnitt um zwei Kilo zu schwer, wie Ärzte ermittelt haben. Dabei nehmen Bücher und Schreibutensilien mit 30 Prozent des Gewichts nur den geringeren Teil ein. Allein 40 Prozent entfallen auf eigentlich gar nicht benötigte Dinge wie Walkman, Spielzeug, Limo-Dosen, Briefmarkenalben oder anderes.

Mr. Häßlich gesucht

dpa, Indiana

Nach der jüngsten Miss-Wahl in den USA wird jetzt der häßlichste Student der Vereinigten Staaten gesucht. Samstag soll er in der kleinen Universitätsstadt Indiana (US-Bundesstaat Pennsylvania) gekürt werden. Als Preis erwartet ihn ein Koffer mit Schönheitscreme oder eine kleine Schönheitsoperation im Wert von 50 Dollar.

LEUTE HEUTE

Traumehe zu Ende?

Der gescheiterte Autofabrikant **John DeLorean**, der am 16. August von der Anklage des Rauschgiftvergehens sensationell freigesprochen worden war, hat sich von seiner Frau **Christina Ferrare**, getrennt. DeLo-



reans Anwalt **Howard Weitzman** begründete den Schritt mit dem Druck, dem das Ehepaar in den letzten Jahren ausgesetzt gewesen sei. Die Ehefrau hatte sich die Sympathie des Landes erworben, als sie die Familie „über Wasser hielt", während ihr Mann in U-Haft saß.

Wieder solo

Prinzessin **Stephanie von Monaco** ist wieder solo. **Anthony Delon**, der Sohn des Filmstars **Alain Delon**, brach seine Beziehung zu der 19jährigen Schönen ab, die sich gerade erst ihr Haar auf seine Länge hatte stutzen lassen. Für Anthony hatte die Prinzessin einem anderen Prominentensohn, **Paul Belmondo**, den Laufpaß gegeben.

„Jonas" tauchte auf

In 100 Tagen hat ein 29jähriger Brasilianer in einem Ruderboot den Atlantik überquert. **Amyr Khan Klink** war von Namibia gestartet und gestern nach 7000 Kilometern in Brasilien eingetroffen. Nur einmal sei er in Bedrängnis geraten, als ein Wal neben ihm herschwamm; er nannte ihn „Jonas".

Eine „potemkinsche" Bahn vor der Einweihung

Nach zehnjähriger Arbeit soll im Oktober der 3146 Kilometer lange Schienenweg durch Sibirien einsatzfähig werden

AFP, Moskau

Wenn im Oktober im unzugänglichen ostsibirischen Flecken Kuanda das letzte Teilstück der Baikal-Amur-Bahn eingeweiht wird, geht ein Werk seiner Vollendung entgegen, das bereits den Zaren beschäftigt hat. Nach zehnjähriger Bauzeit werden 3146 Kilometer Schienen ihrer Bestimmung übergeben. Die Arbeiten haben nach westlichen Schätzungen mindestens 15 Milliarden Dollar verschlungen.

Die Idee dazu stammt von dem französischen Ingenieur Loic de Lobelle. Er träumte schon 1904 von einer Verbindung Paris–New York. Sie sollte durch Sibirien verlaufen und Asien und Nordamerika durch einen 60 Kilometer langen Tunnel unter der Bering-Straße verbinden. Von dem Zarenregime schnell wieder aufgegeben, proklamierte erst Breschnew 1974 feierlich den Beginn des hochfahrenden Plans.

Die Arbeiten an der Strecke Ust Kut nördlich des Baikal-Sees nach Komsomolsk am Amur gingen unendlich langsam vonstatten. Die zwölf beteiligten Ministerien arbeiteten völlig unkoordiniert nebeneinander her.

Die Bahn hat sowohl strategische als auch wirtschaftliche Vorteile. Bis zu 700 Kilometer nördlich der Transsibirien-Bahn gelegen, ist sie weiter als diese von der chinesischen Grenze entfernt und daher im Falle eines Konflikts weniger verwundbar. Außerdem soll sie die fabelhaften Bodenschätze und Rohstoffe Ostsibiriens erschließen helfen. In einem Streifen von 200 Kilometer beiderseits der Trasse warten 12 Milliarden Kubikmeter Holz, 88 Milliarden Tonnen Kohle, 60 Milliarden Tonnen Eisenerz und riesige Kupfervorkommen auf die Verwertung. Entlang der Bahn soll ein gewaltiger Industriegürtel angelegt werden.

Aber Moskau verfolgt weitergehende handelspolitische Ziele: Es möchte 1990 die Transportkapazität der Bahn auf 25 Millionen Tonnen im Jahr steigern, um „Anrainerstaaten" wie Japan, den USA und Kanada eine Beteiligung am Container-Warenverkehr zwischen dem pazifischen und dem europäischen Raum anbieten zu können. So würde Lucs phantastische Idee unter veränderten Bedingungen doch noch Wirklichkeit werden.

Dieses Ziel liegt allerdings noch in weiter Ferne. Obwohl mit der Einweihung am 29. Oktober der Bau offiziell beendet ist, kommt er an vielen Stellen über das Stadium einer „potemkinschen" Bahn nicht hinaus. Viele der 3200 Bauwerke wie Tunnel oder Brücken existieren nur auf dem Papier.

Österreich – eine Brutstätte der Neurosen?

EVI KEIL, Bonn

Wo liegt in Europa die „Brutstätte der Neurosen"? In Österreich. Eine Analyse des Tiefenpsychologen Erwin Ringel ist mehr als Wiener Schmäh: Der Professor und Vorstand des Instituts für Klinische Psychologie in Wien hat mit seinem Buch „Die österreichische Seele" einen Schokker gelandet, an dem sich seine Landsleute zur Zeit die Zähne ausbeißen: Ringel geißelt die Alpenrepublik als Land mit besonders hoher Suizid-Rate, überdurchschnittlich vielen Verkehrsunfällen und Opfern. Es ist der Staat, in dem der „Selbstmord mit Messer und Gabel" und die Leberzirrhose als Folge des Alkoholismus an der Tagesordnung sind.

Die Auflage des literarischen Knüllers steigt wie der Dow-Jones-Index. 30 000 Exemplare der „Österreichischen Seele", 1984 im Böhlau Verlag erschienen, gingen nach Angaben von Verleger Peter Rauch „weg wie nichts". 10 000 Bücher werden zur Zeit neu gedruckt – unglaubliche Zahlen für Österreich. Die Reaktion der Leser sei durchweg positiv, so Rauch. „Viele sind betroffen, manche betreten, aber alle angeregt."

Doch manches verletzt auch, sitzt besonders tief: Zum Beispiel Ringels Kritik an Österreichs Kaiser Franz Joseph I., immer noch die Vaterfigur Nummer 1. „Mit Schrecken", registriert Ringel, daß immer mehr Menschen eine merkwürdige Sehnsucht nach eben diesem Franz Joseph entwickeln. Da muß sich der Tiefenpsychologe fragen: Ist das Sehnsucht nach der verlorenen Vaterfigur? Sind die heute Regierenden den Österreichern vielleicht sogar zu wenig neurotisch, daß sie den Franz Joseph wieder wollen?

Für Ringel besteht kein Zweifel, daß dieser Mann vor allen anderen der Totengräber Österreichs war. Sehnsucht, ausgerechnet nach einem Mann, fragt Ringel, dem alles mißlingen mußte, den eine lebenslange neurotische Selbstvernichtung kennzeichnete?

Den Ursprung der Neurosen sieht der Professor bei dem Ehemann der Kaiserin Sissi, dem Vater des Kronprinzen Rudolf, der sich in Mayerling erschossen hat, in dessen Kindheit. Der Kaiser habe sich Zeit seines Lebens nicht von seiner Mutterbindung befreit. „Sie ist seine wahre Geliebte gewesen." Ringel gegenüber der WELT: „Franz Joseph war ein Mensch mit Zwangsneurosen. Er war pedantisch, formalistisch, ein Pflichtmensch, der alle anderen Gefühle erschlagen hat. Er war sein eigener Sektionschef. Darum ist jetzt zu diskutieren, wie weit sich die Österreicher mit diesem Herrscher identifizieren."

Das sitzt. Kein Geringerer als Bruno Kreisky will sich heute zum Streitgespräch mit Ringel stellen. Ausgerechnet Kreisky, möchte man sagen. Dem früheren Bundeskanzler unterstellen die Wiener, daß er sich längst in der Nachfolge des legendären Kaisers als neue Vaterfigur sieht und sich infolgedessen am Nerv getroffen fühlt. Im Café Central in Wien wollen Politiker und Tiefenpsychologe, neugierig von der Öffentlichkeit beäugt, gegeneinander antreten.

Und was man da sonst noch über das Land der Komplexe und Neurosen liest, ist auch nicht gerade schmeichelhaft: Die Neurose habe ihre Wiege vor allem in der österreichischen Kindererziehung, heißt es. „Kinder werden eingeschränkt, eingeengt, dürfen keine Eigenexistenz führen, sind Werkzeuge, mit denen die Eltern eigene Ziele erreichen wollen." Die „Leibeigenschaft" der Kinder stehe unter dem wichtigsten Erziehungsziel der Österreicher: „Gehorsam, Höflichkeit, Sparsamkeit". Von da kommt die Bereitschaft des Österreichers zu „devotem Dienen".

1983 seien in Österreich 75 000 Kinder so intensiv mißhandelt worden, daß es nicht mehr verheimlicht werden konnte, was übrigens gar nicht so spezifisch österreichisch klingt.

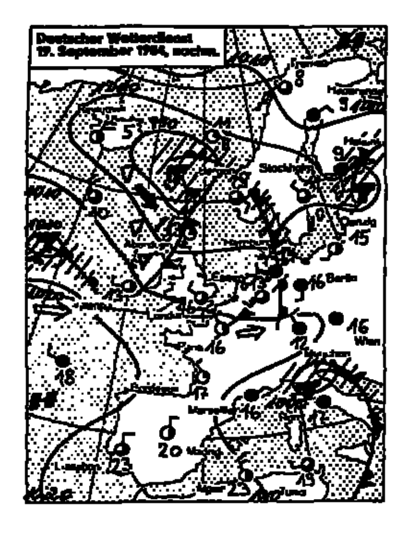
Ein solcher neurotisierter Österreicher, meint der Autor, erliege wiederum besonders leicht der Massenhysterie, die ein Hitler auszunutzen wußte. „Im Lande von ‚gedemütigten und gebrochenen Menschen' ist ein Österreicher durch nichts so leicht zu fangen, als wenn man ihm sagt: Du bist ein ungerecht Behandelter, ich aber werde dich aus diesem Elend befreien." In gleichem Atemzug erwähnt Ringel auch den Fall Karl Schranz. Für eine Massenhysterie genügte die Annahme, daß ihm mit dem Ausschluß von den Olympischen Spielen in Japan 1968 ein schweres Unrecht geschehen sei. Prompt war man bereit, nicht mehr Mautners Senf zu kaufen, weil dieser mit dem Präsidenten des olympischen Komitees – der falschen Seite – sympathisierte. Prompt verfolgte und verprügelte man Andersdenkende. Von der aus dem Boden gestampften Schallplatte ‚Vom Bodensee bis Wien stehen wir alle im Geist auf den Skiern' – von Ringel als neues Horst-Wessel-Lied bezeichnet – wurden in einer Woche weit mehr als 50 000 Exemplare verkauft.

Die hohe Selbstmordrate führt der Tiefenpsychologe mit auf die heutige „Sprachlosigkeit" in Österreich zurück. Die Sprache bestehe „aus Phrasen und Formeln und bedeute im Rhetorischen die Perpetuierung des spanischen Hofzeremoniells". 1,4 Millionen Österreicher hätten in normalen Monaten außerhalb der Arbeit praktisch gar keinen Kontakt zu Freunden. Ehepaare sprächen im Durchschnitt sieben Minuten pro Tag miteinander.

Mahner aber seien nicht erwünscht. „Muß man denn hier immer erst tot sein, damit's einen leben lassen?" erinnert Ringel an Gustav Mahler. Die gute Nachrede setzte jedenfalls immer erst nach dem Tode ein. Fazit: „Man lebt heute in Österreich, als hätte Freud nie hier gelebt."

WETTER: Unbeständig

Wetterlage: Atlantische Tiefausläufer gestalten in den nächsten Tagen das Wetter vor allem im Norden Deutschlands unbeständig.



Vorhersage für Donnerstag:

Im Süden nach Auflösung von Frühdunst oder Frühnebel wechselnd wolkig und weitgehend niederschlagsfrei. Im Norden meist stark bewölkt und zeitweise Regen oder einzelne Schauer. Tageshöchsttemperaturen 14 bis 17 Grad, Tiefstwerte nachts 11 bis 7 Grad. Im Süden schwachwindig, im Norden frischer Wind aus Südwest bis West.

Weitere Aussichten:

Weiterhin wechselhaft.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	16°	Kairo	30°
Bonn	15°	Kopenh.	12°
Dresden	13°	Las Palmas	22°
Essen	13°	London	16°
Frankfurt	15°	Madrid	20°
Hamburg	14°	Mailand	17°
List/Sylt	14°	Mallorca	20°
München	12°	Moskau	10°
Stuttgart	14°	Nizza	16°
Algier	23°	Oslo	10°
Amsterdam	14°	Paris	16°
Athen	28°	Prag	10°
Barcelona	20°	Rom	17°
Brüssel	14°	Stockholm	11°
Budapest	21°	Tel Aviv	28°
Bukarest	23°	Tunis	19°
Helsinki	9°	Wien	16°
Istanbul	24°	Zürich	16°

Sonnenaufgang* am Freitag: 7.06 Uhr, Untergang: 19.23 Uhr; **Mondaufgang:** 1.19 Uhr, Untergang: 18.17 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

ZU GUTER LETZT

Der „dienstälteste" Neandertaler der mehreren hundert bisher in Europa, Afrika und dem Nahen Osten gefundenen Exemplare kehrte jetzt von einem „Ahnentreffen" mit anderen Urzeitmenschen verschiedenster Typen in New York nach Bonn zurück, meldete dpa.

Molkereiprodukte bleiben die Säulen des Exports

Was wäre Hollands Werbung für heimische Lebensmittel ohne Frau Antje? Jeder kennt sie, jeder weiß sofort: Was Frau Antje anbietet, kann nur aus Holland stammen. Butter, Milch, Käse, Fleisch – das sind die Hauptausfuhrgüter der Niederlande. Aber auch Hähnchen, Matjes, Obst und Gemüse, Tomaten und Paprika aus unserem Nachbarland sind Exportschlager. Im Rahmen der niederländischen Exporttätigkeit in die Bundesrepublik Deutschland gab es bei den Erzeugnissen der Landwirtschaft und der Nahrungs- und Genußmittelindustrie, die mit 10,5 Milliarden Mark (insgesamt 48,2 Milliarden Mark) und einem Anteil von 22 Prozent an der Ausfuhr ein bedeutender Pfeiler des Außenhandels sind, nach einer Stagnation 1982 im letzten Jahr wieder einen Anstieg von zwei Prozent. Damit wurde der Marktanteil gehalten. Wachstumsträger waren vor allem Molkereiprodukte sowie Blumen und Pflanzen. Bei den Fleischwaren setzte sich allerdings der rückläufige Trend der Vorjahre fort.

Dennoch bleibt die Landwirtschaft mit ihrer Exportkraft einer der wichtigsten Sektoren in der niederländischen Volkswirtschaft. Dies bekräftigte unlängst der zuständige Minister G. J. M. Braks: „Obwohl nur 5,4 Prozent der gesamten arbeitenden Bevölkerung im Agrarbereich tätig sind, kommen 23 Prozent des gesamten Exports aus der Landwirtschaft, rund 65 Prozent aller Produkte nehmen dabei die EG-Partner ab."

Größter Ausfuhrposten in die Bundesrepublik Deutschland ist Fleisch. Im letzten Jahr kauften deutsche Importeure Waren im Werte von 1,839 Milliarden Mark.

Der Posten „Fleischexporte" ist zu einem großen Teil der systematischen Schweineaufzucht der niederländischen Bauern zuzuschreiben und natürlich dem Aufbau von Geflügelzuchtfarmen. Schweinefleisch hat sich in den letzten 20 Jahren zu einem herausragenden Exportartikel entwickelt.

Mehr als 60 Prozent der niederländischen Schweinefleischproduktion (1981: 10 Millionen Schweine in 40 900 Betrieben) werden im Ausland abgesetzt. Der Schweinefleischexport stellt rund zwölf Prozent der gesamten niederländischen Agrarausfuhr dar. Die Bundesrepublik Deutschland nahm rund 27 Prozent der lebenden Schlachtschweine ab, 1975 waren es noch 60,1 Prozent gewesen.

Beim Schweinefleisch liegt Deutschland mit einer Abnahme von rund 35 Millionen Tonnen an der Spitze. Weitaus der größte Teil des Schweinebestandes – rund 80 Prozent – sind im Süden und Osten der Niederlande, nämlich in den Provinzen Nordbrabant, Limburg, Gelderland und Overijssel, zu finden.

Die starke Erweiterung der niederländischen Schweinehaltung wurde durch verschiedene Faktoren beeinflußt, wie z. B. die steigende Nachfrage nach Schweinefleisch in den EG-Partnerländern. Auch die Einführung neuer, rationaler Produktionstechniken, die zu einer Steigerung der Arbeitsproduktivität führen, hat stark zur Erweiterung der Schweinehaltung beigetragen. Daneben verfügen die Niederlande über eine günstige Basis für wettbewerbsfähige Produktion und konkurrenzfähigen Absatz. Dazu zählen: günstige geographische Lage für die Einfuhr von Futtermitteln, hohe Qualifikation der Schweinehalter und gute Struktur der Schweinehaltung. Und: In den Niederlanden werden nahezu ausschließlich gute Schweinerassen gezüchtet, die mit Hilfe moderner Zucht- und Zuchtwahlmethoden stetig verbessert werden.

Nach Fleisch rangieren Käse (794 Millionen Mark), Eier (663 Millionen Mark), Milch (410 Millionen Mark) und Butter (329 Millionen Mark) in der Exportliste.

Bei den Milchprodukten zeigt sich ein deutliches Bild: Die Bundesrepublik Deutschland ist der wichtigste Abnehmer von Hollands Spitzen-Milchprodukten. 1983 exportierten Hollands Bauern rund 40 Prozent ihrer Erzeugnisse in ihr östliches Nachbarland.

Das „Niederländische Büro für Milcherzeugung" rechnet aufgrund der Entwickungen in den letzten Jahren und im ersten Quartal 1984 mit einer Zunahme der Käseausfuhr um ungefähr 10 Millionen Kilogramm in diesem Jahr. Dies soll vor allem auf



den westeuropäischen Märkten erreicht werden.

Die traditionellen holländischen Schnitt-Käsesorten, Gouda und Edamer, sind in der Bundesrepublik Deutschland bekannt und beliebt. Es gibt aber noch andere Sorten, die es wert sind, gekostet zu werden. So zum Beispiel den „Pompadour", einen schwarzrindigen Kräuterkäse, oder den „Kernheimer", einen holländischen Weichkäse mit kräftigem Geschmack.

Einen großen Posten in der Handelsbilanz nehmen auch die Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs mit 5,812 Milliarden Mark, darunter lebende Pflanzen (1,6 Milliarden Mark) und Gemüse (2 Milliarden Mark) ein.

Salat, Gurken, Tomaten gehören zu den wichtigsten Exportgütern. Aber holländische Gärtner erfreuen deutsche Hausfrauen auch mit Paprika, Auberginen, Kohlrabi, Eisbergsalat, Rettich, Courgettes, Broccoli. Die kann Holland in Nicht-Sonnen-Perioden liefern. In fast 6000 Betrieben erzeugen Landwirte Gemüse in Gewächshäusern. Diese Unternehmen haben eine Gesamtfläche von ca. 4600 Hektar. Mehr als 3000 Hektar befinden sich im westlichen Teil des Landes im Dreieck Rotterdam, Utrecht und Amsterdam. Das Sortiment ändert sich ständig. Immer wieder versuchen die Bauern, neue Gewächse auf den Markt zu bringen. Neuerdings sind es Versuche mit dem chinesischen Gemüse Paksoi und der surinamischen Hülsenfrucht Vignabohne.

Auch beim Obst steht die Bundesrepublik Deutschland als Abnehmerland an erster Stelle.

Die Obstanbaugebiete befinden sich hauptsächlich in den mittleren und westlichen Landesteilen, nämlich in Gelderland, Utrecht, Zeeland, auf den südholländischen Inseln und im östlichen Teil von Nord-Holland.

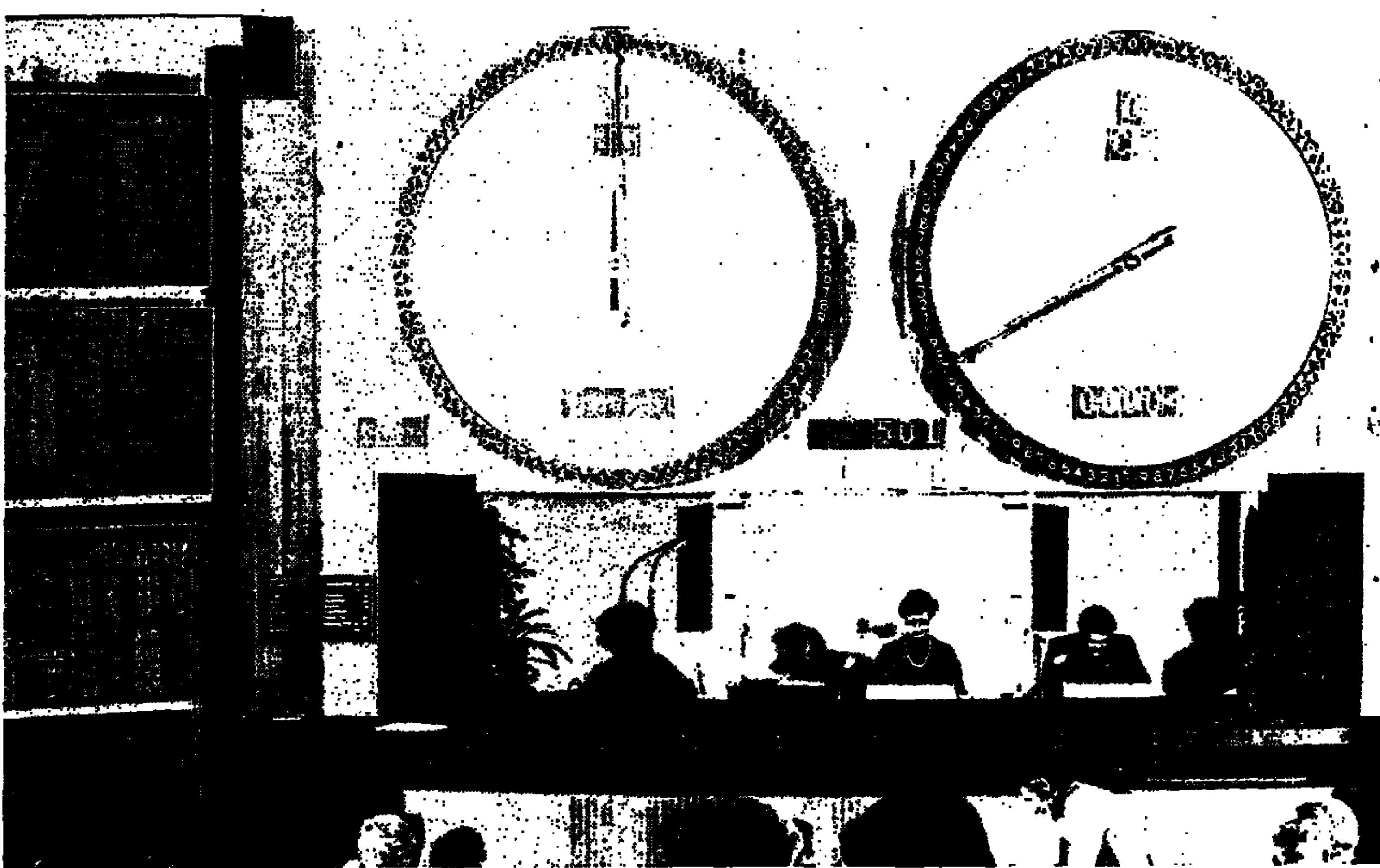
In den mittleren Niederlanden wurde das Pflanzen von Obstbäumen bereits durch Karl den Großen begonnen. Bis rund um die Jahrhundertwende handelte es sich immer nur um Hochstämme, vor allem Äpfel, Birnen und Kirschen. Die wichtigsten Sorten waren Boskoop und Brabants Bellefleur. Aber es wurden auch Sternäpfel und viele süße Sorten angepflanzt. Während und nach dem Weltkrieg wurde die Obstzucht stark ausgeweitet.

Die Obstzüchter haben in den letzten Jahren neue Sorten wie Karmijn de Sonnaville, Jonagold, Elstar, Gloster in ihr Exportprogramm aufgenommen. Bekannte Apfelsorten wie James Grieve im Herbst, Cox Orange Pippin im Winter, Boskoop im Herbst und Winter sowie Golden Delicious im Herbst wechseln jetzt mit den neu gezüchteten Sorten.

Der Obstanbau nimmt zwar nur zwei Prozent des niederländischen Kulturbodens ein. Der Produktionswert des Obstes liegt jedoch bei rund 500 Millionen Mark. Der Ausfuhrwert schwankt zwischen 75 und 100 Millionen Mark. An erster Stelle der Abnehmerländer steht seit langem die Bundesrepublik Deutschland. Rund 700 Millionen Kilogramm Obst werden jährlich auf einer Fläche von 26 000 Hektar geerntet. Durchschnittlich 15 bis 20 Prozent der Apfelproduktion werden exportiert, bei Birnen sind es bis zu 40 Prozent.

Fleisch, Käse, Butter, Milch und Obst – bei allem darf der Matjes nicht vergessen werden. Rund 87 Prozent der Gesamt-Fangmenge von rund 15 000 Tonnen werden ins Nachbarland exportiert.

Dabei haben die Holländer ihre eigene Art, den Matjeshering schmackhaft zu machen. Wichtig ist, daß er sofort auf See nach dem Fang gekehlt und gesalzen wird. Dann wird er tiefgekühlt, schließlich in Fässer oder Eimer gefüllt. Im Juni erreicht der Matjes seine höchste Qualität. Er wird dann dem Königshaus zum Probieren angeboten – und kommt in Deutschland in die Geschäfte. H. W.



Mit seinem modernen Versteigerungssystem sicherte sich Holland einen Vorsprung FOTO: DIE WEL

ZWIEBELN / Die heimliche Königin der Küche herrscht auch über die Deutschen

Bei der Allium cepa traditionell Weltspitze

Mehr als die Hälfte des bundesdeutschen Zwiebelbedarfs wird aus den Niederlanden gedeckt.

Wenn von Gemüse die Rede ist, so denkt man zunächst an Tomaten, Gurken und Salat in allen Variantionen und weniger an Zwiebeln. Der Grund dafür mag darin liegen, daß dieses scharfe Gemüse mehr in gekochter, gedünsteter und gebratener Form als Speisenveredler dient und in weitaus geringerem Maße roh genossen wird.

Dennoch wird die Zwiebel gern als die „heimliche Königin der Küche" bezeichnet. Und das wohl auch nicht zu Unrecht, wenn man weiß, daß allein im vergangenen Jahr über 410 000 Tonnen dieses Gemüses seinen Weg in bundesdeutsche Küchen fand.

Mit anderen Worten: Jeder Bundesbürger verzehrt pro Kopf jährlich etwa 7 Kilogramm an Speisezwiebeln. Damit liegt die Bundesrepublik beim Zwiebelverbrauch im Vergleich zu den übrigen EG-Ländern deutlich an der Spitze.

Aber nur weniger als zehn Prozent der konsumierten Zwiebeln kommen davon aus dem heimischen Anbau. Der Rest muß aus dem Ausland eingeführt werden. Den Löwenanteil des deutschen Zwiebelbedarfs decken dabei die Holländer.

Als Deutschlands größter Agrar-Handelspartner haben sich die Niederlande unter anderem auch auf den Anbau von Speisezwiebeln spezialisiert.

Auf einer Anbaufläche von etwa 12 000 Hekar betrug deren Ernteergebnis in der Saison 1982/83 rund 600 000 Tonnen, wovon 504 000 Tonnen in den Export gingen und gleichzeitig erstmals die 500 000-Tonnen-Grenze überschritten wurde.

In die Bundesrepublik lieferten die Holländer im gleichen Zeitraum 202 000 Tonnen Zwiebeln, was einem Marktanteil von etwa 52 Prozent entspricht. Damit sind die Niederlande für Zwiebeln – wie beispielsweise auch bei Kartoffeln – weltgrößte Exportnation.

Was den Zwiebelexport angeht, so verfügen die Holländer über eine mehr als 580jährige Erfahrung. Aus alten Chroniken geht hervor, daß bereits seit dem Jahre 1401 die „Allium cepa" (lat. für Zwiebel) in alle Welt exportiert wird.

Je nach Anbauart, ob angepflanzt (Februar/März) oder ausgesät (März/April), richten sich auch die Erntetermine. FRANS BOUVE

QUALITÄTSKONTROLLE / Letzte Prüfstation ist an der Grenze

Auch das Innere wird überprüft

Von den zur Zeit jährlich exportierten Obst- und Gemüsemengen in Höhe von 1,7 Millionen Tonnen nimmt allein der deutsche Markt rund 900 000 Tonnen ab.

Etwa ein Drittel der für den Export bestimmten Obstmengen und etwas mehr als die Hälfte der verschiedenen Gemüsesorten gehen über die niederländische Grenze in die Bundesrepublik.

Die große wirtschaftliche Bedeutung des Exports macht eine besonders strenge Qualitätsüberwachung erforderlich.

Es darf nur Obst und Gemüse ausgeführt werden, das der Qualitätsklasse I entspricht. Die Kontrolle dieser Exportpartien wird durch eine halbamtliche Instanz, das Qualitätskontrollbüro (KCB), durchgeführt. Die Kontrolleure des KCB arbeiten in den Versteigerungshallen und bei den Packstationen der Exporteure. Eine letzte Kontrolle findet an der Grenze statt.

„Veiling" seit fast hundert Jahren

Darüber hinaus besucht das KCB regelmäßig die Märkte im Ausland, um das Qualitätsniveau der niederländischen Produkte zu beobachten.

Befinden die KCB-Kontrolleure die überprüften Partien für normgemäß, erteilen sie dem betreffenden Exporteur ein Genehmigungszertifikat, das für die Ausfuhr von holländischem Obst und Gemüse unbedingt erforderlich ist.

Das Herzstück der niederländischen Vermarktung aller Gartenbauerzeugnisse ist seit 97 Jahren die Versteigerung (Veiling). 98 Prozent der gesamten Obst- und Gemüseproduktion werden über Versteigerungen abgesetzt. 36 000 Gartenbaubetriebe sind auf genossenschaftlicher Basis an insgesamt 43 Versteigerungen angeschlossen.

Die Mitglieder der jeweiligen Veiling dürfen ihre Produkte nur über ihre Versteigerung verkaufen.

Die wesentliche Aufgabe der Versteigerungen besteht in der Förderung einer marktwirtschaftlichen Preisbildung durch eine offene Konkurrenz unter den Käufern. Außerdem übernimmt die Versteigerung das Umgruppieren des von den Erzeugern angebotenen Sortiments in ein gemeinsames Sortiment, das auf dem Absatzmarkt verkauft werden kann.

Und last not least kontrollieren die Warenprüfer der Veiling, ob die Sortierung des Erzeugers den strengen Vorschriften entspricht. Dabei wird nicht nur das Aussehen der Ware beurteilt (Farbe, mögliche Beschädigung), sondern auch das Innere der Produkte begutachtet (Festigkeit, Saftigkeit).

Im Jahre 1957 gab es noch 137 einzelne Versteigerungen. Heute sind es, bedingt durch Fusionen und Stillegungen, 43. Die Investitonen, die nötig sind für die modernen Anlieferungs-, Lagerungs- und Verpakkungsbedingungen sind meist nur dann rentabel, wenn sie optimal genutzt werden können.

Eine größere Konzentration bringt fast immer den Vorteil geringerer Betriebskosten und eine bessere Preisbildung mit sich.

Zur Verdeutlichung: 1971 betrug der durchschnittliche Umsatz einer Versteigerung 15,3 Millionen Gulden bei insgesamt 84 Versteigerungen. 1981 betrug der Umsatz im Durchschnitt pro Versteigerung 53,9 Millionen Gulden bei 47 Versteigerungen.

Das vergangene Geschäftsjahr 1983 brachte den 43 Versteigerungen ein Umsatzplus von 12 Prozent. Der Gesamtumsatz ist damit von 2,5 Milliarden Gulden (1982) auf 2,8 Milliarden Gulden (1983) gestiegen.

Versteigert wird an jedem Arbeitstag der Woche. Das Prinzip ist denkbar einfach und funktioniert schon seit fast 100 Jahren bestens. Jede Veiling verfügt über eine Halle, die im Äußeren einem Hörsaal gleicht.

Wenn Sekunden entscheiden

Die Sitzplätze der Käufer sind mit Druckknöpfen ausgestattet, die direkt mit der großen Versteigerungsuhr gekoppelt sind. Der Zeiger dieser Uhr läuft von 100 im Uhrzeigersinn abwärts, das bedeuet, der Preis fällt. Erreicht der Zeiger den Maximalpreis, den der Käufer akzeptiert, so drückt er auf seinen Knopf. Wer zuerst drückt, bekommt die angebotene Partie.

Jeder Käufer versucht natürlich, die Uhr so lange wie möglich laufen zu lassen. Allerdings muß er aufpassen, daß ihm keiner seiner Mitbewerber zuvorkommt.

Sekundenbruchteile entscheiden darüber, wer die Partie bekommt. Im Gegensatz zum Bieten an herkömmlichen Versteigerungen bedeutet bei einer Veiling das Gebot, also der Knopfdruck, automatisch auch den Kauf. WR.

INTERVIEW MIT DEM NIEDERLÄNDISCHEN LANDWIRTSCHAFTSATTACHÉ HEGEMANN

Vorteile durch Vermarktungssystem und größere Liefer-Flexibilität

WELT: Welche Bedeutung hat die Bundesrepublik für die holländischen Lebensmittel als Exportmarkt?

Hegemann: Für uns ist sie die Nummer eins.

WELT: Welches Volumen hat der Export?

Hegemann: Das Exportvolumen der Güter der Ernährungswirtschaft betrug 1983 10 Milliarden und 549 Millionen Mark.

WELT: Und in Gegenrichtung?

Hegemann: Auf dem Agrarbereich drei Milliarden und 94 Millionen Mark.

WELT: Also ist die Bundesrepublik mit einem Volumen von sieben Milliarden Mark Nettoimporteur?

Hegemann: Ja, aber wenn man die gewerblichen Produkte einbezieht, dann sieht es wieder anders aus.

WELT: Was ist Ihre Funktion im Vergleich zu derjenigen der Absatz- und Marketingorganisation der einzelnen Branchen?

Hegemann: Wenn irgend jemand Fragen hat, zum Beispiel eine Fabrik, ein Werk oder eine Person, die sich informieren möchten über die Chancen auf dem Markt, oder jemand sucht eine Vermittlung für Adressen, dann schreibt er mir oder kommt ohne weiteres zu mir. Wir bemühen uns, die Antwort auf jede Frage zu geben.

Der Interessent geht nicht an erster Stelle zu seinem Sektor oder zu seiner Werbeabteilung. Die Werbeabteilungen der Sektoren bemühen sich hauptsächlich um Werbung, d. h. sie geben Broschüren heraus und sie beteiligen sich etwa an der Hollandwoche. Aber dann ist Schluß. Die konkrete Unterstützung bekommt man von uns, auf dem ganzen Gebiet. Wenn es Schwierigkeiten gibt mit der Veterinärbehörde oder wenn es sanitäre Schwierigkeiten gibt, wenn es um lebensmittelgesetzliche Fragen geht, dann schreiten wir ein.

Auf dem Gebiet der Werbung betei ligen wir uns und koordinieren.

WELT: Können sie zu den Wettbewerbsvorteilen Stellung nehmen?

Hegemann: Die Wettbewerbsvorteile liegen vor allem auf dem Gebiet der Schnittblumen, Topfpflanzen und Obst und Gemüse. Bedingt sind sie durch das System der Vermarktung.

Ich meine das System der Versteigerung. Damit befaßt sich eine Organisation, die kooperativ von den Züchtern gegründet worden ist.

Sie bieten in dieser Versteigerung ihre Produkte an. Sie können nicht nebenbei verkaufen; sie haben Lieferpflicht und Lieferzwang. Sonst


Landwirtschaftsattaché G. J. Hegemann FOTO: DIE WELT

klappt das System nicht mehr. Dort hat man eine Konzentration von Anbietern, von Produzenten mit ihren Produkten, und da ist auch die Nachfrage. Das sind Hunderte von Käufern, von Warenhäusern bis Großorganisationen.

Daher läuft die Preisgestaltung meistens sehr gut und sehr rapide, und die Verkaufskosten sind im allgemeinen sehr niedrig. Ich glaube, daß bei den Blumenversteigerungen z. B. die Kosten für den Züchter nicht höher sein werden als 50 Prozent, meistens noch niedriger.

Wenn man so ein System nicht hat und gezwungen ist, seine Produkte an einen Zwischenhändler zu liefern, dann steigen die Kosten erheblich. Und die Distanzen sind etwa in Deutschland selbstverständlich größer. Bevor ein Züchter irgendwo, sagen wir im Kreis Frankfurt, sein Produkt an den Endhändler abgeliefert hat, sind schon ein oder zwei Tage vergangen und das Produkt um vielleicht 10, 20 oder 100 Prozent teurer. Bei uns fängt etwa eine Blumenversteigerung – und da werden für mehr als 2 Millionen Mark am Tage Blumen versteigert – um 7 Uhr an, um 11 Uhr bzw. 11.30 Uhr ist dann alles fertig. Dann ist schon ein Teil der Ware eingepackt. So schnell geht das, jeden Tag.

Unser zweiter Vorteil ist, daß in Holland die Produzenten aus dem Agrarbereich sehr eng mit unseren Ministerien und den Instituten des Ministeriums zusammenarbeiten. Wir haben staatliche Berater für Landwirtschaft, Gartenbau, Viehzucht usw. Wir haben Versuchsanstalten, die Ergebnisse dieser Institute werden veröffentlicht.

Es besteht eine Art Dreieck zwischen Ausbildung, Beratung und Forschung; d. h. zwischen der landwirtschaftlichen Universität in Wageningen mit ihren Instituten, den Beratungsstellen des Staates und der Forschung.

Wegen unserer geographischen Beschränkung, wir sind nur ein kleines Land, müssen wir einfach zusammenarbeiten. Es kommt nicht von ungefähr, daß der genossenschaftliche Gedanke auf dem Agrargebiet bei uns schon längst realisiert ist.

WELT: Welche Forderungen haben Sie an die Politik?

Hegemann: Ich hätte gern, daß die Grenzformalitäten völlig verschwinden, d. h. daß bei der Einfuhr aus Drittländern in Rotterdam oder Amsterdam die holländischen Veterinäre schon feststellen, ob die Waren noch gut sind oder nicht, und daß die Produkte ohne weiteres weiterexportiert werden können.

Daß zweitens, wenn wir Agrarprodukte herstellen, unsere Zertifikate ohne weiteres akzeptiert werden, ohne Grenzkontrolle.

Dasselbe trifft zu für pflanzliche Produkte. Man kontrolliert bei Ihnen an der Grenze auf Befall durch die Mediterannian Fruit Fly. Das ist eine Pest in subtropischen und tropischen Gebieten. Das Tier kann einfach hier nicht überleben. Es kann sein, daß bei einem Obsthändler, wenn es heiß ist, eine Wolke von diesen Fliegen herausfliegt. Aber überleben kann sie in Deutschland nicht.

Aber trotzdem wird kontrolliert und werden auch Sendungen zurückgeschickt, meistens Grapefruits. Ob das wirklich notwendig ist?

WELT: Ein Wort zu der Berechnung der Grenzausgleichszahlung. Könnte man das nicht schon am Speditionsort machen?

Hegemann: Das wäre möglich. Es wäre eine Vereinfachung der Kontrolle. Aber die Normen, die man verwendet, sollen sehr streng sein. Wir müssen darauf achten, daß wir die Qualitätsnormen aufrechterhalten und daß unsere Normen genauso streng sind wie Ihre und umgekehrt. Sie wissen, daß es im landwirtschaftlichen Bereich heutzutage in ist, auf alle Agrarprodukte zu schießen. Es ist einfach lächerlich, daß heute in deutschen Zeitungen erscheint, daß man kein Mineralwasser trinken solle wegen des Nitratgehaltes oder des Formaldehyds. Dabei wird das schon über 100 Jahre verwendet.

Heute sagt man, Gemüse ist gespritzt, und das Brot taugt nichts, und die Kartoffeln sind nicht in Ordnung. Das ist modisch.

Die einzige Antwort, die wir darauf geben können, ist Qualität, Qualität und Qualität. (hhh)

AUF EINEN BLICK

Kontakt-Adressen
Königlich Niederländische Botschaft
Büro des Landwirtschafts-Attachés
Strässchensweg 10
5300 Bonn 1
Tel. 0228/23 80 91-98

Kartoffeln
NIVAA-Niederländische Auskunftsstelle für Kartoffeln
Stadthoudersplantsoen 12
2517 JL Den Haag (Holland)
Tel.: 70-65 28 30
Verband der Kartoffel-verarbeitenden Industrie
van Stolkweg 31


Gemüseeinkäufer auf der Versteigerung FOTO: DIE WELT

2585 JN Den Haag (Holland)
Tel.: 70-51 24 61

Milcherzeugnisse
Niederländisches Büro für Milcherzeugnisse
Werbe- und Beratungsstelle für holländische Molkereiprodukte
Markt 45–47 (Karlshof)
5100 Aachen
Tel.: 0241/2 76 02-3

Eier, Eierprodukte, Geflügel und Geflügelkonserven
Wirtschaftsgruppe für Geflügel und Eier
Utrechtseweg 31
3704 HA Zeist (Holland)
Tel.: 3404/1 69 11

Fisch und Fischprodukte
Wirtschaftsgruppe für Fisch und Fischprodukte
Javastraat 28
2585 AM Den Haag (Holland)
Tel.: 70-46 94 34

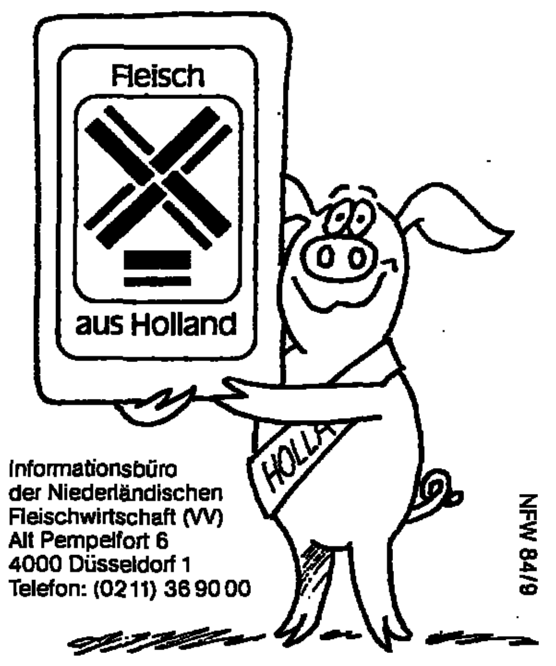
Ziergewächse, Blumenzwiebeln, Blumen und Baumschulerzeugnisse
Wirtschaftsgruppe für Ziergewächse
Stadthoudersplantsoen 12
2517 JL Den Haag (Holland)
Tel.: 70-92 41 51
Niederländischer Blumenzwiebelrat
Parklaan 5
2181 DB Hillegom (Holland)
Tel.: 2520-1 52 54
Für Deutschland:
Holländischer Blumenzwiebelrat
Informationszentrum
Rheinallee 4a
5300 Bonn-Bad Godesberg
Tel.: 0228/36 34 30

Spirituosen und Bier
Wirtschaftsgruppe für Spirituosen
Westmolenstraat 2
3111 BS Schiedam (Holland)
Tel.: 10-26 93 40
Brauereizentralbüro
Herengracht 282
1016 BX Amsterdam (Holland)
Tel.: 20-25 22 51

Süßwaren, Schokolade, Kakao und Biskuit
Niederländischer Verband fur die Zuckerwaren- und Schokolade-verarbeitende Industrie
Keizersgracht 188
1016 DW Amsterdam (Holland)
Tel.: 20-23 62 12

Frischobst und Frischgemüse
Centraal Bureau van de Tuinbouwveilingen in Nederland,
2585 AS Den Haag,
Javastraat 80
Für Deutschland:
Peter Schlack,
7000 Stuttgart 61
Weinklinge 14,
Tel.: 0711/42 47 30

Fleisch
Jährlich geben die deutschen Verbraucher rund zwei Milliarden Mark für Fleisch aus den Niederlanden aus.
Eine planmäßige Zucht von gesunden und vitalen Tieren im Wiesen- und Weideland hat dazu geführt, daß niederländisches Fleisch, Fleischwaren und *Fleischkonserven* besonders bei deutschen Konsumenten den Ruf genießen, von guter Qualität zu sein.
Innerhalb der niederländischen Agrarwirtschaft ist die Fleischindustrie mit einem Exportvolumen von etwa 938 650 Tonnen der wichtigste Devisenbringer. Größter Kunde ist die Bundesrepublik, die im vergangenem Jahr über 280 000 Tonnen Fleisch und Fleischwaren importierte. Mit einem Pro-Kopf-Verzehr von über 88 Kilogramm Fleisch gehören die Bundesbürger zu den größten Fleischessern in Europa.
Im Bild des niederländischen *Fleischexportes in die Bundesrepublik* rangierte Schweinefleisch 1983 mit 234 920 Tonnen an der Spitze, gefolgt von Kalbfleisch mit 27 180 Tonnen und Rindfleisch mit 8614 Tonnen. An Fleischwaren gingen 10 100 Tonnen in deutsche Lande. Insgesamt konnte der Fleisch- und Fleischwarenexport in die Bundesrepublik um 2,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahr gesteigert werden.



BLUMEN / Das Land verwandelt sich in einen tausendfarbigen Teppich

Mönche machten eine Zwiebel heimisch

Hinter den schützenden Dünen der niederländischen Nordseeküste verwandelt sich das Land jedes Frühjahr in ein riesiges Blumenbeet. Zwischen Leiden und Haarlem bilden die berühmten Blumenfelder einen tausendfarbigen Teppich. Weiter nördlich, jenseits des Nordseekanals, der Amsterdam mit dem Meer verbindet, und bis an den Saum der früheren Zuidersee, gibt es ebenfalls zahlreiche Blumenfelder – aber hier mehr wie ein Mosaik auf grünem Untergrund. Dieses großartige Farbenspiel der blühenden Tulpen, Narzissen, Hyazinthen und Krokusse lockt alljährlich ausländische Besucher nach Holland.

Es ist eine merkwürdige Tatsache, daß ausgerechnet die Tulpe – die heute eher noch als die Windmühle Sinnbild der Niederlande ist – ursprünglich aus der Ferne stammt. Vor mehr als tausend Jahren wurde sie von den Kreuzfahrern auf ihren Feldzügen durchs Heilige Land entdeckt und dann erstmalig in den frühchristlichen Klöstern Kleinasiens systematisch angepflanzt. Mit rührender Sorgfalt hegten die Mönche die zarte und zierliche Blume und nahmen sie beim Einfall der Türken mit nach Mitteleuropa. Aber auch die mohammedanischen Eroberer fanden großen Gefallen an der Tulpe. Ein alljährliches Tulpenfest war eines der schönsten Ereignisse am Hofe der Sultane.

Im Jahre 1637 griff dann der Staat nach dem Blumenhandel.

Zu den Züchtern mit ihrer jahrhundertealten praktischen Erfahrung gesellte sich die Wissenschaft. Pflanzenkrankheiten, die die Qualität und in einer bestimmten Phase gar die Existenz der Blumenzwiebeln bedrohten, konnten überwunden werden. Die modernen Kreuzungsmethoden wurden ständig verbessert. Außerdem gelang es, die Blüteperioden so zu regeln, daß die Blumenzwiebeln auch in Länder südlich des Äquators exportiert werden können, wo „umgekehrte" Jahreszeiten herrschen.

Die eigentliche „Industrialisierung" der Blumenzucht erfolgte erst vor etwa sechzig Jahren. Man entdeckte damals, daß die hinter den Dünen liegenden Geestböden für die Zwiebelzucht besonders günstige Vorbedingungen bieten. Geeignete Gelände wurden von Flugsand befreit, abgeschirmt und nach sorgfältigen Berechnungen dräniert. Auf diese Weise wurden viele Quadratkilometer für die Blumenzucht erschlossen. Nachdem erst einmal die Voraussetzungen für eine großangelegte Produktion geschaffen waren, erfolgte die systematische Eroberung der internationalen Absatzmärkte.

Das heutige Blumenland, einst mit Dünen und Wäldern bedeckt, hat sein Gesicht völlig verändert. Im Sommer, der Hauptsaison, wenn die Zwiebeln für den Versand vorbereitet werden, wird oft Tag und Nacht durchgearbeitet. Lange Reihen schwerer Lastwagen rollen zu den Bahnhöfen und den Seehäfen, von wo aus die Reise in alle Welt beginnt.

Die Bevölkerung des Blumenlandes bildet eine eigene Gemeinschaft. Gemeinsam hat man den großen Schritt von der Familiengärtnerei zum internationalen Handelshaus getan, und viele Leute aus dem bunten Landstrich zwischen Haarlem und Leiden sind in Rio de Janeiro ebenso zu Hause wie in Amsterdam. Aus früheren Dorfbewohnern wurden Kosmopoliten, und mit ihren Blumenzwiebeln tragen sie dazu bei, ein bißchen mehr Farbe und Freundlichkeit in die Welt zu bringen.

GEERT DE BEEK

WELT-GESPRÄCH MIT DEM DIREKTOR DES NIEDERLÄNDISCHEN BÜROS FÜR MILCHERZEUGNISSE, J. F. WILLEMSE

„Wir müssen für unsere Bauern einen ständigen Kampf um Marktanteile führen, auch in der Bundesrepublik"

WELT: An den europäischen Grenzen hat es in der Vergangenheit Probleme bei der Güterabfertigung gegeben. Jetzt kommt aus Bonn der Vorschlag, endlich einen Binnenmarkt in Europa zu schaffen. Viele denken ja, wir hätten so etwas schon.

Willemse: Wir haben noch keinen echten Binnenmarkt. Seit 1958, dem Jahr des römischen Vertrages, hat sich vieles zum Guten geändert. Aber es *müßten* sich noch viele andere Dinge ändern.

Es gibt Schwierigkeiten zwischen verschiedenen EG-Staaten.

Wir müssen daran arbeiten, daß der Handel besser fließt.

WELT: Das Gütezeichen der Produkte, die Sie auf dem Markt absetzen, der Milchprodukte, ist ja die Frische. Wie sieht es aus an der deutsch-niederländischen Grenze. Wie lange wartet ein Lkw oder kommt er problemlos durch?

Willemse: Er kommt ohne Schwierigkeiten durch. Da haben wir keine größeren Wartezeiten.

WELT: Die Lkw müssen an der Grenze warten, damit der Währungsausgleich berechnet werden kann. Die Forderung nach einem echten Binnenmarkt würde ja doch zum Inhalt haben, daß das entfällt.

Willemse: Das wäre eine sehr gute Sache.

WELT: Wenn man sich die Exporte der Milchprodukte in die Bundesrepublik ansieht über die letzten Jahre hinweg, ist eine kontinuierliche Steigerung festzustellen. Jetzt sagen Sie, der freie Markt würde nicht schaden. Leben Sie aber nicht doch von den Abnahme- und Preisgarantien der EG?

Willemse: Unsere Artikel, denken wir an den Käse, sind freie Artikel, nicht gestützte.

Wir haben andere Artikel, Milchpulver und Butter, die sind garantiert und das ist auch vorläufig noch gut so. Im großen und ganzen meine ich, wenn etwas frei und ohne Barrieren hin und her geht, daß das besser für *den Handel ist.*

WELT: Der Milch- und Butterberg würde nicht größer?

Willemse: Das glaube ich kaum. Es *gibt natürlich Probleme. Die Milch*leistung der niederländischen Kuh ist sehr hoch. Mit 5 300 Kilogramm die höchste innerhalb Europas. Unsere 2,5 Millionen Milchkühe produzieren pro Jahr 13 Milliarden Liter Milch. Wir müssen davon mehr als die Hälfte exportieren, um überleben zu können.

Wir suchen Wege, neue Kundschaft im Ausland zu gewinnen. Wir sind sehr abhängig vom Export in Drittländer. Ich meine aber sagen zu dürfen, daß wir innerhalb Europas mit seinen 300 Millionen Verbrauchern dreiviertel unserer Kundschaft finden müssen. Die Bundesrepublik ist dabei für uns der wichtigste Kunde, wenn sie das weltweit sehen. 41 Prozent *des Käsevolumens* gehen nach Deutschland.

Das ist ein ständiger Kampf um Marktanteile, auch innerhalb der Bundesrepublik. Nach Italien ist die Bundesrepublik der größte Käseimporteur innerhalb der EG. Von den 271.000 Tonnen, die 1983 eingeführt wurden, kam die Hälfte aus Holland.

Am deutschen Käseverbrauch sind wir mit 25 Prozent beteiligt. Holland ist auf dem Agrarsektor sehr weit, erstaunlich für ein so kleines Land.

WELT: Wie erklären Sie sich den Erfolg?

Willemse: Die Deutschen sind, von regionalen Unterschieden abgesehen, keine typischen Käse-Esser. Sie sind eher Wurstesser; auch mit regionalen Schwerpunkten.

WELT: Wie kommt es denn, daß die holländischen Produkte so einen guten Markt hier haben. Ist das Ihr Marketing?

Willemse: Ich glaube, daß das Marketing dazu beigetragen hat, daß wir so einen großen Exporterfolg zu verzeichnen haben.

Wobei Sie wohl bedenken müssen, daß die Bundesbürger natürlich kleine Käse-Esser sind, wenn sie das vergleichen mit dem Konsum in anderen Ländern.

WELT: Wieviel Kilo pro Kopf werden denn in den Niederlanden an Käse gegessen?

Willemse: 12,5 Kilogramm bei 14,3 Millionen Einwohnern. Das sind 180 000 Tonnen.



Käsefreunde auf der Berliner Woche unter sich FOTO: DIE WELT

WELT: Und wieviel sind es in der Bundesrepublik?

Willemse: 8,1 Kilogramm Schnittkäse, Hartkäse, Weichkäse, alles *zusammen.* Man sagt, daß man hier 14,5 Kilogramm Käse ißt. Davon sind allerdings 6,4 Kilogramm Quark und Frischkäse. Die Bundesrepublik liegt, was den Käseverbrauch betrifft, weit hinten in Europa.

Die Belgier essen soviel Käse wie die Holländer, die Franzosen essen weitaus mehr, über 18 Kilogramm. Und die Griechen sind innerhalb der EG die größten Käseesser. Neun Millionen Griechen essen 20 Kilogramm pro Kopf, dabei viel Schafskäse.

WELT: Würden Sie daher sagen, daß die Aufnahmefähigkeit des deutschen Marktes für holländischen Käse noch nicht erreicht ist.

Willemse: Ich glaube nicht. Wenn Sie es auf längere Sicht sehen, glaube ich, daß es sicherlich möglich ist, den Käsekonsum der Bundesbürger um ein Kilo zu vergößern.

Dann käme man auf 9 Kilogramm, aber ein Kilogramm in der Bundesrepublik mehr ist natürlich ein Batzen, das sind 60 000 Tonnen bei 60 Millionen Einwohnern.

WELT: Zu den Produkten; wenn man eine deutsche Hausfrau fragt, was sie unter holländischem Käse versteht, kommt die Antwort Gouda, dann Edamer und schon wird es schwierig.

Willemse: Wir haben immer mit wenigen Artikeln gehandelt. Die wenigen Artikel sind aber tonnagemäßig alle groß. Es gibt jungen Gouda, wir haben abgelagerten Gouda. Es sind eigentlich sechs Geschmacksvarianten alleine beim Gouda.

Wir haben Leidener, Friesen- und Bauernkäse, dazu Edamer in verschiedenen Altersstufen. Insgesamt umfaßt das holländische Käsesortiment etwa 30 Sorten. Dazu kommt in den letzten drei Jahren der Maasdamer, der eine steile Käsekarriere hinter und vor sich hat.

Wir exportieren insgesamt etwa 25 bis 30 Sorten. Und ich glaube, daß eine Ausdehnung möglich ist.

WELT: Der Erfolg des holländischen Käses ist nach Ihren Mitteilungen damit verbunden, daß die Deutschen gesundheitsbewußter, will sagen, figurbewußter leben. Wenn man das holländische Image betrachtet, ist dies aber nicht das Image der figurbetonten Ernährung. Liegt da ein *Mißverständnis* vor?

Willemse: Holländischer Gouda hat von Natur aus einen Fettgehalt von 48 Prozent, bezogen auf die Trokkenmasse. Das entspricht einem absoluten Fettgehalt von 26 Gramm pro 100 Gramm.

Natürlich bieten wir auch fettarme Käsesorten an. *Grundsätzlich* sollte sich der Verbraucher merken, daß der absolute Fettgehalt etwa der Hälfte des in der Trockenmasse angegebenen Fettanteils entspricht. Wenn Sie Käse mal mit *anderen Brotbelägen*, wie zum Beispiel mit der Wurst vergleichen, dann steht der Käse doch ganz prima da. 50 bis 60 Prozent absolut sind bei der Wurst keine Seltenheit.

Und je billiger die Wurst, umso fetter ist sie. Wenn wir das vergleichen, ist unser Käse relativ fettarm. Fett *bringt* über die Zunge den Geschmack. Ganz ohne Fett geht es nicht. Der Körper braucht Fett. Ich glaube auch nicht, daß das negative Auswirkungen beim Verbraucher hat.

WELT: Ihr Werbungesymbol ist die Frau Antje. Sie ist ja wohl sehr bekannt.

Willemse: Tatsächlich. 86 Prozent aller Bundesbürger kennen Frau Antje. Daran haben wir lange gearbeitet und viel Geld investiert. Damals, vor 30 Jahren, suchten wir eine typische Figur, die den holländischen Käse sympatisch und vor allen Dingen kollektiv symbolisieren sollte. So sind wir auf das „Meisje" gekommen.

Dann haben wir uns einen Namen überlegt. Was kommt in der Bundesrepublik gut an? Klingt es holländisch? Frau Antje schien uns gerade recht. Damit haben wir dann geworben. Alles, was wir tun, tun wir im Namen von Frau Antje.

WELT: Auch in den Niederlanden?

Willemse: Nein, nur im Ausland.

WELT: Seit 30 Jahren sind Sie auf dem deutschen Markt. Lag eine politische Entscheidung zugrunde?

Willemse: Nein, eine einfache kommerzielle Entscheidung. Wir haben gesagt, wir müssen in den Märkten *arbeiten, wo die meisten Kunden* wohnen. Es ist nicht gut, das aus Holland zu organisieren. Wir haben als erste gesagt, Holland will deutsche Kunden.

Wir haben vorher nie eine eigene Niederlassung gehabt, eine Agentur, die die Sprache der Verbraucher spricht. Wir waren die ersten in '54. 1962 sind die Dänen gekommen, 1963 die Sopexa und alle anderen. Und dann hat man deutscherseits die CMA gemacht.

WELT: Eine Botschafterfunktion hatten und haben Sie vermutlich immer noch?

Willemse: Ja, wir vertreten die gesamte Industrie. Wir haben einen sehr hohen Bekanntheitsgrad. Wir sind, wenn *Sie den Absatz anschauen, ein* sehr großer Lieferant der Bundesrepublik, immerhin 1,8 Milliarden Gulden pro Jahr Molkereierzeugnisse.

Das heißt, vom Gesamtexport im Werte von 7,4 Milliarden Gulden gehen 1,8 Milliarden nach Deutschland.

SPEZIALITÄTEN

Importe in ein Land der Exporte

Als Agrarerzeuger haben die Niederlande in der Bundesrepublik einen soliden Ruf, der sich u. a. auf bestens eingeführte und inzwischen schon traditionelle Handelsbeziehungen gründet. So kann es auf den ersten Blick nicht verwundern, daß die Holländer zu einem der wichtigsten Fleisch-Exporteure für ihren östlichen Nachbarn geworden sind.

Auf den zweiten Blick handelt es sich hier allerdings dennoch um ein erstaunliches Phänomen, denn: die Bundesrepublik ist im Hinblick auf ihre Fleischerzeugung nicht unbedingt auf Importe angewiesen. Die Inlandsproduktion könnte völlig ausreichen, die hiesige Nachfrage zu befriedigen.

Daß die Holländer dennoch in großem Umfang als Lieferanten der Bundesrepublik Fuß fassen konnten, liegt nicht nur an ihrer erklärten Bereitschaft, in allen Erzeuger-Bereichen – Schwein, Rind, Kalb und Fleischwaren – erste Qualität bereitzustellen, sondern darüber hinaus auch alles zu tun, um eine schnelle und pünktliche Belieferung zu marktgerechten Preisen zu gewährleisten.

Allein im Jahre 1983 wurde insgesamt Fleisch unter anderem in Form von Lebend- und Schlachtvieh sowie als Verarbeitungsprodukte mit einem Warenwert von über zwei Milliarden Mark in die Bundesrepublik exportiert. Wenngleich auch heute bereits ein großes Sortiment an Fleischverarbeitungsprodukten aus Holland kommt – im letzten Jahr waren es allein etwa 10 000 Tonnen –, so wird doch gerade dieser Marktbereich aufgrund des Convenience-Charakters seiner Erzeugnisse immer wichtiger. Hollands Fleischwirtschaft versucht deshalb in verstärktem Maße, in diesem Angebotssegment weitere Marktanteile zu erringen.

Dies kann in der an Wurst- und Fleischwaren-Spezialitäten nicht eben armen Bundesrepublik nur gelingen, wenn in der hiesigen „Fleischlandschaft" passende Spezialitäten offeriert werden.

Bei Gelderländer Rauchwurst, einer Art geräucherter Fleischwurst nach Originalrezepten aus der holländischen Provinz Gelderland, ist der Versuch heute bereits gelungen.

WR.

CHAMPIGNONS

Aufstieg aus der Höhle ins eigene Kulturhaus

Holland liefert einen Großteil der Champignons, die in der Bundesrepublik Deutschland konsumiert werden. Die Niederlande sind nach den USA (235 Millionen Kilogramm), Frankreich (140 Millionen Kilogramm) und China (120 Millionen Kilogramm) mit 75 Millionen Kilogramm produzierter eßbarer Pilze im letzten Jahr der Welt viertgrößter Champignon-Erzeuger gewesen. Mehr als 70 Prozent der gesamten Produktion werden eingedost und fast ausschließlich exportiert. Die Bundesrepublik und Großbritannien sind die Hauptabsatzmärkte für frische niederländische Pilze.

Um 1950 wurden die ersten modernen Champignon-Kulturen in Mook, Kerkdriel und Ammerzoden gebaut. *1953 kam das Startzeichen* für die stürmische Entwicklung mit der Gründung der CNC (Coöperatieve Nederlandse Champignonkwekersvereniging). Ursprünglich war die Pilzzucht Nebenerwerb kleiner landwirtschaftlicher Betriebe. Heute haben sich viele Bauern darauf spezialisiert.

Früher wurden die Pilze auf dem Boden von Höhlen im Süden von Limburg gezüchtet. Seit 1950 sind spezielle Kulturhäuser gebaut worden, die aus einer Anzahl gut isolier*ter Räumlichkeiten mit Heizung und* Ventilator bestehen. Eine Reihe von Familienbetrieben hat drei bis sechs Kulturräume, in denen eine Jahresproduktion von 50 bis 100 000 Kilogramm erzielt wird. Größere Betriebe nennen eine Produktionszahl von bis *zu einer Million Kilogramm pro Jahr.*

Die Aufzucht der Pilze ist sehr arbeitsintensiv, etwa 70 Prozent der für die Ernte erforderlichen Arbeitszeit entfällt auf das Pflücken. In Großbetrieben wird diese Arbeit allerdings inzwischen von der Maschine übernommen.

Die Pilze werden über die „CAC" (Absatzzentrale für Champignons) auf den Markt gebracht. Die Niederlande besetzen einen der ersten Plätze in der Weltrangliste in bezug auf die Entwicklung von Champignon-Kulturmethoden und ihrer Mechanisierung. So konnten die Landwirte ihre Produktion von 3000 Tonnen im Jahre 1960 auf jetzt 75 000 Tonnen steigern. U. S.



Tomatenernte in einem genossenschaftlichen Betrieb FOTO: DIE WELT

GEMÜSE / Palette ausweiten heißt jetzt die Devise der Marketing-Strategen

Dem Süden auf der Angebots-Spur

Nachdem in den Jahren 1955 bis 1970 eine rasch wachsende Nachfrage nach den „klassischen" Erzeugnissen Tomate, Kopfsalat und Gurke die Anbau- und Absatzpolitik bestimmt hatte, ist seit den 70er Jahren ein wesentliches Ziel holländischer Marketingstrategie, die Gemüsepalette stärker auszuweiten. Dabei handelt es sich entweder um Produkte, die bisher hauptsächlich in südlichen Ländern angebaut wurden, wie Auberginen, Broccoli, Chinakohl, Fenchel, Paprika, Zucchini oder um Gemüsesorten, die aufgrund von veränderten Konsumgewohnheiten verstärkt nachgefragt werden, beispielsweise Champignons, Chicorée, Eisbergsalat, Fleischtomaten.

Mittlerweile werden in Holland 56 verschiedene Gemüsesorten angebaut, die die Erzeuger fast in allen Jahreszeiten anbieten können.

Bereits im 17. Jahrhundert entwickelte sich in Holland der Gartenbau auf hohem Niveau. Günstige Bodenverhältnisse und vorteilhafte klimatische Bedingungen, die günstige Lage für den Handel und der hohe Entwicklungsstand der Agrarbevölkerung haben dazu beigetragen, daß dort pro Kopf mehr Obst und Gemüse angebaut wird, als in irgend einem anderen Land der Welt.

Nicht weniger als 23 Prozent des gesamten Exports sind Agrarprodukte, obwohl nur sieben Prozent der *berufstätigen Bevölkerung im Agrar*sektor beschäftigt ist – ein Ergebnis, das vor allem durch die intensive Bewirtschaftung des Landes möglich wurde.

Eine produktgerechte Verpackung sorgt dafür, daß frisches Obst und *Gemüse auch frisch bleibt und den* Transport vom Erzeuger bzw. von der Versteigerung zum Konsumenten unbeschädigt übersteht. Die Holländer sind darum ständig bemüht, neue Verpackungsarten zu entwickeln, um ihren Vorsprung auf diesem Gebiet *auch weiterhin zu halten.*

So haben sie in den letzten Jahren die Exportware palettenweise mit Schrumpffolie überzogen, um sie vor Transportschäden und Witterungseinflüssen besser zu schützen. Auch im Bereich der Kleinverpackungen haben sie in der letzten Zeit einige Neuentwicklungen vorangetrieben, zum Beispiel Polybeutel für Radieschen und Kopfsalat, Foodtainer für Chicorée oder Porree in 1-kg-Kleinverpackung, Broccoli in Schrumpffolie.

Die besonderen Vorteile dieser Kleinverpackungen liegen in der höheren Haltbarkeit der Produkte und das damit verbesserte Qualitätsangebot für den Verbraucher.

Im Jahre 1917 gründeten die einzelnen Versteigerungen eine gemeinsame Marketingorganisation, das „Centraal Bureau van de Tuinbouwveilingen in Nederland" (CBT) mit Sitz in Den Haag. Das CBT hat die Aufgabe, alle Versteigerungen und ihre Mitglieder in betriebswirtschaftlichen und markttechnischen Angelegenheiten zu unterstützen. Außerdem ist das CBT verantwortlich für Entwicklung und Realisation von absatzfördernden Maßnahmen. E.S

VERSTEIGERUNGEN / Der Garten Europas setzt die Zeiger in Bewegung

Steht die Uhr, ist die Ware verkauft

Zum 16. Male ohne Unterbrechung beteiligen sich die Niederlande an der „Ikofa" in München, die heute ihre Tore öffnet. *Auch in diesem Jahr* gibt es wieder einen Gemeinschaftsstand, koordiniert vom Niederländischen Ministerium für Landwirtschaft und Fischerei, in enger Zusammenarbeit mit dem Niederländischen Zentrum für Handelsförderung.

Innerhalb dieses Gemeinschaftsstandes stellen mehr als ein Dutzend Einzelfirmen ihre Produkte aus. Exportförderungs-Organisationen, darunter das niederländische Büro für Milcherzeugnisse und die Informationsstelle der niederländischen Fleischwirtschaft zeigen, was auf dem jeweiligen Sektor für den deutschen Markt angeboten wird.

Als Abnehmer niederländischer Agrarprodukte steht die Bundesrepublik nach wie vor an erster Stelle.

Holland hat sich in den vergangenen Jahrzehnten zu einer bedeutenden Industrie- und Handelsnation mit einer der stärksten Währungen in Europa entwickelt.

Einen großen Anteil daran hat ein Wirtschaftszweig mit jahrhundertelanger Tradition in Holland: die Agrarwirtschaft. Nicht weniger als 23 Prozent unseres gesamten Exportes sind Agrarprodukte, obwohl nur sieben Prozent unserer berufstätigen Bevölkerung im Agrarsektor beschäftigt sind – ein Ergebnis, das vor allem durch die intensive Bewirtschaftung unseres Landes möglich wurde.

Kein Land auf der Welt produziert pro Kopf soviel Ost und Gemüse wie Holland. Nicht ohne Grund wird dieses Land auch „der Garten Europas" genannt.

Holland ist nicht nur in der Produktion von Obst und Gemüse einzigartig, auch die Art der Versteigerung, über die Agrarprodukte gehandelt werden, ist einmalig in der Welt.

Bis zum Ende des vorigen Jahrhunderts verlief der Verkauf von Gartenbauprodukten noch auf klassische Weise: Der Erzeuger brachte seine Ware zum Markt und bot sie dort persönlich seinen Kunden an.

Eine Zusammenarbeit von Mitanbietern gab es nicht, im Gegenteil, die Konkurrenz untereinander war groß und der Erlös, den der einzelne auf dem Markt für seine Produkte erzielen würde, war sehr ungewiß. Dies war risikoreich und trug nicht gerade dazu bei, den Gartenbau auszuweiten. Diese „Jeder-für-sich"-Situation sehen wir heute noch in den Entwicklungsländern und in einigen Ländern der Europäischen Gemeinschaft.

Eine Wende bahnte sich in Holland im Jahre 1887 an. An diesem denkwürdigen Tag erfand ein Gärtner in Broek op Langedijk ein neues Verkaufsverfahren. Er war an diesem Tag mit einem Boot voller Blumenkohl zum Markt gefahren und fand schnell heraus, daß seine Ware diesmal sehr stark gefragt war. Der Gärtner vermied zeitraubende Verkaufsgespräche und versuchte einen möglichst *hohen Preis für seinen Blumenkohl* zu erzielen, indem er eine abwärtsgehende Reihe von Preisen ausrief. An denjenigen, der als erster zuschlug, verkaufte er seine Ware.

Eine neue Verkaufsart war geboren: die Versteigerung.

Abwicklung per Computer

Angespornt durch den Erfolg dieser neuen Verkaufsweise folgten auch andere Gärtner dem Beispiel und gründeten 1887 die erste organisierte Gartenbauversteigerung. Diese örtlichen Versteigerungen arbeiteten zunächst getrennt voneinander. Im Jahre 1917 vereinigten die Erzeuger ihre Kräfte und schlossen sich zu einer landesweiten Dachorganisation zusammen, dem Zentralbüro der Gartenbauversteigerungen in den Niederlanden, CBT.

Nahezu alle Obst- und Gemüseversteigerungen sind heute dem CBT angeschlossen. Die Gärtner, die Mitglieder dieser Genossenschaft sind, dürfen ihre Produkte nur über die Versteigerungen verkaufen.

Das CBT hat als Dachorganisation keine Gewinnzielsetzung. Seine Aufgaben sind die betriebswirtschaftliche und markttechnische Unterstützung der Versteigerungen, die Gestaltung einer zweckdienlichen Marketingführung für die Versteigerungen und ihre Mitglieder, und das Ergreifen von Maßregeln, die den Absatz von holländischem Obst und Gemüse fördern.

Die Versteigerung findet in einer Versteigerungshalle statt, in der Regel ein großer Raum mit stufenweise versetzten Reihen von Käuferbänken. Sobald die Versteigerung beginnt, dreht sich alles um die große Uhr im Saal, über die die Preise zustandekommen. Die Uhr bestimmt den Geschäftserfolg von Händler und Erzeuger.

Das Wichtigste neben der Uhr ist für den Käufer der Knopf an seinem Sitzplatz. Ein gehegtes und mit Sorgfalt eingestelltes Instrument. Dieser Druckknopf ist mit der Uhr verbunden. Mit ihm tätigt der Käufer sein Gebot, und damit auch den Ankauf. Im Gegensatz zum Bieten an herkömmlichen Versteigerungen (zum Beispiel von Kunstwerken) bedeutet das Gebot an einer holländischen Obst- und Gemüseversteigerung automatisch auch den Kauf.

In der Praxis sieht das so aus:

- An der Uhr wird die Nummer der zu versteigernden Partie (oder des zu versteigernden Blocks) angezeigt. Weitere Daten (Art, Qualität, Sortierung) können gegebenenfalls von schwarzen Schildern oder elektronischen Tafeln abgelesen werden.
- Der Versteigerer setzt die Uhr in Gang, wobei der Zeiger von 100 im Uhrzeigersinn abwärts geht.
- Sobald der Zeiger den Maximalpreis erreicht, den ein Käufer anlegen will, drückt er den Knopf. Sein Bestreben zielt darauf hin, daß sich einerseits der Zeiger so lange wie möglich dreht, er andererseits jedoch vor seinen Konkurrenten den Knopf betätigt – oft eine Sache von Sekundenbruchteilen.
- Wird im Block versteigert, dann gibt derjenige, der die Uhr zum Stillstand gebracht hat, zu verstehen, wieviel er aus diesem Block zu diesem Preis haben will. Danach wird die Uhr so oft wieder in Gang gesetzt, bis der ganze Block aufgekauft worden ist.
- An den modernen Vesteigerungen werden die Ankaufdaten über einen Computer verarbeitet. Der Computer hält automatisch die ganzen Ankaufsdaten fest, belastet das Konto des Käufers und schreibt dem Konto des Erzeugers den für sein Produkt erzielten Preis gut.
- Die Gärtner erhalten den Preis, zu dem ihre Erzeugnisse versteigert worden sind, nach dem Abzug einiger Abgaben. WB.